PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 53 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 7. Januar 1975, fertiggestellt.

9. Januar 1975 Jg. 3 Nr. 1 50 Pfennig

US-Kriegsdrohungen

Drohungen gegen die Erdölländer / Flottenaufmarsch vor Vietnam

Unmißverständliche Kriegsdrohungen gegen die arabischen Erdölländer äußerte US-Minister Kissinger, und Präsident Ford bestätigte sie als Meldung der US-Regierung. Drei Tage später konzentrierte die USA eine Flotte vor den Küsten Vietnams, verstärkt durch den größten US-Flugzeugträger "Enterprise". Beide Kriegsdrohungen sind ernst zu nehmen.

In Süd-Vietnam ist die US-Marionette Thieu von den für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen umzingelt, in den Städten entwickelt sich immer stärker der Aufstand gegen die Terrorherrschaft Thieus, 4 Bezirks- und eine Provinzhauptstadt sind von den Truppen der Volksbefreiungsarmee in letzter Zeit dem Regime des US-Statthalters entrissen. Doch solange der US-Imperialismus und seine Marionetten nicht endgültig geschlagen sind, wird er immer wieder versuchen, durch Aggression das Blatt für sich zu wenden.

Das gilt auch für die US-Interessen im Nahen Osten. Die US-Imperialisten haben den Verlust der schrankenlosen Verfügung über den Ölreichtum der arabischen Staaten nicht verwunden. Bisher vergeblich versuchen sie ein Verbraucherkartell, ein Komplott der europäischen imperialistischen Staaten mit dem US-Imperialismus gegen die ölproduzierenden arabischen Staaten zusammenzuzimmern. Die Kriegsdrohungen Kissingers lassen deutlich die Absicht erkennen: "Die einzige Chance, Ölpreise sofort zu senken, wäre massiver politischer Krieg gegen Länder wie Saudi-Arabien oder den Iran. Das ist ein zu hoher Preis selbst für eine sofortige Reduzierung der Ölpreise" erklärte Kissinger. Doch er fügte hinzu: "Ich sage nicht, daß es keine Umstände gibt, wo wir nicht Waffengewalt einsetzen würden. Aber es ist eine Sache, sie in einem Streit über Ölpreise einzusetzen, es ist eine andere, wenn es eine tatsächliche Strangulation der industrialisierten Welt gibt."

Was die USA und alle anderen Imperialisten als Strangulation ansehen, ist bekannt, nämlich die Reduzierung der Ölförderung, den Ölboykott. Insofern sind Kissingers Äußerungen vorbereitend für den nächsten Nah-Ost-Krieg. Unmißverständlich heißen seine Worte, die USA werden militärisch eingreifen, wenn die arabischen Staaten in einem kommenden Nah-Ost-Krieg die Ölzufuhr drosseln. Doch Kissingers Kriegsdrohungen richten sich nicht nur gegen die arabischen Staaten selbst, sondern auch gegen Europa. "Kissinger deutete an, daß der unmittelbar bevorstehende politische und finanzielle Zusammenbruch Westeuropas der Anlass für ein derart drastisches Vorgehen der USA sein könnte. Zur Sicherung des Ölflusses könnten die amerikanischen Streitkräfte dann sogar angesichts eines möglichen sowjetischen Gegenschlages eingesetzt werden." (Süddeutsche Zeitung vom 4.1.1975)

Das heißt, die US-Imperialisten werden auch unaufgerufen ihre Rolle als "Schutzmacht Europas" spielen. Daß sie Europa jederzeit in einen Krieg um ihre Interessen zwingen können, hat Kissinger damit unmißverständlich klar gemacht. Diese Drohung ist nichts anderes, als ein Erpressungsversuch, die Europäischen Staaten in das Ölkomplott mit den USA gegen die arabischen Staaten zu zwingen.

In einer ersten Stellungnahme der

Fortsetzung S.2



In den Städten Südvietnams lodert der Aufruhr gegen das Thieu-Regime.

Was heisst da: „uns geht es noch am besten"?

Durchs Tal der Tränen und dann wieder aufwärts. So ungefähr lautet das Motto, mit dem uns die bürgerlichen Politiker die kommende wirtschaftliche Entwicklung verkaufen wollen. Zum Jahresbeginn meinte Finanzminister Apel: "Nach einer langen Wegstrecke harter Restriktionspolitik, die uns zu einem im internationalen Vergleich unerreichten Grad an Preisstabilität rückgeführt hat, sind nunmehr deutliche Zeichen eines neuen Aufschwungs erkennbar." (Wirtschaftswoche 1/2 75).

In der Zeitschrift "Der Spiegel" liest sich dies freilich etwas anders. Dort lesen wir in der Ausgabe 1/75: "Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik wächst rascher als vor kurzem noch befürchtet: nach neuesten Schätzungen bis März möglicherweise auf 1,5 Millionen."

Obwohl "Der Spiegel" dem Finanzminister zu widersprechen scheint, ist dies nicht so. Denn wie wir sehen werden, sind die Arbeitslosen für die Kapitalisten ein Mittel, um wieder zu einem neuen Aufschwung zu kommen. Allerdings so wie in der Wirtschaftskrise 1966/67 wird es diesmal nicht gehen. Schärfer und tiefer ist die gegenwärtige Krise und sie weist einige Besonderheiten auf.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise erfaßt nahezu alle kapitalistischen Länder. 1966/67 war Westdeutschland das einzige kapitalistische Land, in dem die Industrieproduktion ge-
in dem die Industrieproduktion ge-
genüber dem Vorjahr absolut abnahm. In den anderen kapitalistischen Ländern wurde 1967 weiterhin eine Steigerung der Industrieproduktion und des Bruttosozialprodukts erzielt. Von einer Wirtschaftskrise aller kapitalistischen Länder konnte also keine Rede sein. Vielmehr, während in Westdeutschland die Krise herrschte, ging die Profitmacherei in der Mehrzahl der kapitalistischen Länder noch munter voran.

Zu Recht schreibt daher die Peking Rundschau in ihrer Ausgabe vom 5.11.74: "Die Wirtschaftslage der
5.11.74: "Die Wirtschaftslage der
wichtigsten kapitalistischen Länder verschlechtert sich. Die Regierungen und die Monopolbourgeoisie dieser Länder sind über diese Situation

Fortsetzung S. 3

IG Metall - Tarifauseinandersetzung :

Weg mit „differenzierten Tarifen"!

Der IG-Metall-Bezirksleiter von Baden-Württemberg hat gegenüber dpa angekündigt, daß die IG Metall bereit sei, einen 'differenzierten' Tarifvertrag abzuschließen. Differenziert, das heißt einen Vertrag mit Öffnungsklauseln für einzelne Betriebe, die entweder mehr oder weniger als die derzeitige Forderung zahlen können. Damit ist die Forderung, die die große Tarifkommission aufgestellt hat, faktisch außer Kraft gesetzt.

Nachdem die Forderung von 6 % und 70 DM gegen einen nicht geringen Widerstand von der IG-Metall-Führung durchgesetzt war, wurden die Belegschaften zur Einheit aufgerufen, jetzt hinter der beschlossenen Forderung zu stehen. Jetzt geht die IG-Metall-Führung daran, diese Forderung noch aufzuweichen und damit gleichzeitig den Sinn und Zweck, den Tarifverträge für die Arbeiter haben, und die gewerkschaftliche Organisierung aufzuweichen. Die Sozialdemokraten haben ihren 'Linken' vorgeschickt, um dieses Manöver zu unternehmen. Daß Tarifverträge Gültigkeit haben für den gesamten Bezirk, daß die überbetrieblichen Zulagen abgebaut werden sollen zugunsten von abgesicherten Tariflöhnen, war in der IG Metall bisher noch eine Selbstverständlichkeit. Diese Selbstverständlichkeit soll durch diesen Vorstoß abgebaut werden. Dieser Vorschlag gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, eine Belegschaft gegen die andere auszuspielen. Die großen und starken Betriebe sollen so aus der Tarifauseinandersetzung herausgehalten werden und gegebenenfalls Zusatzverträge erhalten. Kommt dieser Vorschlag durch, so kann man jetzt schon sagen, daß die Tarifauseinandersetzung gelaufen ist. Manövern sind Tür und Tor geöffnet; hier ein bißchen weniger, dort ein bißchen mehr, aber alle unter dem Strich.

Kein Mittel kann geeigneter sein, die gewerkschaftliche Organisierung aufzuweichen, als auf einen Tarifvertrag hinzuarbeiten, der nicht mehr für einen ganzen Bezirk gültig ist, sondern von dem jeder Betrieb für sich genommen einen Zusatzvertrag bekommen kann. Die Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die Einheitsgewerkschaft, die alle Arbeiter eines Produktionszweiges zusammenfaßt gegen die Kapitalisten, wäre unterminiert und faktisch außer Kraft gesetzt.

So weit sind die Reformisten gekommen, ihr Ziel des Interessenausgleichs zwischen Arbeitern und Kapitalisten sehen sie durch die Wirklichkeit gefährdet, in Form eines Verhandlungsangebotes an die Kapitalisten machen sie die Metaller zum Spielball der Kapitalisten.

War es vielleicht ein geschickter Zug der IG-Metall-Führung, um die Metallkapitalisten in die Enge zu treiben? Wie die IG-Metall-Führung das meint, so muß man ihr sagen, daß dieser Schachzug gründlich in die Hose gegangen ist. Sie erntet nichts als Spott von den Metallkapitalisten. Sie lehnten dankend ab. Die Kapitalisten wissen, was sie wollen: nicht einen Abschluß, der hier und da einige Zugeständnisse macht, sondern einen, der alle Metaller gleichzeitig knebelt. Dazu fühlen sie sich stark. Dazu haben sie jetzt nur bessere Voraussetzungen. Steinkühlers Vorschlag, der vom Hauptvorstand gebilligt wurde, beweist nur eines: Unverständnis in den Reihen der Metaller, was die jetzt schon wieder vorhaben, zeitweilige Orientierungslosigkeit, was wo für wen gefordert wird.

Dieser Vorschlag darf nicht unwidersprochen hingenommen werden. Nicht daß die Gefahr bestehen würde, die Kapitalisten nähmen dieses Angebot an und zahlten einige Zulagen bei gesunden Betrieben, vielmehr, daß sie die Situation ausnutzen, um die Metaller insgesamt in die Knie zu zwingen.

Noch in der Dezembernummer des "Gewerkschafter" hat sich H. Mayr vom Hauptvorstand mit großen Worten gegen einen 'differenzierten' Tarifvertrag ausgesprochen; jetzt sagt er, Steinkühlers Vorschlag entspreche den Vorstellungen des geschäftsführenden Hauptvorstands. Was da vor sich geht, ist nur eine Angelegenheit von Baden-Württemberg.

Je schneller diese Sache vom Tisch ist, um so besser. Der Hauptvorstand hat selbst die aufgestellten Forderungen um die 11 % außer Kraft gesetzt. Das ist die Konsequenz der Linie des Interessenausgleichs: Die Diskussion um die aufzustellende Forderung verschleppen, die Forderungen aus den Betrieben nach Mark-und-Pfennig-Lohnerhöhungen und die nach einem Mindestbetrag unter den Tisch fallen lassen, so die 11 % und ähnliches durchsetzen, und dann selbst noch diese Forderung durchlöchern. Man sieht, mit dieser Politik ist gegen die Kapitalisten nichts zu holen. Klare Forderungen müssen auf den Tisch. "Keiner unter 200 Mark" ist eine Forderung, bei der jeder weiß, was er zu erwarten hat; die geschlossene Front der Metaller kann aufgebaut werden, und die Kapitalisten wissen, mit wem sie es zu tun haben. Nicht mit selbstherrlichen Funktionären, mit denen sie sich schnell einigen können, sondern mit Metallarbeitern, die genau so und nicht anders besser wissen, was sie wollen.

–db–

Die Wirtschaftslage aller kapitalistischen Länder verschlechtert sich

Gleiches können wir für die gegenwärtige Situation nicht sagen. Für die Gesamtheit der kapitalistischen Länder der Welt ergibt sich für 1974 keine Steigerung des Bruttosozialproduktes mehr, während im Vorjahr immer noch eines von 6,3 % herrschte (Frankfurter Rundschau, 4.1.75). Konnte aber die Gesamtheit der kapitalistischen Länder ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr nicht ausdehnen, so ist dies ein untrügliches Anzeichen für eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Denn zur kapitalistischen Profitemacherei gehört eben auch, daß die Produktion in immer größeres Ausmaß annimmt. Ganz so wie dies für den einzelnen Kapitalisten gilt, für den es auch bei Strafe des Untergangs kein "Null-Wachstum" geben darf, gilt dies für die Gesamtheit der Kapitalisten einer Nation.

Ein weiterer ausführlicher Artikel zum Lohnkampf auf Seite 6:

Trommelfeuer von Regierung und Kapitalistenverbänden gegen die Arbeiter und Angestellten

Aus dem Inhalt:



In der Wüste Nevada übt die US-Armee den Wüstenkrieg.

US - Kriegsdrohungen , Forts, von S. 1

Bundesregierung zu den Äußerungen Kissingers war im Fernsehen zu hören, "die Bundesregierung sehe die Frage eines militärischen Eingreifens derzeit nicht für aktuell an". Anderntags erklärte Regierungssprecher Grünewald, die Bundesregierung beteilige sich nicht an Überlegungen für Waffengänge gegen die arabischen Erdölländer. Bonn sei an keinerlei Konfrontation, sondern an einer Kooperation mit diesen Ländern interessiert." (Frankfurter Rundschau vom 6. Januar) "... und wir würden unser politisches Konzept nicht einhalten, wenn wir etwa Waffengänge auch nur gedanklich nachvollzögen."
Bundeskanzler Schmidt beeilte sich, zu erklären, daß keinerlei Druck von Seiten der USA bestünde; er erklärte sogar eindeutig, daß die Bundesregierung Flugplätze und Häfen nicht für amerikanischen Nachschub nach Israel im Falle eines erneuten Krieges freigeben würde.
So hat sich die Lage geändert innerhalb eines Jahres. Denn recht genau vor einem Jahr beteiligte sich die Regierung in Gestalt Wirtschaftsminister Friderichs' sehr wohl an öffentlichen Überlegungen über militärisches Eingreifen gegen die arabischen Staaten. Derzeit sehen die europäischen Imperialisten jedoch größere Möglichkeiten im Aufbau eigenständiger Beziehungen zu den Erölländern.

gierung in Gestalt Wirtschaftsmini-

Dieser Tendenz, die Ausdruck der Stärke der Unabhängigkeitsbewegung der Völker und des weltweiten Ansehens ist, das die Verteidigung der Souveränität über die Reichtümer ihres Landes durch die Rohstoffstaaten errungen hat, muß sich die Bundesregierung anpassen. Sie kann die Interessen der westdeutschen Imperialisten im Nahen Osten nicht mehr einfach durch die Unterstützung der Politik des US-Imperialismus wirksam vertreten. Ihre geänderte Politik ist also nicht Zeichen eines geänderten Charakters des westdeutschen Imperialismus, sondern Ergebnis geänderter Kräfteverhältnisse auf der Welt.
Die westdeutschen Imperialisten versuchen derzeit Kontrolle über die Erdölreichtümer dadurch zugewinnen, daß sie die Regierungen der Erdölländer dazu bewegen, ihre Einnahmen aus dem Erdöl nicht zum Aufbau der eigenen Wirtschaft zu verwenden, sondern in Kapitalbeteiligungen in Westdeutschland anzulegen. Solche Arrangements gelingen vor allem mit rückständigen Regimes, die nur in die eigene Tasche wirtschaften, wie dem Iran und den Scheichtümern am Golf. Dennoch vertragen sie sich natürlich nicht mit dem offenen Kriegsgeschrei der US-Imperialisten.

daß sie die Regierungen der Erdöllän-

Anders verhält sich die Bundesregierung gegenüber der US-Aggression in Indochina. Nach wie vor ist die Bundesregierung die treueste Verbündete der US-Aggression in Indochina und unterstützt diese mit umfangreichen Finanzierungen direkt an die Marionettenregimes. Daß sie diesen Weg der Aggression auch im Nahen Osten keineswegs auf Dauer ausschließt, ist daran zu ersehen, daß die Bundesregierung am aktivsten für einen Kompromiss der US-Imperialisten für eine gemeinsame Strategie gegen die arabischen Staaten eintritt.

—bb—

—bb—

Kap Verde soll unabhängig werden

Die afrikanischen Völker haben in ihrem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus einen weiteren großen Sieg errungen. Am 30. Dezember übergab die portugiesische Regierung die Macht über die seit 500 Jahren von Portugal beherrschten Kapverdischen Inseln an eine Übergangsregierung, die die Inselgruppe bis zu der völligen Unabhängigkeit am 5. Juli 1975 regieren wird. Am 30. Juni werden zum ersten Mal in der Geschichte von Kap Verde Wahlen zu einer Volksregierung stattfinden.
Die Übergangsregierung setzt sich aus drei portugiesischen Ministern und drei Ministern der PAIGC zusammen; andere politische Gruppen in Kap Verde, die einen unabhängigen Kap Verde, jedoch unter dem neokolonialistischen Einfluß Portugals anstreben, sind nicht vertreten. Dies zeigt, wie die PAIGC durch ihre richtige und konsequente politische Arbeit die Unterstützung des Volkes von Kap Verde gewinnen konnte und wie dies auch von den portugiesischen Kolonialisten anerkannt werden mußte. Die PAIGC hat in den Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung über die Zukunft der Inselgruppe einen besonderen Erfolg erzielen können. Denn die Kapverdischen Inseln sind von großer strategischer Bedeutung, aber auch die NATO-Mächte hinter Portugal haben anerkennen müssen, daß das Volk von Kap Verde bereit ist, mit allen Mitteln bis zum endgültigen Sieg über die Kolonialisten und Imperialisten zu kämpfen. Unter Führung der PAIGC wird das Volk von Kap Verde wie sein Brudervolk in der Republik Guinea-Bissau nach dem jahrhundertelangen Elend unter der Kolonialherrschaft jetzt mit dem Aufbau eines neuen, besseren Lebens anfangen. Ein erstes Ziel ist die politische und wirtschaftliche Einheit von Guinea-Bissau mit Kap Verde. Bei diesen wichtigen Aufgaben bedarf die PAIGC nach wie vor unserer politischen und materiellen Unterstützung, denn der Kampf geht jetzt auf anderer Ebene weiter.

H.B.

Nicht „Juwel auf Rädern" sondern Keksdose

Der Audi 50 wurde vor kurzem in den bürgerlichen Zeitungen, besonders in der Bild-Zeitung, in hohen Tönen gelobt. Das soll den Verkauf anregen. Kollegen von VW, die den Wagen bauen, berichten, warum sie den Audi 50 nicht für ein "Juwel auf Rädern" halten:

Sieht man auf der Autobahn einen Unfall, oder besser das an die Seite geschaffte Häuflein Schrott, wird einem meist sehr mulmig, wenn man seine eigenen Überlebenschancen überdenkt. Und oft kann man den Fahrer eines zusammengestoßenen Wagens nicht mehr danach befragen, ob er mit der Robustheit seines Autos zufrieden ist, wie es der Autotest zuvor angepriesen hat.
Der Ausgangspunkt der Ramschproduktion im Kapitalismus liegt vor der Endmontage der Autos, er liegt in der kapitalistischen Planung und Konstruktion.

struktion.

Das kann man gut an einem neuen Wagentyp sehen, der bei VW Wolfsburg hergestellt wird, dem Audi 50. Dieser Wagen ist in vieler Hinsicht baugleich mit dem Golf von VW. Er ist 65 Kilo leichter bei einem Längenunterschied von 11 cm. Preislich wird er alle europäischen Kleinwagen übertreffen und nahe an den Preis vom Golf herankommen. Daß der Wagen um beachtliche 65 Kilo leichter ist, kommt nicht aus den 11 cm Unterschied in der Länge, sondern dadurch, daß man viele Verstrebungen und Verstärkungen herausgelassen hat, die beim Golf eingebaut werden mußten, da er auf dem US-Markt verkauft werden soll. Der Audi 50 wird nur für den westeuropäischen Markt produziert, auf dem die Sicherheitsbedingungen, die das Kapital viel Geld kosten, recht lasch sind.
So sind die Stoßstangen für Europa aus solch dünnem Material, daß man sie mit der Hand zusammendrücken kann. Werden die Stoßstangen bei der US-Ausführung an Stoßdämpfern befestigt und an einer Verstärkung angeschraubt, die extra in den Vorderwagen eingeschweißt wurde und eine Art Knautschzone bildet, so ist von all dem nichts in den europäischen Ausführungen. Findet man in den US-Ausführungen bei VW-Wagen 2- bis 3-Millimeter-Bleche als Verstärkungen in den Türen, so hat man beim Audi 50 0,75-Millimeter-Blech um sich 'rum.
Von außen sieht ein Auto oft sehr hübsch und schnittig aus. So ist es auch beim Audi 50, dessen leicht luxuriöse Ausstattung, wie sie oft im Autotest bezeichnet wird, anscheinend den Zweck verfolgen soll, dem Käufer das Bild eines guten Kaufs vorzutäuschen.
Aber Glanz verschleiert oft den Schrott, und der Käufer merkt's dann erst beim Unfall.

erst beim Unfall.

Die Autotester haben diesen Wagen als "Juwel auf Rädern" bezeichnet; das mag sein, die Frage ist nur: für wen? Tatsache ist, daß selbst aus der Leitung des Schnittbaus skeptische Töne über dieses Juwel nach außen gelangen. Denn der Wagen wurde in 2 Jahren (Rekordzeit nach Autotest) konstruiert und angefertigt. Normal sind 4 Jahre notwendig, um den Wagen "ausgereift" auf den Markt zu bringen.
Da kann man dem Käufer eigentlich nur raten, um voraus schon einige Termine beim Autohändler festzumachen, die sogenannten Kinderkrankheiten werden hier in einer Art Epidemie auftreten.
Um bei dem "Juwel" zu bleiben: Wenn die Resonnanz so wird, wie die Autotester das Blaue vom Himmel runterjubeln, dann wird der Audi 50 wohl eins werden für die Herren Kapitalisten. Der Käufer aber hat den Ramsch einer sogenannten Leichtbauweise, der nicht den Namen "Juwel" verdient, sondern den, wie er unter den Kollegen der Endmontage bezeichnet wird, nämlich "Keksdose"!

W., VW Wolfsburg
Ortsgruppe Wolfsburg

„Wovon sonst niemand spricht"

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet in ihrer Ausgabe vom 7. Januar unter der Überschrift "Wovon sonst niemand spricht" über "die Reaktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft" in der Krise. "Ein Lebensmittelhändler mit zwei Läden, deren Umsätze stagnieren, stellte den einen zum Discountgeschäft um und den anderen zum hochspezialisierten Fachgeschäft. Die Folge: Umsatzerhöhungen und gleichzeitig Kostensenkungen, weil statt 20 nur noch 13 Vollarbeitskräfte notwendig waren. Ein Warenhaus erprobt zur Zeit ein Sparmodell, bei dem es statt 70 nur noch 34 Kassen gibt und 50 von 270 Mitarbeitern eingespart werden können. Ein anderer Kaufhauskonzern spart, indem er auf die Tragetaschen weniger bunte Farbe aufdrucken läßt." "Die Lektüre dieser Beispiele ist faszinierend, weil sie zeigt, wieviel Ideen sich hinter solchen dürren Worten wie 'Kosteneinsparung' verbergen", schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Für die 'eingesparten' Arbeiter und Angestellten sind diese Beispiele keineswegs faszinierend. Sie sind aufschlußreich, weil sie allesamt darauf hinauslaufen, an den Löhnen zu sparen, Arbeiter und Angestellte zu entlassen und den Arbeitstag der anderen zu verdichten. Das ist nicht nur im Einzelhandel so, sondern bestimmt insgesamt das Bild. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat erklärt, Kapazitätsauslastung und Auftragsbestände seien gegenwärtig noch besser als auf dem Tiefpunkt der Krise von 1966/67. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sei aber deutlich schlechter. "Der extreme Kostendruck zwinge die Unternehmen vielmehr, jetzt Arbeitskräfte zu entlassen, um die Masse der Arbeitsplätze langfristig zu sichern." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Januar) Diese Verlautbarung der Metallkapitalisten ist nichts anderes als eine Umschreibung der Tatsache, daß Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit in allen westdeutschen Betrieben auf der Tagesordnung steht. Für die Arbeiter bedeutet es, daß die einen entlassen, während die anderen mit Überarbeit **überzogen werden.** W.M.

Sparsamkeit ist nicht billig

Die drei Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtags (SPD/FDP/CDU) sind sich einig, daß an den Angehörigen des öffentlichen Dienstes gespart werden soll. In ihrer gemeinsamen Parlamentszeitschrift "Landtag intern" vom 13. Dezember teilen sie mit, daß sie ein Abkommen getroffen hätten, in den nächsten zwei Jahren für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst keine Stellenanhebungen vorzunehmen. Überwachen soll dieses Abkommen der Haupt- und Finanzausschuß des Landtags, der zu diesem Zwecke einen "Gutachterdienst" unterhält. Einen Tag nach der Veröffentlichung des Abkommens wurde bekannt, daß der Leiter dieses Dienstes, der einer vom Landtag gebildeten und als Sparkommission bezeichneten Arbeitsgruppe "Stellenpläne" zugeordnet ist, von der Besoldungsgruppe 4 in die Gruppe 7 zum Ministerialdirigenten befördert wird. Sein Gehalt von derzeit 5 420 DM steigt damit um 940 DM auf 6 180 DM monatlich (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 1974). Bei solchen Fortschritten in der Sparsamkeit kann der Chef der Sparkommission beruhigt der Tarifrunde entgegensehen. Auch bei einer nur 6-prozentigen Gehaltserhöhung kommen für ihn noch einmal 360 DM zusätzlich raus.

W.M.

Bürgerlicher Reklamefeldzug

Wie die Gruppe Rote Fahne sich an den Wahlen in Rheinland-Pfalz beteiligen will

Ende Oktober 1974 wurde auf der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KSV, einer Massenorganisation der Gruppe Rote Fahne, von ZK-Mitglied Hutter angekündigt, daß die Gruppe Rote Fahne (GRF) sich an den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz mit eigener Kandidatur beteiligen werde. Zwei Monate sind darüber verstrichen; bis dato ist in ihrem Zentralorgan jedoch keine Begründung für diesen Schritt erfolgt, über Tätigkeiten wurde nicht berichtet. Eine Begründung ist auch schwierig, wenn nicht unmöglich. Dies geht aus den Äußerungen zu dieser Kandidatur hervor, die ausschließlich in Organen ihrer Massenorganisationen nachzulesen sind.
Sowohl in "Dem Volke dienen" (24/74) wie auch in einer Zeitung des Trierer KSV wird festgestellt: auf der Delegiertenkonferenz wurde bekannt gegeben, "daß die Partei bei den nächsten Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz kanididieren werde. In Anbetracht der Tatsache, daß in Rheinland-Pfalz noch keine Parteiorganisation arbeitet, heißt das für uns kommunistische Studenten, die kommunistischen Arbeiter und Lehrlinge in ihren Aktivitäten zum Aufbau und der Verankerung der Partei unter der Bevölkerung unseres Landes zu unterstützen." Die "Partei" stellt sich zur Wahl, obwohl sie es noch gar nicht gibt, keine einzige "Parteiorganisation arbeitet"! Wenn die Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten für die Kommunisten Gradmesser sind, dann fragt man sich, was da überhaupt gemessen werden soll. Solche Überlegung ist der GRF fremd. Zu befürchten ist, daß sogar wenig Überlegung im Spiel war: ein ZK-Mitglied hat wohl festgestellt, daß in Rheinland-Pfalz erstens Landtagswahlen sind, zweitens revolutionäre Studenten und drittens die Schlußfolgerung gezogen, daß das eine gute Gelegenheit ist.
Folgerichtige Konsequenz ist, daß man weder Kenntnisse über die Verhältnisse benötigt noch eine organisierende Tätigkeit unter den Massen braucht, um den bürgerlichen Parteien entgegentreten zu können. Der Wahlkampf ist da und – wie es im Kampfplan des KSV-Regionalkomitees heißt – "alle anderen Aufgaben sind diesem Kampf **unterzuordnen** und **von ihm aus zu bestimmen**". (Aus: Dem Volke dienen)
So kann nur eine Politik herauskommen, wo zum Inhalt des Wahlkampfes die Bekanntmachung des Namens der Organisation wird, wo ungeniert darauf spekuliert wird, daß für diesen Namen auch einige Stimmen abfallen.

HJH

Was die Kapitalisten mit der Kurzarbeit gewinnen

Mannheim. Die Kurzarbeit bei Vögele wurde um 2 Monate verlängert, d.h. auch im Dezember und Januar müssen die Arbeiter und Angestellten mit 30 DM-80 DM weniger Lohn auskommen. Auf der anderen Seite ziehen die Vögele-Kapitalisten aus der Kurzarbeit zusätzlichen Gewinn. Und das geht so:

Feiertage sind normal arbeitsfreie Tage und werden von der Firma bezahlt. Die Vögele-Kapitalisten haben deshalb schon im November einen Feiertag zum Kurzarbeitstag erklärt – d.h. ein arbeitsfreier Tag bleibt arbeitsfrei, die Firma braucht aber keinen Lohn dafür zu zahlen. Stattdessen zahl das Arbeitsamt Kurzarbeitsgeld.
Auf die Proteste der Arbeiter hin erklärte sich Vögele bereit, 10 Dm für jeden Arbeiter zu zahlen. Unterm Strich blieb für die Kapitalisten dabei aber immer noch zusätzlicher Gewinn. Deshalb wurden jetzt auch die Feiertage am 1. und 6. Januar zu Kurzarbeitstagen erklärt, d.h. für 2 mal 8 Stunden braucht Vögele keinen Lohn zu zahlen. Um eventuellen Protesten vorzubeugen, werden den Arbeitern zusätzlich zu den normal gearbeiteten Stunden 10 weitere bezahlt. Die Firma spart dabei immer noch den Lohn für 6 Stunden, was insgesamt ca. 60 000 DM ausmacht.

Ein Produktionsausfall entsteht auch nicht, da an Feiertagen sowieso nicht gearbeitet wird. Im Ganzen wird also bei Vögele trotz Kurzarbeit voll produziert und das zu niedrigen Kosten für die Vögele-Kapitalisten. Die Arbeiter arbeiten im Januar genauso, als ob es keine Kurzarbeit gäbe – nur verdienen sie weniger.

nach Kommentar der
Vögele-Aufbauzelle des KBW

Was heisst da: „uns geht es noch am besten"?

Fortsetzung v. S. 1

höchst beunruhigt und wissen nicht recht, wie ihr zu begegnen sei."
Mit Propaganda oder Schwarzmalerei hat es also nichts zu tun, wenn die britische Kapitalistenpostille Economist im Sommer 74 schrieb: "Die weltweite Rezession . . . ist angebrochen". Weltweit nistet sich in den Herzen der Kapitalisten jetzt die Furcht vor einer Weltwirtschaftskrise ein.

Weltweit steigende Arbeitslosigkeit

Nicht nur die Stagnation und der Rückgang der Produktion sind dafür ein Anzeichen. Vielmehr zeigt sich dies auch am Ansteigen der Arbeitslosenquote in der Gesamtheit der kapitalistischen Länder. Diese stieg von 3,2 % im Jahre 1973 auf 4,4 % 1974 und ebenso stiegen die Preise in diesem Zeitraum von 7,7 % auf 15 % an (Frankfurter Rundschau, 4.1.75).
Im mächtigsten kapitalistischen Land, den USA, beträgt die Arbeitslosenquote gegenwärtig 7,1 %, eine höhere Arbeitslosenzahl gab es dort nicht mehr seit 1940.

Man sieht also plastisch den Unterschied der gegenwärtigen Krise zu der von 1966/67. Durch verschärfte Rationalisierung und Lohndrückerei und mit Hilfe des Staatssäckels, der ihnen die Steuergelder der Arbeiterklasse in die Hände legte, konnten die westdeutschen Kapitalisten damals ihre Profitmacherei wieder in Gang bringen. Sie konnten ihre Profite auch einstreichen, weil sie die Warenmassen auf dem intakten kapitalistischen Weltmarkt losschlagen konnten. So wuchs der Ausfuhrüberschuß der BRD 1967 auf 16,9 Milliarden DM gegenüber 8 Milliarden im Vorjahr an (Informationen für den Außenhandel 3/74). Nicht bestand die Gefahr, daß sich diese Krise zu einer Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft ausweiten könnte. Darum auch war diese Krise weniger umfassend und leichter zu überwinden.

Die Widersprüche auf dem Weltmarkt verschärfen sich

Worin besteht der Charakter einer Weltwirtschaftskrise, vor der sich die Kapitalisten fürchten? Nicht schon darin, daß es in allen kapitalistischen Ländern Krisenerscheinungen gibt, sondern darin, daß der kapitalistische Weltmarkt zusammenbricht, daß kein Kapitalist mehr seine Waren in den anderen kapitalistischen Ländern absetzen kann. Gerade dies charakterisierte auch die Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. 1932/33 war der Welthandel auf rund ein Drittel seines Umfangs im Jahre 1929 zurückgegangen. Betrug die Weltausfuhr 1929 35,6 Milliarden Golddollars, so war sie 1933 auf 12,5 Milliarden zusammengeschrumpft. Aber nicht nur der Warenhandel, auch der Kapitalexport brach in der Weltwirtschaftskrise zusammen. So sank der Export amerikanischen Kapitals von 1 325 Millionen Dollar 1928 auf 1,6 Millionen im Jahre 1933 (E.Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen).

In der Krise versucht die Kapitalistenklasse jedes Landes möglichst viel Waren auf dem Weltmarkt loszuschlagen, während gleichzeitig ihre Käufe zurückgehen. Das führt zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern, denn jedes versucht seinen Markt vor den Konkurrenten zu schützen.
Freilich herrscht diese Situation gegenwärtig nicht; der Weltmarkt ist gegenwärtig noch intakt, wenn er auch schon an den ersten Wurmstichen leidet. So betrug das Wachstum des Welthandels 1973 real (also nach Abzug der Preissteigerungen) 14 % und sank 1974 auf 6 %. Die amerikanische Zeitschrift Newsweek schrieb am 8. Juli, daß die gegenwärtige Situation "die Möglichkeit eines mörderischen Handelskriegs, der seinerseits zum weltweiten wirtschaftlichen Zusammenbruch führen könnte" in sich berge. Schutzzollmaßnahmen der USA, Italiens und Dänemarks im Verlauf der gegenwärtigen Krise zeigen, daß die Zeichen auf Sturm stehen.

Zwar herrscht also gegenwärtig keine Weltwirtschaftskrise, aber durch die Wirtschaftskrise, die gegenwärtig weltweit im Kapitalismus herrscht, sind die Voraussetzungen für eine solche durchaus vorhanden.
Weniger blühend denn je seit dem zweiten Weltkrieg steht die kapitalistische Wirtschaft also 1975 da: Für die Kapitalisten geht es jetzt um die Frage, wie diese Situation bereinigt werden kann, ohne daß und bevor es zu einer Weltwirtschaftskrise kommt.

Der kapitalistische Weltmarkt ist überfüllt

Zusätzlich zu dieser Besonderheit der gegenwärtigen Krise, daß sie in allen kapitalistischen Ländern stattfindet, kommt hinzu, daß sich insgesamt in den letzten Jahren die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärft hat und daß er mit Waren überfüllt ist. Das zeigt sich, vergleicht man das Wachstum der Weltproduktion der kapitalistischen Länder mit dem Wachstum ihrer Exporte. Ihre Produktion stieg von 1963 bis 1972 um 65 %, ihre Exporte dagegen um 111 %. Einen immer größeren Anteil der produzierten Waren setzten die Kapitalisten in den letzten Jahren also auf dem Weltmarkt ab, und immer schwerer wurde es dadurch, die Absatzchancen noch mehr auszudehnen und zu vergrößern. Daher kommt in der gegenwärtigen Situation beides zusammen: Einerseits wird es für die Kapitalisten immer schwieriger, die Arbeiterklasse ihrer Länder immer mehr auszubeuten, andererseits wird es immer schwieriger, die ausgepreßten Warenmassen, die sie zu Hause nicht losschlagen, auf dem Weltmarkt loszuwerden.
Zusätzlich verengt hat sich der Weltmarkt dadurch, daß inzwischen auch die Sowjetunion sich im Kreis der kapitalistischen Konkurrenten bewegt und ganz wie diese versucht, einen möglichst großen Anteil abzubekommen.

Der Imperialismus steckt in einer politischen Krise

Aber nicht nur der weltweite Charakter der kapitalistischen Überproduktionskrise unterscheidet die gegenwärtige Lage in Westdeutschland von der Krise 1966/67.
Entschieden verschärft wurde die Situation des kapitalistischen Systems durch das Erwachen und Erstarken der Länder der Dritten Welt. Auf der internationalen Bühne hat sich das Kräfteverhältnis in diesen Jahren drastisch zugunsten der Revolution geändert. Deutliches Anzeichen dafür war im vergangenen Jahr, daß die Imperialisten nicht mehr in der Lage sind, die UNO zum unbestrittenen Instrument ihrer weltweiten Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik zu machen. Zur Verschärfung der gegenwärtigen Krise gehört der zunehmend erfolgreiche Kampf der Völker der Dritten Welt gegen ihre Ausbeutung und Ausplünderung. Nicht länger mehr kann der Imperialismus ungestraft die Rohstoffreserven dieser Länder plündern.

Für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung ist diese Entwicklung, in der zum Beispiel die ölproduzierenden Länder ihrer Ausplünderung durch die Ölkartelle entgegentreten, "ein grober Verstoß gegen die Spielregeln der arbeitsteiligen Weltwirtschaft" (Jahresgutachten 1974). Die Empörung ist freilich verständlich, denn die Arbeitsteilung, die diesen Sterndeutern der Kapitalistenklasse vorschwebt ist die, daß die einen ausplündern und die anderen ausgeplündert werden.
Etwas höflicher wird dieser "Verstoß" im Jahresbericht 1974 des Internationalen Währungsfonds beschrieben, wo es heißt, daß "der seit 1972 bei den Rohstoffen verzeichnete Preisauftrieb keine Parallele in früheren Friedenszeiten" gefunden habe, wobei als ein Grund die "tatsächliche oder drohende Verknappung verschiedener Rohstoffe" angegeben wird.

Deutlich wird daraus, der Imperialismus befindet sich gegenwärtig nicht bloß in einer wirtschaftlichen Krise: In den kapitalistischen Ländern befindet sich die Profitmacherei in der Krise und in den Ländern der Dritten Welt wird es ihm immer weniger gelingen, zusätzliche Profite zu machen. Dieser Verschärfung der Lage, mit der Gefahr eines Handelskrieges der kapitalistischen Länder untereinander, entspricht die Kriegsdrohung Kissingers gegenüber den ölproduzierenden Ländern.

Die Monopole beherrschen den Weltmarkt

Daß sich die kapitalistische Weltwirtschaft in einer Krise befindet heißt aber keineswegs, daß alle Kapitalisten jetzt weniger Profit machen würden. Dies ist auch gegenwärtig keineswegs der Fall und würde erst mit einer entschiedenen Verschärfung der Krise eintreten. So lagen nach Abzug der Steuern die Gewinne der US-Konzerne im dritten Vierteljahr 1974 um 30 % über denen des Vorjahres (Herald Tribune 4./5.1.1975). Der Bayer-Konzern erhöhte 1974 seine Produktion um 7 %, obwohl die Belegschaft nur um 3,4 % zunahm. Allein aus Preiserhöhungen flossen der Bayer-AG in den ersten 9 Monaten 1974 1,3 Milliarden DM zu (nach einer Meldung der Zelle Klinik, KHG Köln). Der Gewinnzuwachs der sechs größten Ölkonzerne der Welt betrug in den ersten 9 Monaten 1974 gegenüber 1973 zwischen 37 % (Exxon) und 275 % (BP) (Stern vom 19.12.1974). Wie läßt sich die Krise mit den gestiegenen Gewinnen großer Konzerne vereinbaren, was dazu führt, daß manche einfach bestreiten, daß es eine Krise gibt?

Genauso wirklich wie diese Gewinnsteigerungen bei den großen Konzernen ist die massenhafte Steigerung der Konkurse in allen kapitalistischen Ländern. In Westdeutschland nahm die Zahl der Pleiten 1974 um 40 % gegenüber dem Vorjahr zu, in den USA stieg sie im ersten Halbjahr 1974 um 6 % und in Japan um sage und schreibe 60 %. Steigende Gewinne auf der einen und Pleiten auf der anderen Seite zeigen nur, daß die Krise die Kapitalistenklasse nicht einheitlich trifft, daß es den großen Konzernen noch gelingt, ihre Marktanteile auf Kosten der kleineren Kapitalisten zu halten, ihre Gewinne durch Preiserhöhungen – wie gerade jetzt wieder VW – zu steigern. All dies, indem sie ihre schwächeren Konkurrenten aus dem Feld schlagen, deren Gewinnanteile schmälern, und indem sie sich mit dieser Beute am Leben halten. Aber ist es vielleicht keine Krise, wenn eine Diebesbande ihre Beuteergebnisse pro Mann bloß halten oder erhöhen kann, wenn immer einige erschossen werden müssen, damit die Beute durch weniger Köpfe geteilt werden kann? In dieser Horde von Dieben wird das Mißtrauen gegeneinander ungeheuer wachsen, einer wird dem anderen ein Bein stellen wollen, denn jeder will überleben, vorbei ist es hier mit der Ruhe und der einträchtigen Zusammenarbeit. Und das eben ist eine Krise, wenn alles durcheinandergerät, wenn jeder Dieb oder halt eben jeder Kapitalist um seine Existenz fürchten muß.

Andererseits ist es nicht mehr uneingeschränkt so, daß es den Monopolen gut und den kleineren Kapitalisten schlecht geht. Wie das Beispiel der Automobilindustrie zeigt, sei es in der BRD, sei es der drohende Zusammenbruch von Chrysler in den USA, von British Leyland oder anderen, sind auch die großen Kapitale vor den Auswirkungen der Krise nicht mehr sicher.

Gerade sie aber sind darauf angewiesen, daß der Weltmarkt nicht zusammenbricht. Fast ausschließlich sie, die heute fast alle in Gestalt multinationaler Konzerne auftreten, machen das Geschäft auf dem Weltmarkt. Nach einer Meldung der Informationen für die Außenwirtschaft 3/74 betrug der Außenhandelsumsatz der multinationalen Konzerne 1972 330 Milliarden US-Dollar, der gesamte Welthandel in derselben Zeit 370 Milliarden, also nur 40 Milliarden mehr.

Sowohl über monopolistische Preissteigerungen wie über den Export können also die großen Konzerne am längsten ihr Geschäft auch in der Krise noch ausdehnen, ihre Profite vergrößern. Dieser Zustand zeigt aber nicht, daß die Krise nicht existiert, sondern vielmehr, daß die Krise noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, daß sie noch entschieden tiefer und schärfer werden kann. Dieser Zustand zeigt, daß wir uns nicht in einer Phase der Stabilisierung des Imperialismus und der kapitalistischen Wirtschaft befinden, sondern in einem Zustand, dessen Entwicklung zu einer Verschärfung der Krise führen wird.

Der westdeutsche Imperialismus baut seine Positionen im imperialistischen Lager kräftig aus

In dieser krisenhaften Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft stehen gegenwärtig die westdeutschen Kapitalisten noch am verhältnismäßig besten da. Neben den USA stellen sie gegenwärtig die zweitstärkste wirtschaftliche Macht im kapitalistischen Lager dar und ihre Ausgangslage in der gegenwärtigen Krise ist noch besser als die des US-Imperialismus.

Worin besteht ihr relativer Vorsprung? Die Preissteigerungen in Westdeutschland sind die niedrigsten innerhalb der kapitalistischen Welt, so daß die westdeutschen Kapitalisten dadurch einen Konkurrenzvorsprung auf dem Weltmarkt haben. Hinzu kommt, daß die westdeutschen Kapitalisten in den letzten Jahren und Jahrzehnten ihre Exportoffensive aufgrund verschiedener Bedingungen enorm vorantreiben konnten. So konnten sie von 1953 bis 1970 ihre Exporte um mehr als das Sechseinhalbfache vergrößern, während in derselben Zeit der Weltexport nur um das Dreieinhalbfache zunahm. Mit Hilfe ihrer Exportoffensive gelang es den westdeutschen Kapitalisten auch als einzigem der größeren kapitalistischen Länder, stets mehr Waren auf dem Weltmarkt zu verkaufen, als sie selbst dort kauften. Ihr Exportüberschuß stieg von 15,6 Milliarden DM auf 33 Milliarden im Jahre 1973 an und erreichte im ersten Halbjahr 1974 bereits 25,2 Milliarden gegenüber nur 12,8 Milliarden in der ersten Jahreshälfte 1973.

Dieser Vorsprung der westdeutschen Kapitalisten wird noch dadurch verstärkt, daß sie besonders stark das Geschäft mit dem Sozialimperialismus aufgenommen haben und ausweiten können. So stieg der Umfang des Handels mit der Sowjetunion 1974 um 63 % und stellt damit den größten Zuwachs dar. Wie einseitig dieses Geschäft ist, ergibt sich aus folgender Aussage des Spiegel: "Die Höhe der sowjetischen Verbindlichkeiten (Schulden) bei Banken in Düsseldorf und Frankfurt ist mit mehr als sechs Milliarden Mark – bei steigender Tendenz – so brisant, daß sie in Bonn für geheim erklärt wurde." (Der Spiegel 1/2 75)

Gleichzeitig wurde in den letzten Jahren mit dem Warenexport der Kapitalexport kräftig ausgedehnt. Die Direktinvestitionen der westdeutschen Kapitalisten im Ausland stiegen von 2,8 Milliarden DM im Jahre 1972 auf 5,6 Milliarden, also genau um 100 %, im Jahre 1973. Dazu heißt es in den Informationen für Außenwirtschaft 6/74: "Ausschlaggebend für die kräftige Ausweitung der Auslandsanlagen im vorigen Jahr dürfte insbesondere das Streben nach größerer Marktnähe, steigende Transportkosten, aber auch die schärfer werdende internationale Konkurrenz sowie Arbeitsmarktprobleme im Inland gewesen sein."
Man sieht also, daß die westdeutschen Kapitalisten ihre Position im imperialistischen Lager kräftig ausgebaut haben – unter Einsatz ihrer Konkurrenzvorteile gegenüber den Kapitalisten anderer Länder. Dazu waren sie aber auch gezwungen, denn anders als die französischen, britischen und amerikanischen Kapitalisten verfügen sie nicht über mehr oder weniger direkte Rohstoffbasen im Ausland (vgl. dazu "Kommunismus und Klassenkampf" Nr.3/74) und müssen daher versuchen, solche zumindest indirekt in die Hände zu bekommen.

Welchen Weg der westdeutsche Imperialismus in dieser Krise einschlägt, hat Finanzminister Apel in der Wirtschaftswoche offen gesagt: "Diesen Vorsprung an Wettbewerbsfähigkeit auch 1974 zu sichern, wird zusätzlicher Anstrengungen bedürfen. Ich bin sicher, daß uns dies auch im neuen Jahre gelingen wird."
Um diesen Vorsprung halten und ausbauen zu können, müssen die westdeutschen Kapitalisten zwei Voraussetzungen schaffen:
Erstens: Der Weg aus der Krise in Westdeutschland kann für sie nur über eine Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, scharfe Rationalisierung und Lohndrückerei gehen. Dazu stellt die Konkurrenz zwischen dem Teil der Arbeiterklasse, der im Lohn steht, und jenen, die auf der Straße liegen, ein wichtiges Mittel dar. Gerade über die Arbeitslosigkeit versucht die Kapitalistenklasse die Ausbeutung jener, die noch Arbeit haben, voranzutreiben und ihren Lohn zu drücken. Deswegen schließen sich über eine Million Arbeitslose und ein Konjunkturaufschwung, der noch durch die staatlichen Konjunkturprogramme unterstützt wird, überhaupt nicht aus. Für lange Zeit wird darum die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland sich auf einem höheren Niveau halten als in den vergangenen 20 Jahren.
Aber auch ein solcher Aufschwung kann bei der gegenwärtigen Weltlage nur in einer noch schärferen Überproduktionskrise enden.
Zweitens: Um die Steigerung der Rohstoffpreise auffangen zu können, die ein Zeichen dafür sind, daß die Völker der Dritten Welt der imperialistischen Ausplünderung ihrer Naturressourcen entgegentreten, müssen die westdeutschen Kapitalisten Mittel und Wege finden, direkter als bisher Rohstoffquellen in ihre Hand zu bekommen. Dafür wählen sie einmal den Weg über die Europäische Gemeinschaft, um so an die Rohstoffquellen der englischen und französischen Kapitalisten heranzukommen. Fast die Hälfte ihres Handels wickeln die westdeutschen Kapitalisten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ab, nicht viel anders sieht es beim Kapitalexport aus. Daß dieser Kampf um die Vorherrschaft in der Europäischen Gemeinschaft zwischen Frankreich und Westdeutschland praktisch schon entschieden ist, läßt sich aus einem Zitat des Luxemburgischen Ministerpräsidenten entnehmen: "Wenn die Neun zusammenkommen, wartet man auf das Wort der Deutschen. Der Kanzler spricht das Hauptwort." (Der Spiegel, 2/75).

Gleichzeitig werden die westdeutschen Kapitalisten ihre Beziehungen und Zusammenarbeit mit reaktionären Regimes in der Dritten Welt wie auch mit der Sowjetunion intensivieren.

Krisen sind kein Naturereignis und können beseitigt werden!

Will der westdeutsche Kapitalismus gestärkt aus der gegenwärtigen Krise herauskommen, dann muß er alle selbständigen Regungen in der Arbeiterklasse und im Volk unterdrücken. Jeden Kampf um den notwendigen Lohn, jeder Forderung nach politischer Selbständigkeit der Massen, jeder Unterstützung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt wird er entgegentreten und sie der Profitemacherei und seiner imperialistischen Ausdehnung unterordnen.

Viele Menschen glaubten jahrelang, daß der Kapitalismus seine Krisen überwunden hätte, daß die staatliche Konjunkturpolitik diese beseitigen würde. Aber offensichtlich kann dieser Glaube nicht mehr aufrechterhalten werden. Es zeigt sich, daß der Kapitalismus nur existieren kann, indem er immer mehr ausbeutet und unterdrückt, indem er die Arbeiterklasse spaltet in einen Teil, den er auspreßt, und einen Teil, den er beschäftigungslos auf die Straße wirft, indem er die Völker der Dritten Welt ausplündert und ihre Unterdrückung organisiert oder ihnen mit Krieg droht, wenn sie sich dagegen zur Wehr setzen.

Für die kommenden Tarifrunden erwarten die Kapitalisten und ihre Regierung, daß die Arbeiterklasse die Folgen der Krise auf sich nimmt, damit die Kapitalisten wieder obenauf kommen. Wenn sich die Arbeiterklasse die Verantwortung für die Krise aufbürden läßt, dann würde das den Kapitalisten in der Tat gelingen. Für die Arbeiterklasse aber wäre das kein Gewinn, denn sie hätte dieses Schiff dann wieder flott gemacht mit nichts als ihrer eigenen Arbeit, sie hätte alle Folgen dieser Krise auf sich genommen und niemand als die Kapitalisten würden davon profitieren. Die Arbeiterklasse aber muß sich schützen vor den Folgen der Krise, die für sie in verstärktem Elend und in der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen bestehen. Sie muß selbständig ihr Interesse an Lebensbedingungen, die nicht ihren Ruin bedeuten, verfolgen. Mehr als das aber kann sie in diesem Wirtschaftssystem, wo eine Krise die andere jagt, nicht erreichen.

Menschenwürdig sind die Verhältnisse im Imperialismus für die Arbeiterklasse nicht und können sie auch nicht sein, wo diese Verhältnisse durch die Profite der Kapitalisten und nicht durch die Arbeiterklasse selbst bestimmt werden. Weil die Krisen keine Naturereignisse sind, sondern nichts als die Konsequenz eines Wirtschaftssystems, das umso reicher ist, je mehr es die Massen ausbeutet, können die Krisen auch nur mit diesem Wirtschaftssystem abggeschafft werden. Nehmen die Arbeiterklasse und das Volk denen, durch die sie beherrscht werden, die politische Macht und die Produktionsmittel, über die sie verfügen, aus der Hand, verwenden sie sie nach ihren eigenen Bedürfnissen, dann wird es auch menschenwürdige Verhältnisse ohne Krisen geben können. Nichts anderes auch ist das Ziel der Kommunisten.

–e.r.–

Polizeieinsatz gegen Arbeiter

Kollegen wehrten sich dagegen, daß ihnen der halbe Novemberlohn vorenthalten wurde

In der letzten Kommunistischen Volkszeitung, Ortsbeilage Westberlin, vom 19.12.74 habe ich berichtet, wie der Kapitalist Pötter seine Krise und auch die Krise der ganzen Kapitalistenklasse auf unserem Rücken austrägt:
Nochmals: Wir sind eine Gas-Wasser-Heizungs-Bude mit 78 Kollegen. Am 13.12. erhielten wir nur den halben Novemberlohn. Ein Vergleichsverfahren war eingeleitet. Wir haben die Arbeit niedergelegt und forderten:
Sofortige Zahlung des restlichen Lohnes!
Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung beschlossen wir: Solange diese Forderung nicht erfüllt ist, machen wir keinen Handschlag mehr auf den Baustellen.

Was passierte weiter? Am Donnerstag, dem 19.12., erhalten wir ein weiteres Viertel unseres Stundenlohnes vom November. Nicht berücksichtigt dabei ist bei den meisten Kollegen in der November-Abrechnung der Akkordüberschuß, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld; denn fast alle Kollegen wollen zwischen Weihnachten und Neujahr Urlaub nehmen. Insgesamt stehen bei allen Kollegen Löhne von 2 000 DM bis 3 500 DM aus. Am Freitag, 20.12., sollten wir alle unseren ausstehenden Restlohn für November bekommen.

Wir verabreden uns auf mittags in unserer Bude. Gegen 11 Uhr sind wir zu sechst auf dem Hof der Firma. Gerade rechtzeitig, denn kurz nach uns kommt der erste Lieferanten-Lastwagen, um Kupferrohre abzutransportieren. Wir sagen, daß hier nichts vom Hof kommt, solange wir unsere Löhne nicht haben. Die zwei Fahrer des Lieferanten-Lastwagens solidarisieren sich mit unserer Forderung, indem sie ihren Wagen besteigen und vom Hof fahren. Ihr Vorgesetzter, ein junger, feiner Herr, der auch da ist, und der sehr zornig auf sein Eigentumsvorbehaltsrecht pocht, muß sich angesichts unserer Entschlossenheit die Sporen geben.

Inzwischen sind zirka 40 Kollegen da. Wir schließen das Tor und lassen nur eine Tür offen. Kurz nach 12 Uhr betreten gleich drei feine Herren den Hof. Sie sagen, sie seien Gerichtsvollzieher. Wir sagen, daß uns das nicht interessiert, und daß hier sowieso nichts zu holen ist, solange wir unsere Löhne nicht haben. Die drei Herren gehen zu Pötter Junior.

Pötter Senior sieht nun alle seine Felle davonschwimmen und übereignet uns schriftlich "bis zur Auszahlung der vollen Löhne alles Inventar, einschließlich Material und aller Werte". Weiter berechtigt er uns, das Hausrecht wahrzunehmen. Dies tun wir auch sofort. Wir setzen die Gerichtsvollzieher vor die Tür.

Eine Viertelstunde später ist die Polizei mit sechs Mann da.

Wir versuchen ihnen klarzumachen, daß Pfändungen gegen Anton Pötter hier nicht mehr durchgeführt werden können, weil alles uns gehört und ein Pfändungsbefehl gegen uns ja nicht vorliegt. Das kümmert den Einsatzleiter wenig. Er beißt sich förmlich an seinem Knüppel fest und gibt das Kommando: Zugang freimachen! – Das war maßlose Selbstüberschätzung, und die Polizei zog sich schnell zurück. Uns war klar: Die holen Verstärkung! Wir verriegeln das Tor und sichern's zusätzlich mit greifbaren schweren Gegenständen.

Kurze Zeit später stehen vor dem Tor fünf VW-Busse und ein Mannschaftswagen der Polizei mit zirka 50 Mann Besatzung. Die Feuerwehr ist auch da und beginnt, das Tor aufzubrechen. Ein paar Kollegen informieren die Presse (Abendschau, Bildzeitung, BZ usw.) und fordern sie auf, unverzüglich zu kommen.
Angesichts der absehbaren kräftemäßigen Überlegenheit, der Entschlossenheit der Polizei, mit allen Mitteln die Interessen der Kapitalisten gegen unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen, beschließen wir, das Tor zu öffnen, halten aber nach wie vor daran fest, daß kein Gegenstand vom Hof kommt. Die Gerichtsvollzieher kleben ihre Pfandsiegel. Wir diskutieren mit den Polizisten über unsere gerechten Forderungen und über das Recht, das sie durchsetzen wollen, das das Recht der Kapitalisten ist.

Nach zirka einer Stunde ziehen Polizei und Gerichtsvollzieher wieder ab. Jetzt erst kommen die Pressefotografen. Bevor wir nach Hause gehen, stellen wir nochmals fest, daß unser Vorgehen richtig war.
Inzwischen befinden wir uns zwangsweise in "Betriebsferien" bis zum 6.1.75.
Waren "unsere" Kapitalisten am Freitag ganz klein geworden, seit Montag, 23.12. wittern sie wieder Morgenluft, spielen wieder die Herren und wollen von der Übereignung nichts mehr wissen. Pötter Senior und Junior haben erkannt, daß unsere Selbständigkeit und Einheit im Kampf um unseren Lohn eine große Gefahr für sie darstellen. Deshalb versuchen sie uns jetzt, wo wir einzeln zu Hause oder im Urlaub sind, zu spalten, indem sie einzelnen Kollegen kündigen. Wie eilig sie es damit haben, zeigt sich auch daran, daß sie mich gleich mit drei Kündigungen bedacht haben.
Die erste, fristgemäße Kündigung nennt als Grund die Zahlungsschwierigkeiten des Kapitalisten. Die zweite Kündigung erfolgt fristlos, wegen anscheinend mir bekannten Gründen. Die dritte Kündigung ist ebenfalls fristlos und wird damit begründet, daß ich in "unzulässiger Weise die Polizei und den Gerichtsvollzieher am 20.12.74 an der Ausführung ihrer öffentlichen Aufgaben und Verpflichtungen gehindert" habe.
Wir werden uns in den nächsten Tagen versammeln und darüber beraten und beschließen, wie wir den Kampf für unseren vollen Lohn und gegen die Entlassungen organisieren müssen.

Volker Willier, Kandidat des KBW für die Abgeordnetenhauswahl in Schöneberg, Wahlkreis 2

(aus: Ortsbeilage Westberlin der KVZ Nr.29 a, 2.1.1975)

Nachdem der Genosse Willier anderthalb Tage vergeblich versucht hatte, jemanden von der IGM-Rechtsstelle zu sprechen, bekam er endlich einen Rat, der sich aber als sehr dürftig herausstellte. Als er am nächsten Tag den Kollegen davon erzählte, beschlossen sie, daß sie nun am besten gemeinsam ihre Interessen bei der IGM vortragen. Sogleich fahren sie mit 23 Mann los. Nach längerem Warten können sie mit einem Rechtsanwalt sprechen. In der anschließenden Diskussion stellen sie fest, daß ihre Lohnforderungen gerecht sind und daß sie ihre gerechten Forderungen den herrschenden Gesetzen, die die Rechte der Kapitalisten sichern, gegenüberstellen müssen.

Bundestagsabgeordneter wich Fragen der Kumpels aus

Belegschaftsversammlung auf der Zeche Minister Stein am 15.12.

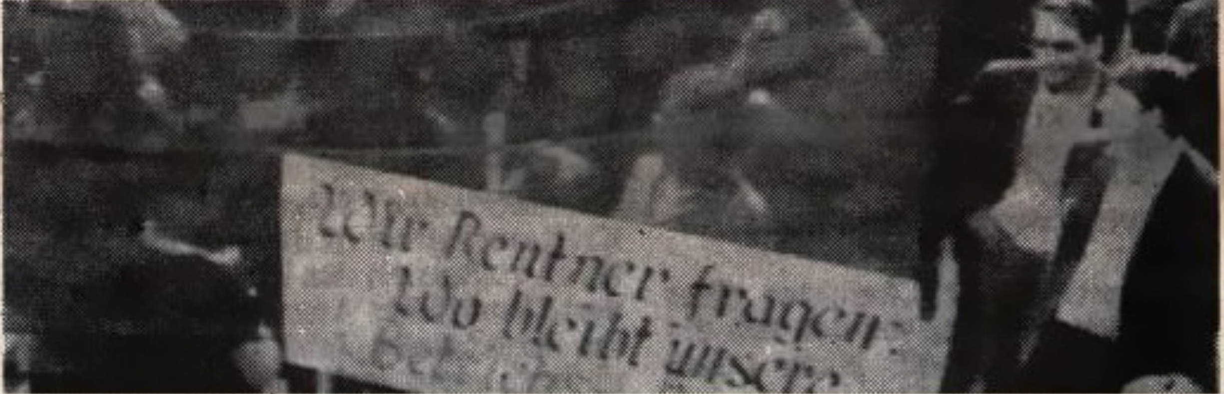
Dortmund. Am Sonntag, 15.12.1974, war auf der Zeche Minister Stein eine Belegschaftsversammlung.
Der Betriebsrat hatte die Belegschaftsversammlung von Samstag auf Sonntag gelegt, weil, wie er sich ausdrückte, an Samstagen zu wenig Kumpels erscheinen (zirka 200 von 4 400). Den Vorschlag, die Belegschaftsversammlung während der Schicht zu machen, hat er bisher abgelehnt, weil so sich immer nur eine Schicht an der Belegschaftsversammlung beteiligen könnte. Das kann man mit Schichtversammlungen abändern. Vor was der Betriebsrat wahrscheinlich Angst hat, ist, daß die Produktion dadurch gestört würde, und wenn sich alle oder der Großteil der auf Minister Stein angelegten Kumpels auf der Betriebsversammlung einfinden, seine Politik nicht mehr so gut weggeht.
Deswegen: **Schichtversammlungen!** Man kann dann zusätzlich noch immer Vollbelegschaftsversammlungen machen.

Damit das neue Energieprogramm den Kollegen "besser" erläutert werden kann, hatte der Betriebsrat den Bundestagsabgeordneten Urbaniak eingeladen.
Er schilderte dann auch ganz "neutral", das heißt, er griff in keinem Punkt die CDU/CSU an. Ansonsten war er aber mit seiner Objektivität und Neutralität zu Ende.
Er gebrauchte so zum Beispiel mehr als fünfmal das Wort Ölscheichs. Er erläuterte auch ganz neutral das dritte Verstromungsgesetz (siehe KVZ Nr.24): Er empfand es für ganz normal, daß der Stromverbraucher zahle, damit es der Ruhrkohle AG besser gehe. Er ging auch ganz geflissentlich über die Überstundenschieberei hinweg. So wurden zwischen Weihnachten und Neujahr, obwohl offiziell nur zwei Tage gearbeitet werden sollte, volle Schichten gefahren.
Als ein Kollege ihn um eine klare Stellungnahme dazu bat, erklärte er: Wir sind hier nicht auf einer Parteiversammlung, sondern auf einer Belegschaftsversammlung, wo Neutralität zu herrschen hat.

Ein anderer Kumpel, Mitglied im Betriebsrat, fragte, wo denn im Energieprogramm die Kumpels stehen, denn das Energieprogramm sähe nur die Ruhrkohle, würde aber auf der Leistung der Kumpels beruhen.
Urbaniaks Antwort war: Wenn die Bundesregierung dafür sorgen würde, daß es der Ruhrkohle AG besser ginge, würde ja auch was für die Kumpels abfallen. (Bisher haben wir außer Rationalisierung, Überschichtenklopperei und steigender Leistung nichts davon gemerkt.)
Einem Kollegen, der wissen wollte, was mit den Stillegungsbeschlüssen sei (Werne und Thyssen, Hansa und Monopol) beschied er, daß darüber noch entschieden werden müsse. Als ein Kumpel wissen wollte, was er von der nächsten Tarifrunde halten würde, ob er die Forderungen der Kumpels und der Gewerkschaft unterstützen würde, erklärte er, daß er nichts dazu sagen wollte.
Man sieht, er war so neutral, daß er den Fragen der Kumpels, wie er zu ihren Interessen steht, immer auswich oder die Fragen empört von sich wies.

Zur nächsten Belegschaftsversammlung werden die Kumpels die Notwendigkeit haben, die anstehende Tarifverhandlung auf das Tapet zu bringen und die Unsitte anzugreifen, daß die Belegschaftsversammlung an Samstagen oder Sonntagen stattfindet.

T., Zelle Minister Stein



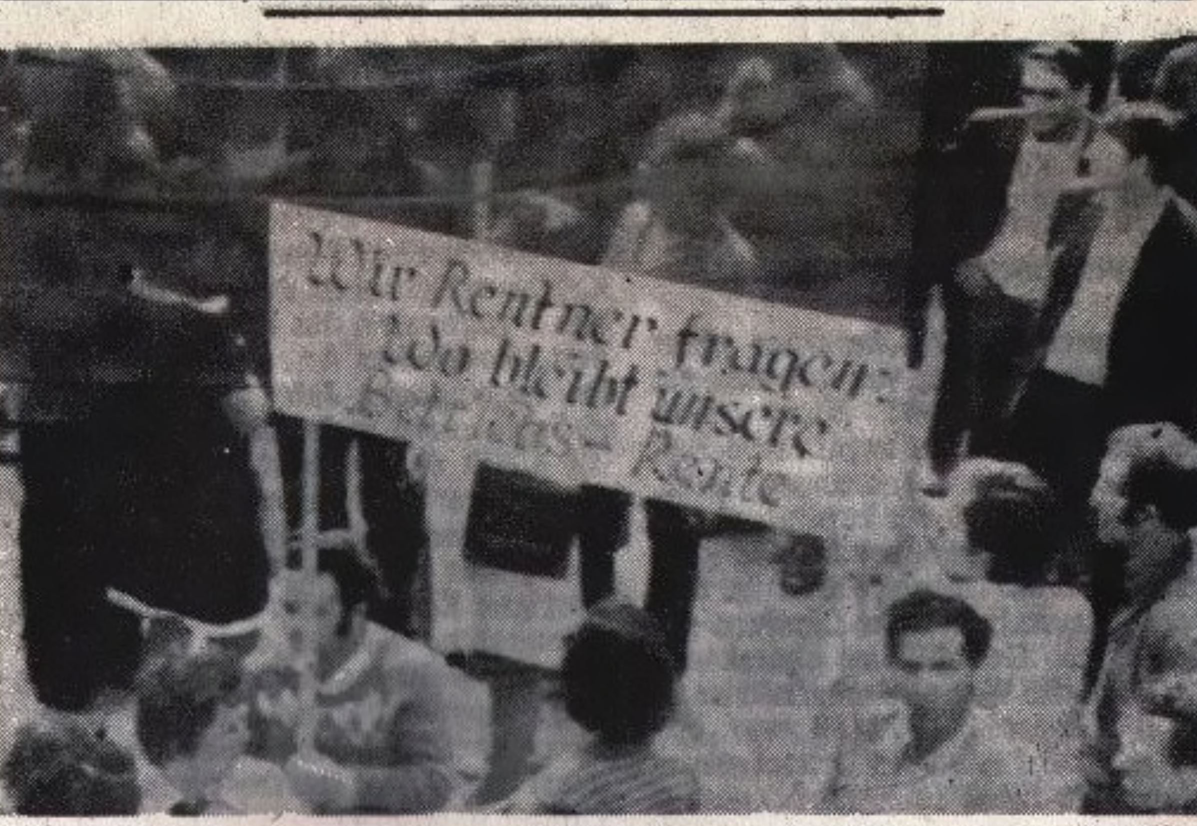
tumsvorbehaltsrecht pocht, muß sich angesichts unserer Entschlossenheit die Sporen geben.

Inzwischen sind zirka 40 Kollegen da. Wir schließen das Tor und lassen nur eine Tür offen. Kurz nach 12 Uhr betreten gleich drei feine Herren den Hof. Sie sagen, sie seien Gerichtsvollzieher. Wir sagen, daß uns das nicht interessiert, und daß hier sowieso

richtsvollzieher kleben ihre Pfandsiegel. Wir diskutieren mit den Polizisten über unsere gerechten Forderungen und über das Recht, das sie durchsetzen wollen, das das Recht der Kapitalisten ist.

Nach zirka einer Stunde ziehen Polizei und Gerichtsvollzieher wieder ab. Jetzt erst kommen die Pressefotografen. Bevor wir nach Hause gehen,

gemeinsam ihre Interessen bei der IGM vortragen. Sogleich fahren sie mit 23 Mann los. Nach längerem Warten können sie mit einem Rechtsanwalt sprechen. In der anschließenden Diskussion stellen sie fest, daß ihre Lohnforderungen gerecht sind und daß sie ihre gerechten Forderungen den herrschenden Gesetzen, die die Rechte der Kapitalisten sichern, gegenüberstellen müssen.



Bei dem Konkurs der Uhrenfabrik Villingen J. Kaiser protestierten die 770 Kollegen dagegen, daß die Kapitalisten die Kasse für die Betriebsrente gleich mit ausgeplündert hatten. Das war bei immer mehr Konkursen in der letzten Zeit der Fall, und der Protest wuchs. Auch nach dem neuen Betriebsrentengesetz können die Kapitalisten die Rente einfach abschaffen, so beim SPD-eigenen Auer-Druck Hamburg (siehe den Artikel unten).

Wie Bauunternehmer die Krise meistern

Ich habe sieben Jahre für Baufirmen gearbeitet. Und aus dieser Zeit habe ich heute noch gute Verbindungen zu den ehemaligen Arbeits- und Gewerkschaftskollegen. Aus zwei Baufirmen in Niedersachsen wurde mir das da berichtet:

1. Besonders in den letzten Monaten gibt es überall weniger Aufträge für Baufirmen. Bauunternehmer **Arno Altmann in Hodenhagen** aber bleibt am Ball. Er ging zu seinen Maurer- und Einschalerkolonnen auf die Baustellen und fragte die Kollegen, ob sie für eine Mark weniger pro Stunde arbeiten wollten. Denn dann könnte er bei Ausschreibungen billige Angebote abgeben und würde so die Aufträge bekommen. Seine Leute hätten dann Arbeit und brauchten nicht stempeln zu gehen.

Aus Angst vor Arbeitslosigkeit haben die Kollegen zugestimmt. Und Altmann hat auch die meisten öffentlichen Bauaufträge bekommen. Die meisten öffentlichen Aufträge im Kreis Fallingbostel bekommt er aber schon seit etlichen Jahren regelmäßig. Schließlich ist er ja CDU-Gemeinderat und im Bauausschuß. Es ist kaum anzunehmen, daß Altmann besonders billige Angebote abgegeben hat. Das hat er wegen seiner politischen Verbindungen ja gar nicht nötig. Aus der Angst der Kollegen vor'm Stempelngehen preßt er seinen Extraprofit heraus.

2. Die Bauführer der Firma Reuther in Wildeshausen erzählen überall den Bauarbeitern auf den auswärtigen Baustellen von "Schwarzen Listen", die im Büro geführt werden. Jeder, der in den letzten Jahren krank war, ist mit der Zahl seiner Krankheitstage dort aufgeführt. Sind die Baustellen beendet, dann wird nach dieser Liste entlassen. Der Erfolg ist, daß kranke Kollegen trotzdem zur Arbeit fahren. Ein fast 60-jähriger Kollege bei Reuther arbeitet seit vielen Jahren beim Eisenschneiden. Davon hat er auch seine starken Schmerzen in Schulter und Rücken und bekommt deswegen immer Spritzen. Jetzt sollte er zur Kur. Er geht aber nicht, denn dann steht er weiter oben auf der "Schwarzen Liste". In Rente gehen kann er sich auch noch nicht leisten, weil er von seinem Einfamilienhaus noch Lasten abtragen muß.

A., Walsrode-Visselhövede

IG- Druck- Vertrauensleuteversammlung Kreis Speyer/Germersheim fordert 1,20 DM auf 10 Monate Laufzeit.

Betriebsrente gekündigt

Hamburg. Bei dem SPD-eigenen Betrieb Auerdruck (Hamburger Morgenpost) hatte noch vor gut einem Jahr einer der Geschäftsführer auf einer Betriebsversammlung dummdreist behauptet, Auerdruck sei ein *"sozialistischer Betrieb"*. Jetzt soll die Betriebsrente für die Kollegen, die sie schon in Anspruch nehmen, um 50 % gekürzt werden. Die Rentenanwartschaften werden gekündigt. Als "Entschädigung" bekommen die Kollegen, die länger als 10 Jahre im Betrieb sind, für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit 100 DM, die Kollegen, die noch keine 10 Jahre im Betrieb sind können sich die Nase wischen. Den Hauptbetrag aus der Versicherung, zirka 5 Millionen DM, wollen die Auer-Kapitalisten dazu verwenden, ihre Schulden abzudecken.
In Hamburg sind im grafischen Gewerbe über 300 Kollegen arbeitslos. Die SPD-Geschäftsführer hoffen vor diesem Hintergrund, die Auflösung der Betriebsrente ohne weiteren Protest durchziehen zu können. Das neue Betriebsrentengesetz – gerade von der SPD mit großen Worten gefeiert – tastet das Recht der Kapitalisten, die Betriebsrente insgesamt abzuschaffen, nicht an.

Punktesystem verstärkt die Konkurrenz

Bericht von der Gewerkschaft Victor (Chemische Werke in Castrop Rauxel)

Seit dem 1. Mai 1973 wurde auf Gewerkschaft Victor (Chemische Werke in Castrop-Rauxel) eine "Persönlichkeitsbewertung" (Punktesystem) für die übertarifliche Leistungszulage eingeführt.

Das Punktesystem hat vier Beurteilungskategorien, die wiederum verschieden von den Werkstattleitern benotet werden. Für die Benotung bekommt man dann nach einem bestimmten Schlüssel seine Punkte. Je höher nun diese Benotung ausfällt, um so höher fällt auch der Lohn insgesamt aus. Was das bedeutet ist klar. Jeder einzelne Arbeiter ist direkt abhängig von seinem Meister bzw. seinem Werkstattleiter, der ja die Höhe der Benotung festlegt und auch die Höhe der Punktzahl. Das bedeutet auch, daß jeder Arbeiter angehalten wird, sich zu ducken und bei seinem Vorgesetzten kriechen muß, um für sich einige Punkte mehr herauszuholen. Außerdem verstärkt sich die Konkurrenz der Kollegen untereinander und jeder versucht, individuell eine bessere Punktezahl zu erheischen. Das aber nutzt nur der Unternehmensleitung, denn die Intensivierung wird somit im verstärkten Maße vorangetrieben.

Die Auswüchse dieses spalterischen Punktsystems zeigen sich schon heute recht deutlich, obwohl der Betriebsrat das Punktesystem als "gut" und "gerecht" hingestellt hat. Viele Kollegen haben Bedenken, eine Tasse Kaffee in der Kantine zu trinken, da sie befürchten müssen, daß sie ein Vorgesetzter sieht, der dann ihnen Punkte abziehen kann. Genauso sieht es bei einer Zigarettenpause am Arbeitsplatz aus. Überall muß man Angst haben, "entdeckt" zu werden und um seinen Lohn fürchten.

Oder anders: Wenn ein Arbeiter Mißstände im Betrieb aufdeckt und er wird dadurch unliebsam bekannt bei seinem Vorgesetzten, so kann er auch damit rechnen, daß ihm Punkte abgezogen werden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß das Punktsystem Spaltung, Konkurrenz, materielle Nachteile mit sich bringt. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß das Punktsystem gekündigt wird und auch kein anderes Akkordsystem eingeführt wird.

Die Forderung läuft auf die Arbeiterschutzforderung im KBW-Programm hinaus, wo es heißt:
"Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Lohnsysteme."

Betriebszelle Gew. Victor
Kommunistische Gruppe
Castrop-Rauxel

Druckerdemonstration beschlossen

Die letzte Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier in Hamburg beschloß, im Januar eine Demonstration gegen die Rationalisierung und Entlassungen in der Druckindustrie durchzuführen.
Die Delegiertenversammlung schloß sich damit den Protestaktionen an, die die Drucker in Berlin, München, Hannover und Stuttgart schon durchgeführt haben. Diese Demonstration wird eine Antwort sein, auf die Schikanen, die die Kapitalisten gegen uns richten, damit sie gesund aus der Krise kommen. Sie wird die Empörung zusammenfassen, die bei den Kollegen geschürt wurde durch die ständige Angst um den Arbeitsplatz angesichts von Massenentlassungen durch Auslagerungen, Rationalisierungen oder Stillegungen, sowie durch die immer größer werdende Mehrbelastung am Arbeitsplatz.

–S.B., Ortsgruppe Hamburg–

Schwarzer Tag für die Geschäftsleitung

Betriebsversammlung am Freitag, den 13.12.74 bei Harvester Heidelberg

Heidelberg. Unsere letzte Betriebsversammlung Mitte Dezember war eine lebhafte Angelegenheit. Zahlreiche Kollegen haben dort das Wort ergriffen. Sie haben gegen die Angriffe von seiten der Geschäftsleitung und für die eigenen Interessen Stellung genommen und so die Betriebsversammlung genutzt.

Die Versammlung fing mit dem üblichen Bericht der Direktion an. Darauswurde aber deutlich, daß bis zum Jahr 1976 fast ein Drittel mehr produziert werden soll wie jetzt, ohne die Belegschaft wesentlich zu erhöhen.

Dann folgte der Bericht des Betriebsrates. Er nennt einige bekannteMißstände, Verbesserungen bietet er nicht an. Er bezeichnet Schleyers Angebot von 6 % als Beleidigung und meint, 12 % wären das mindeste. Er spricht noch über das neue Werksarztgesetz und daß der Betriebsrat den neuen Verträgen mit Werksarzt und Sicherheitsingenieur nicht zugestimmt hat. Dazu muß man wissen, daß der Werksarzt im Betrieb verhaßt ist. Er behandelt die Arbeiter hochnäsig und seit einem Jahr gibt es im Betrieb eine Bewegung gegen ihn und für ein betriebliches Gesundheitswesen im Dienste der Belegschaft.

Zu den Entlassungen bei Harvester berichtet er, daß der Betriebsrat zu allen Kündigungen die Zustimmung verweigert habe, die sich gegen wirklich kranke Kollegen gerichtet hätten. Bei anderen Kollegen – insgesamt 11 – sei aber nichts zu machen gewesen.

Jetzt wartete man auf einen scharfen Angriff von ihm gegen die Geschäftsleitung. Nichts. Dagegen macht er sich über eine Angstpsychose lustig, die es in der Belegschaft gegeben habe.

Die anschließende Diskussion bringt einen anderen Wind in die Versammlung!

Als erster geht der Kollege Köhler zum Mikrofon, der in der Belegschaft bekannt ist als Kommunist und KBW-Kandidat für die Gemeinderatswahl im April 1975. Er erhält schon kräftigen Beifall, als er nach vorn geht. Als Skandal bezeichnet er, daß auch auf dieser Betriebsversammlung wieder kein Dolmetscher da ist, obwohl jeder dritte Kollege bei Harvester ein Türke ist. Zum Werksarzt stellt er fest, daß die Belegschaft diesen Werksarzt nicht will und deshalb den Betriebsrat beauftragt, für seine Entfernung zu sorgen. Starker Beifall. Schon auf der Betriebsversammlung zuvor erklärte er unter der Zustimmung der Belegschaft, daß sich grundlegend erst etwas ändert, wenn das betriebliche Gesundheitswesen in die Hand der Arbeiter kommt, wenn der Betriebsrat den Werksarzt einstellt und kontrolliert.

Die Entlassungen weist er anschließend scharf zurück: Bei kranken Kollegen setzt die Geschäftsleitung an, aber am Ende treffen will sie die ganze Belegschaft! Wieder unter Beifall stellt er fest, daß die Belegschaft dieses Weihnachtsgeschenk der Geschäftsleitung nicht ernst nimmt.

Danach ergreift ein Kollege aus dem Büro des Ersatzteillagers das Wort, um Stellung zu nehmen. Er greift die Kündigung eines Betriebsrats in seiner Abteilung auf, worüber der Betriebsratsvorsitzende vorher kein Wort verloren hatte. Der betreffende Betriebsrat, gegen den die Geschäftsleitung jetzt vor das Arbeitsgericht geht, weil die übrigen Betriebsräte der Kündigung nicht zugestimmt haben, war führend am Kampf gegen die Giftmülldeponie in Malsch bei Heidelberg beteiligt, die inzwischen geschlossen wurde. Dabei hat sich dieser Betriebsrat die Unterstützung vieler Menschen erworben, erklärt der Kollege aus dem Büro. Daß ihn die Geschäftsleitung auch einmal bei der Deponie gesehen hat, als er krankgeschrieben war, will sie jetzt als Vorwand benutzen, um ihn aus dem Betrieb zu werfen. Er hat aber eine gerechte Sache vertreten und muß im Betrieb bleiben, die Kündigung muß weg! Lebhafter Beifall. Dann kritisiert der Kollege die 12 %-Forderung des Betriebsrats. Sie reicht nicht aus, sagt er, und spaltet obendrein. Eine Prozentforderung ist für den Lohnkampf nicht gut!

Dann ist der **Vertreter der IG Metall**, der zweite Bevollmächtigte Fischer, an der Reihe. Die Belegschaft erwartet klare Stellungnahmen gegen die Entlassungen und für ausreichende Lohnerhöhungen. Fischer blieb diese Stellungnahmen schuldig. Dafür spricht er ausführlich über Schwerbehindertengesetz, Maschinenschutzgesetz usw. Und nicht genug: "Wir haben weitere 45 Gesetze in Vorbereitung." Oje, dachten sich die meisten und rutschten auf dem Stuhl hin und her. Wir brauchen die Mitbestimmung, fährt Fischer fort, die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit.

Dann steigt die Aufmerksamkeit wieder. Eine Reihe von Beiträgen von Kollegen folgt. Zunächst spricht der von Entlassung bedrohte Betriebsrat. Erst über die schlechte Betriebsrentenregelung, dann über die Ursache des hohen Krankenstandes, die in den Arbeitsbedingungen liegt, nicht in der Faulheit der Arbeiter, wie die Geschäftsleitung meint.

Dann geht nochmals der kommunistische Kollege Köhler nach vorn. Was sind unsere Aufgaben in der Krise? fragt er. Kommt es für uns darauf an, an die Regierung zu appellieren, daß sie den Unternehmern Prämien zahlt? Oder kommt es auf die Mitbestimmung an? Nein, die Prämien ermuntern allenfalls zu Rationalisierungsinvestitionen, und die bedeuten weitere Entlassungen. Und Mitbestimmung, Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit kann es nicht geben, weil die Unternehmer die Fabriken besitzen und die Arbeiter halt nicht. Worauf es ankommt, das ist der selbständige Kampf für die eigenen Interessen! Und jetzt besonders für den Lohn.

Die geplante Forderung, 7 % und 60 DM (die inzwischen im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden aufgestellt wurde), ist zu niedrig, um den sinkenden Reallohn zu halten, und sie ist spalterisch, weil sie im wesentlichen auf eine Prozentforderung hinausläuft. Viel besser, sagt er, ist eine Forderung, wie sie in seiner Abteilung von einer Reihe Kollegen durch Unterschrift bekräftigt wurde: Keiner darf bei dem Abschluß unter 185 Mark bleiben! Diese Forderung fand auch die Unterstützung der Versammlung.

Kurz vor Schluß der Versammlung fragt der gewerkschaftliche Vertrauensmann der Elektriker den Direktor, ob er vielleicht sein Frühstück auf einer schmutzigen Werkbank einnehmen wolle. In die Reparaturabteilung gehören endlich Frühstückstische!

Der Direktor sagte noch auf der Betriebsversammlung die Tische zu. Er tat das im Brustton der Großmütigkeit, aber es war klar, daß die Zusage ein Ergebnis der kämpferischen Betriebsversammlung war!

Die Versammlung hat der Geschäftsleitung gezeigt, daß die Belegschaft trotz Entlassungen und Drohungen nicht tatenlos zusieht, wie sich die Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern, sondern sich zur Wehr setzt.

–Harvester-Zelle des KBW–

Als erster geht der Kollege Köhler zum Mikrofon, der in der Belegschaft bekannt ist als Kommunist und KBW-Kandidat für die Gemeinderatswahl im April 1975. Er erhält schon kräftigen Beifall, als er nach vorn geht. Als Skandal bezeichnet er, daß auch auf dieser Betriebsversammlung wieder kein Dolmetscher da ist, obwohl jeder dritte Kollege bei Harvester ein Türke ist. Zum Werksarzt stellt er fest, daß die Belegschaft diesen Werksarzt nicht will und deshalb den Betriebsrat beauftragt, für seine Entfernung zu sorgen. Starker Beifall. Schon auf der Betriebsversammlung zuvor erklärte er unter der Zustimmung der Belegschaft, daß sich

nicht gut!

Dann ist der Vertreter der IG Metall, der zweite Bevollmächtigte Fischer, an der Reihe. Die Belegschaft erwartet klare Stellungnahmen gegen die Entlassungen und für ausreichende Lohnerhöhungen. Fischer blieb diese Stellungnahmen schuldig. Dafür spricht er ausführlich über Schwerbehindertengesetz, Maschinenschutzgesetz usw. Und nicht genug: "Wir haben weitere 45 Gesetze in Vorbereitung." Oje, dachten sich die meisten und rutschten auf dem Stuhl hin und her. Wir brauchen die Mitbestimmung, fährt Fischer fort, die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit.

ob er vielleicht sein Frühstück auf einer schmutzigen Werkbank einnehmen wolle. In die Reparaturabteilung gehören endlich Frühstückstische!

Der Direktor sagte noch auf der Betriebsversammlung die Tische zu. Er tat das im Brustton der Großmütigkeit, aber es war klar, daß die Zusage ein Ergebnis der kämpferischen Betriebsversammlung war!

Die Versammlung hat der Geschäftsleitung gezeigt, daß die Belegschaft trotz Entlassungen und Drohungen nicht tatenlos zusieht, wie sich die Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern, sondern sich zur Wehr setzt.

–Harvester-Zelle des KBW–

International Harvester Heidelberg:

Kollege wiedereingestellt

Heidelberg. Leser der ersten KVZ werden sich vielleicht erinnern an den selbständigen Streik im Mai 1973 bei Harvester in Heidelberg. Der Streik dauerte 5 Tage. Erreicht wurden 30 DM mehr für das Jahr 1974. Nach dem Streik erteilte die Firma Hausverbot für 6 Kollegen und sprach dann fristlose Entlassungen aus. Die 6 fristlosen Entlassungen mußten alle zurückgenommen werden. Der Betriebsrat hatte aufgrund der Unruhe in der Belegschaft nicht zugestimmt.

So weit wurde berichtet.

Die Firma wollte aber unbedingt diesen Erfolg der Belegschaft rückgängig machen.

Sie fand Mittel und Wege, die 6 Kollegen aus dem Betrieb zu werfen oder sie hinauszuekeln, so zum Teil erst nach mehreren Versuchen. Bei dem Kollegen Günter Krauss, den sie jetzt wieder einstellen müssen, war es die dritte Kündigung innerhalb eines halben Jahres. Die dritte Kündigung erhielt Günter Krauss am 28. November 1973 wegen Fotografierens im Betrieb, welches nicht verboten war bei Harvester. Diesmal stimmte der Betriebsrat der fristlosen Kündigung zu.

Gegen die fristlose Kündigung klagte der Kollege. Er erhielt Rechtsschutz von der Gewerkschaft.

Als die Firma merkte, daß ihre Kündigung auf wackligen Füßen stand, bot sie dem Kollegen 5 000 DM als Vergleich an. Der Kollege Krauss lehnte ab. Er gewann den Proze-eß auf Wiedereinstellung. Doch die Firma ging in Berufung. Sie ließ aber dem Kollegen mitteilen, daß sie bereit sei, 10 000 DM zu bezahlen, wenn er darauf verzichtet, wieder bei der Firma Harvester zu arbeiten. Man kann sehen, was es der Firma wert ist, einen klassenbewußten Arbeiter aus dem Betrieb zu halten. Die Summe von 10 000 DM entspricht knapp dem Nettoverdienst eines Jahres von Günter Krauss. Eine Menge Geld für einen Arbeiter, wenn man bedenkt, mit was für einer Schinderei es verbunden ist, ein Jahr in der Fabrik seine Arbeitskraft zu verkaufen. Das Bestechungsgeld lehnte er wiederum ab. Den zweiten Prozeß vor dem Landesarbeitsgericht in Mannheim gewann er wieder. Die Firma hatte in der Berufungsklage und – allerdings noch nicht ganz so offen – in der Klageerwiderung zum ersten Prozeß gezeigt, was ihr eigentlicher Grund zur Kündigung war. Sie schrieb, daß der Kollege Günter Krauss Mitinitiator des Streiks gewesen und daß er Mitglied des KBW sei. Das Fotografieren im Betrieb war vorgeschoben. Das andre waren die eigentlichen Vergehen aus der Sicht der Firma. Weil dies zu offensichtlich wurde, meinte sogar der eine Richter: "So geht es ja auch nicht."

Ab 7. Januar arbeitet der Kollege wieder in der Firma.

Fazit: Ein klassenbewußter Arbeiter darf sich nie kaufen lassen. Man muß um jeden Preis um sein Recht kämpfen, auch vor bürgerlichen Gerichten. Doch ist ein bürgerliches Gericht keine reelle Grundlage für diesen Kampf. Die Solidarität der Kollegen ist das wichtigste. Dadurch, daß sich ein klassenbewußter Arbeiter sein Bewußtsein und seine Gesinnung nicht kaufen läßt, trägt er mit dazu bei, die Solidarität der Arbeiter ein wenig weiter zu bringen.





Nach dem 1. Arbeitstag: G. Krauss (2. v. links) verläßt das Werk

Verschärfung der Widersprüche in der GEW

Das ist das Ergebnis des Scheiterns sozialdemokratischer Bildungsreform

Die von der SPD/FDP-Regierung versprochene und geplante Bildungsreform ist auf der Strecke geblieben. Das hat seine Auswirkungen auf die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die sich in den letzten Jahren als eine Art Speerspitze der Bildungsreform verstanden hat. Je offensichtlicher das Scheitern dieser Reform, umso mehr verschärfen sich in der GEW die Widersprüche zwischen der SPD-Fraktion in der GEW und großen Teilen der Mitglieder. Dabei scheut die SPD-Fraktion in der GEW keineswegs davor zurück, den Verband zu spalten, wenn sie sich in einzelnen Fragen nicht durchsetzen kann.

Schon vor Jahr und Tag hat in Bremen die Schulratsfraktion in der GEW einen eigenen Ortsverband aufgemacht. Jüngst sind in Westberlin unter Führung des Schulsenators Löffler und mehrerer Stadtschulräte Teile der SPD-Fraktion aus der GEW ausgetreten und haben einen Sonderverband gebildet. In Dortmund ruht seit Monaten schon die Arbeit des Stadtverbandes der GEW, weil der Vorstand einen Mitgliederbeschluß gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst nicht anerkennen will. In Essen wurde der Mehrheit der Mitgliederversammlung die gegen zwei Ausschlußverfahren aus der GEW wegen KBW-Unterstützung Beschluß gefaßt hatte, vom nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Gemein der Ausschluß angedroht. In Westberlin ist die SPD-Fraktion in der SPD sogar soweit gegangen, direkt ihren Parteivorstand in die Gewerkschaftsauseinandersetzung einzuschalten. Der westberliner Landesvorstand der SPD hat den Bundesvorstand seiner Partei aufgefordert, "unverzüglich mit dem Bundesvorstand in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf DKP und SEW auszudehnen" (FAZ vom 18.12.1974). Je mehr sie in Schwierigkeiten kommen, umso weiter ziehen die Führer der SPD-Fraktion den Kreis ihrer Gegner. Und das wird ihnen mit Sicherheit nicht gut bekommen.

Viele Mitglieder, die wegen der Hoffnung auf die Bildungsreform in die GEW eingetreten sind, werden heute unzufrieden und suchen nach einer Möglichkeit, wie es weiter gehen kann, nachdem die vorgesehene Reformpolitik der Bundesregierung offensichtlich gescheitert ist. Die GEW stellt heute die Forderung in den Vordergrund nach Ausbau der Vorschule, Senkung der Klassenfrequenzen, der Einrichtung des 10. Schuljahres und dem Ausbau des Berufsschulunterricht. Ihre Begründung: Damit werden Arbeitsplätze für die Lehrer geschaffen und wird die sich entwickelnde Lehrerarbeitslosigkeit gesteuert. Gleichzeitig würde damit langfristig das Wirtschaftswachstum gefördert, denn das hinge ab von "einer höheren Qualifikation aller Schichten der Bevölkerung".–

Diese Forderungen und diese Begründungen hat der GEW-Vorstand Frister kürzlich wieder dem Bundeskanzler Schmidt vorgetragen. Welche Antwort er darauf erhalten hat, ist aus dem GEW-Organ nicht zu erfahren. Man kann es sich aber denken. "Langfristiges Wirtschaftswachstum durch Bildungsförderung gut und schön", wird der Bundeskanzler geantwortet haben, "aber kurzfristig haben wir kein Geld." Im Augenblick gehen die Staatsfinanzen dafür drauf, die Kapitalisten zu Investitionen, also zur weiteren Kapitalakkumulation anzureizen. Und Maßnahmen, welche die Arbeitskraft verteuern, können die Kapitalisten dabei überhaupt nicht gebrauchen.

An dieser eisernen Notwendigkeit ist mit Sicherheit auch Erich Fristers Versuch gescheitert, dem Bundeskanzler Schmidt den Ausbau des Bildungswesens als Programm zur Förderung der Konjunktur schmackhaft zu machen.

Will man Verbesserungen im Bildungswesen erreichen, so wird man sich nicht darauf berufen können, dergleichen fördere die "Wirtschaft der Bundesrepublik", d. h. die Profite der Kapitalisten. Daß das nicht der Fall ist, wissen diese besser und überzeugender darzulegen. Sondern man wird darlegen müssen, daß es für die Arbeiter und Angestellten ganz und gar unverzichtbar ist, solche Verbesserungen durchzusetzen. Gerade die sich entwickelnde Jugendarbeitslosigkeit macht das deutlich. Denn viele Schulabgänger bleiben heute ohne jede Qualifikation ihrer Arbeitskraft, die doch ihr einziger Besitz ist.

Wenn die GEW ernsthafte Schritte unternehmen will zur Durchsetzung ihrer aktuellen Forderungen, dann wird sie sich deshalb nicht in erster Linie wenden können in einer Politik der Vorzimmergespräche an die Regierungen, sondern wird sich wenden müssen an die breiten arbeitenden Massen. Das kann die GEW gut, denn ihre Mitglieder haben wirkliche Kenntnisse über die Verhältnisse im Volksbildungswesen und können auf eigenen Veranstaltungen, in Veranstaltungen von anderen DGB-Gewerkschaften usw. die Berechtigung solcher Forderungen mit viel konkretem Material herausarbeiten.

Das ist freilich eine Richtung der Tätigkeit, an der die SPD-Fraktion in der GEW kein Interesse hat. Da gleichzeitig die Konsequenz der Verhältnisse aber viele Mitglieder in diese Richtung drängt, greifen sie zum Mittel des Ausschlusses, um den Verband stillzuhalten. Aus der Hand schlagen kann man ihnen dieses Mittel, wenn man konsequent daran festhält, für die Durchsetzung der aktuellen Forderungen zu arbeiten.

W.M.

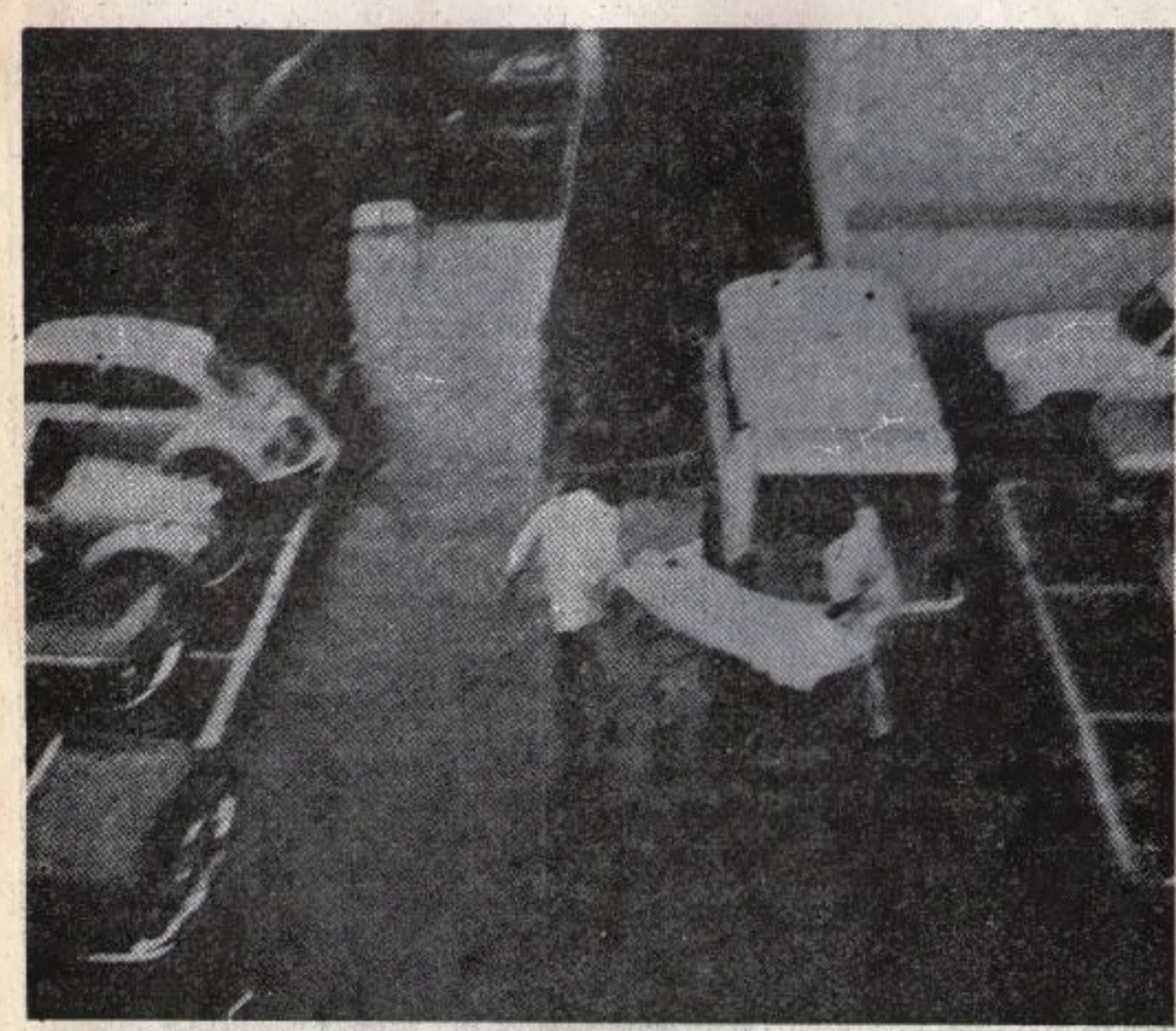
Streikrecht für Beamte

Weg mit dem besonderen Dienstrecht!

"Möglichst schnell das Dienstrecht im öffentlichen Dienst ändern," solche und ähnliche Sprüche lassen wieder fast täglich die bürgerlichen Politiker los. Angesichts der schlechten Stimmung des Volkes über die Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat, versucht die Bourgeoisie Stimmung zu machen gegen die arbeitenden Kollegen im öffentlichen Dienst. Dabei fürchten sie in der Krise besonders um die Funktionsfähigkeit des Staatsapparates – schließlich ist die Kampfkraft und Rebellion in den Reihen der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Staatsdienst seit den Streiks im Frühjahr 1974 gewachsen. Um sie wieder fester an die Kandarre zu kriegen, versucht deshalb die Bourgeoisie allen Kollegen im öffentlichen Dienst das Streikrecht vorzuenthalten und die politische Disziplinierung zu verschärfen. Ausnutzen wollen sie dabei die Regierungstreue der ÖTV-Führung, die durch das spalterische und niedrige 6 % und 50 DM-Tarifangebot einen Kniefall vor Schmidt gemacht hat.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen dagegen unbedingt Maßnahmen ergreifen. Gerade jetzt in der Tarifrunde gilt es, in den Behörden und Ämtern die Diskussion zu verstärken für die Abschaffung des besonderen Dienstrechtes für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst und für die Erkämpfung des uneingeschränkten Streikrechts. Allein werden das die Kollegen im öffentlichen Dienst schwer schaffen; deshalb muß man sich verbinden mit den Volksmassen, die aufgeklärt werden müssen über die miese Lage der kleinen Beamten und über die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch Stellenstreichungen und Rationalisierungen. Zusammenfassen muß man das in Gewerkschaftsbeschlüssen, worin auch die Metallgewerkschaften um solidarische Unterstützung der Forderungen der ÖTV-, DPG- und GdED-Kollegen aufgefordert werden und die gerichtet werden sollten direkt an die 400 örtlichen Delegierten des 9. Deutschen Beamtentages des DGB, der am 20./21.2.1975 im Kurfürstlichen Schloß Mainz stattfindet unter dem Motto "Öffentlicher Dienst – für den Bürger, für die Gesellschaft". Dieser Kongreß muß die Front der Kollegen im öffentlichen Dienst gegen das reaktionäre Dienstrecht festigen und die Forderungen der Kollegen breit in die Öffentlichkeit tragen.

K., Bremen



In den Städtischen Kliniken Wiesbaden müssen frisch Operierte über den offenen Hof transportiert werden, hier z.B. bei strömendem Regen.

„Wenn's Ihnen nicht gefällt, können Sie ja gehen!"

200 Betten sollen in Wiesbadener Kliniken stillgelegt werden

Die Meldungen über die verheerenden Zustände in den Krankenhäusern häufen sich überall. Durch jahrelange Sparmaßnahmen fehlt es an medizinischen Geräten, sind die hygienischen Zustände miserabel und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten unzumutbar. Unfähig den sog. Personalmangel zu beheben, sind jetzt in vielen Kliniken Hunderte von Betten geschlossen worden. Daß sich die Situation dadurch nur weiter verschärft, zeigt das Beispiel der Wiesbadener Städtischen Kliniken.

Personalmangel und Bettenschließungen gibt es nur deshalb, weil der Staat kein Interesse an größeren Ausgaben im Gesundheitswesen hat. Die Krankenpflegeschule an den städtischen Kliniken in Wiesbaden ist seit ihrem Bestehen nicht ausgebaut worden – jetzt ist sie zu 100 % überfüllt. Zirka 50 % der Schüler verlassen vor dem Examen die Schule – die wenigsten bleiben, wenn sie es haben. Personalunterkünfte gibtes nur wenige – ein Großteil dieser wenigen soll innerhalb der nächsten Jahre von den Schwestern geräumt werden. Der Betriebskindergarten ist vollkommen überfüllt – er schließt schon vor dem Ende der Spätschicht. Aufenthalts- und Umkleideräume existieren an den Kliniken für die Beschäftigten so gut wie überhaupt nicht. Die Arbeits leistung ist für die Beschäftigten insbesondere auf Station seit je her unzumutbar – 190 Betten sind allein zusätzlich eingeschoben worden.

Als am 1. Oktober die 40-Stunden-Woche eingeführt wurde und die Klinikleitung angesichts des wachsenden Unmutes über den geteilten Tagesdienst .den Schichtdienst im Pflegebereich einführen mußte, fehlten dann 253 Pflegekräfte. Die zu besorgen, war dem Staat zu teuer. Im Haushaltsplan für 1975 wurde nicht einmal die Hälfte des Geldes zur Besetzung aller offenen Planstellen bewilligt. Billiger war es, 200 Betten zu schließen.

Wie sieht die Situation für die Kollegen an den Kliniken aus?

Immer noch wird z. B. eine 6-Bett-Schwerstkrankenstation nur von einer Schwester und einem Schüler in einer Schicht versorgt, immer noch sind ganze Stationen zeitweise nur mit einigen Schülern besetzt, oft machen Schüler noch allein Dienst. Doch damit noch nicht genug.

Der Druck auf die Krankenpflegekräfte hat sich weiter verschärft. Während der Magistrat versucht, der Öffentlichkeit weiszumachen, er bemühe sich mit allen Kräften um Personal (Werbeaktionen, auf die nicht einmal ein Blinder mit Krückstock hereinfällt), wird an der Klinik durch bewußte Provokationen versucht, Beschäftigte rauszuekeln:

Einer Schülerin, die sich über eine zu kurzfristige Einteilung zu einer Nachtwache beschwerte, wurde gesagt: Es sei doch gleichgültig, ob man die Nacht so oder so verbringen würde! Ein Pfleger wurde eingeteilt, obwohl niemand in dieser Zeit auf sein Kind aufpassen konnte – Begründung: Solange Sie in der Klinik arbeiten, müssen Sie Ihr Privatleben schon zurückstellen. Schwestern, die sich bei der Oberin über schlechte Zustände an den Kliniken beschweren, wird gesagt: Wenn's Ihnen nicht gefällt, können Sie ja gehen – wir bekommen demnächst sowieso 800 Koreaner! Oder man wird gleich entlassen.

Immer mehr Kollegen an den Kliniken wird klar: Die Stadt will nicht nur die offenen Dienststellen nicht besetzen, sie will nicht nur den Einstellungsstop, sondern sie will in Wirklichkeit Pflegekräfte entlassen, den Personalbestand weiter reduzieren. Deshalb will sie auch nicht in absehbarer Zeit die stillgelegten Betten wieder aufmachen. Das wichtigste dabei ist, daß Druck auf alle Beschäftigten ausgeübt wird, unter den miserablen Bedingungen weiter zu arbeiten, ohne den Mund aufzumachen.

Gegenüber diesen Zuständen hat die Gewerkschaftsjugendmitgliederversammlung an den Kliniken richtige Forderungen aufgestellt:

Bewilligung und Besetzung aller erforderlichen Planstellen durch den Magistrat bei Einführung der 40-Stunden-Woche und des Schichtdienstes! Zwei zusammenhängende Tage frei in jeder Woche, 8 Stunden Arbeitszeit pro Tag sowie Anrechnung der Essenspausen auf die Arbeitszeit für alle Beschäftigten!

Die Forderungen gilt es unter allen Kollegen zu verankern. Der erste Schritt den Magistrat massiv unter Druck zu setzen, ist die breite Information der Öffentlichkeit durch die Beschäftigten an den Kliniken.

G., Ortsgruppe Wiesbaden

ÖTV-Tarifrunde

Protestkundgebung gefordert - für 200 DM mindestens!

Heidelberg. Die ÖTV-Mitgliederversammlung im hochschulfreien Forschungsbereich forderte am 16. Dezember 1974 in einer Resolution u.a.:

Für die zweite Verhandlungsrunde ist es notwendig, daß die Mitglieder ihre Empörung über die Haltung der Arbeitgeber zum Ausdruck bringen

Wir fordern deshalb die Kreisverwaltung auf, am 14. Januar, zur Zeit des 2. Verhandlungstermins, **eine Protestkundgebung** während der Arbeitszeit auf dem Bismarckplatz durchzuführen.

Die Mitgliederversammlung fordert die Große Tarifkommission auf, eine Mindestlohnerhöhung von 200 DM festzusetzen, unter der ein Abschluß nicht zustande kommt.

Wiesbaden. Am 10.12. fand an den Städtischen Kliniken eine Betriebsgruppenversammlung statt, an der zirka 20 Kollegen teilnahmen. Beschlossen wurde eine Stellungnahme an die Große Tarifkommission, in der die 6 % und 50 DM Forderung kritisiert wird.

Dagegen wird gefordert, daß jeder Kollege diesmal mindestens 200 DM mehr bekommt.

Zusätzlich beschloß man, diese Stellungnahme am Schaukasten der ÖTV in der Klinik auszuhängen

Trommelfeuer von Regierungs- und Kapitalistenvertretern gegen die Arbeiter und Angestellten

Im Januar finden die nächsten Verhandlungen statt in den Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst. In beiden Fällen werden die Vertreter der Metallkapitalisten, beziehungsweise die Vertreter des bürgerlichen Staates unverschämt niedrige Angebote machen. Diese unverschämt niedrigen Angebote und ihre Durchsetzung bereiten sie gegenwärtig vor. Ihr Trommelfeuer auf die Arbeiter und Angestellten in Fernsehen, Rundfunk und in den bürgerlichen Zeitungen dient dazu, die Positionen der Arbeiter und Angestellten sturmreif zu schießen. Eingehämmert soll werden: "Die Arbeiter und Angestellten müssen geschröpft werden, damit es mit der kapitalistischen Wirtschaft wieder aufwärts geht. Das ist im Interesse aller, der Arbeiter und der Kapitalisten."

Mit ihrem Konjunkturprogramm hat die Regierung 9 Milliarden für die Kapitalisten locker gemacht und hat behauptet, auf diesem Umweg den Arbeitern und Angestellten gegen die Arbeitslosigkeit helfen zu wollen. Den nächsten Schritt müssen jetzt die Arbeiter machen, indem sie Lohnverzicht leisten, sagen die Regierungsvertreter heute. Nur so könnte das Konjunkturprogramm zum Erfolg führen. Kanzler Schmidt sagt, daß man jetzt "vernünftig" sein muß, wenn man Arbeiter und Angestellter ist. "Vernünftig" aber soll es angeblich sein, sich freiwillig schlachten zu lassen. Wirtschaftsminister Friedrichs sagt "die Tarifparteien" trügen eine "hohe Verantwortung für die Beschäftigung des kommenden Jahres". Die "hohe Verantwortung" der Arbeiter soll offensichtlich darin bestehen, daß sie den Kapitalisten höhere Profite produzieren und niedrigere Löhne hinnehmen, die "hohe Verantwortung" der Kapitalisten dagegen soll darin bestehen, daß sie die Löhne drücken und ihre Profite in die Höhe treiben. Man sieht gut, daß es den Kapitalisten leichter fallen wird, die Ansprüche des Herrn Minister zu erfüllen, als den Arbeitern das gelingen kann. Das ist auch kein Wunder, denn in Wirklichkeit erfüllt der Herr Minister ja nur die Ansprüche der Kapitalisten, wenn er die Arbeiter und Angestellten auffordert, Lohnverzicht zu leisten.

Professor Kloten, Vorsitzender des Sachverständigenrates empfiehlt eine "zurückhaltende Tarifpolitik". Worin soll diese bestehen? Darin, daß sich die Arbeiter und Angestellten in der Forderung nach Bezahlung ihrer Arbeitskraft durch die Kapitalisten zurückhalten und darin, daß sich die Kapitalisten dabei zurückhalten, die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten zu bezahlen.

Es ist immer dasselbe Lied: die Arbeiter und Angestellten sollen ihren Gürtel enger schnallen, damit die Kapitalisten ihren Heißhunger nach Profit besser erfüllen können und die Kapitalisten sollen ebenfalls den Gürtel der Arbeiter und Angestellten enger schnallen, um ihren eigenen Heißhunger nach Profit besser zu erfüllen. Das ist ein seltsamer Strang, an dem Kapitalisten und Arbeiter gemeinsam ziehen sollen! Er liegt um den Hals der Arbeiter und Angestellten. Am rührensten klingt dieses alte Lied wenn es von dem Vertreter der Kapitalisten, dem berüchtigten Schleyer selber angestimmt wird. Mit tiefer Sorge erinnert dieser Biedermann "vor allem die Tarifpartner an ihre Verantwortung". "Gelänge es ihnen, sich bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen auf Lohnabschlüsse zu verständigen, die den Unternehmen Luft von dem 'übermäßigen Kostendruck' verschafften, dann wäre der erste Schritt auf dem Weg zu größerer wirtschaftlicher Sicherheit getan." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.12.74) Den Arbeitern und Angestellten die Luft abdrehen, damit die Kapitalisten Luft bekommen, die Unsicherheit der Arbeitsplätze ausnutzen, um die Sicherheit der Kapitalisten zu haben, dies sehr ungleiche Geschäft sollen die Arbeiter zusammen mit den Kapitalisten in trauter Tarifpartnerschaft vollziehen.

Das Trommelfeuer konzentriert sich auf die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst

Um ihre Politik gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen, versuchen die bürgerlichen Politiker am vermeintlich schwächsten Punkt anzusetzen und die Arbeiterklasse zu spalten. Dieser schwächste Punkt ist nach ihrer Ansicht der öffentliche Dienst. Wenn aber die bürgerlichen Politiker gegen den öffentlichen Dienst hetzen, dann meinen sie offensichtlich nicht die Ministerialbeamten und andere hohe Beamten, und wenn sie von den zu hohen Gehältern herumfaseln, dann meinen sie offensichtlich nicht ihre eigenen Gehälter, sondern dann versuchen sie den berechtigten Haß aller Arbeiter auf die **hochbezahlten Parasiten** im öffentlichen Dienst zu nutzen, um die Arbeiterklasse zu spalten und die Arbeiter in den Industriebetrieben gegen die Forderungen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst aufzubringen.

Dieses Manöver ist leicht zu durchschauen, denn kein Metallarbeiter in einem Industriebetrieb wird den Mechaniker oder Straßenbahnfahrer im öffentlichen Dienst mit den Chefs im öffentlichen Dienst verwechseln, keiner wird die Krankenschwester mit dem Chefarzt verwechseln. Obwohl das Manöver der bürgerlichen Politiker mit ihrem Schwerpunktangriff auf die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst langfristig scheitern muß, kann es doch kurzfristig Verwirrung stiften, weil die bürgerlichen Politiker die öffentliche Meinung beherrschen, d. h. die Fernsehanstalten, den Rundfunk und die bürgerlichen Zeitungen. Mit diesem mächtigen Instrument können sie zweifellos einige Verwirrung stiften.

Denn genausowenig wie die Arbeiter und Angestellten insgesamt darin zu Wort kommen, kommen die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes darin zu Wort. Darin zu Wort kommen Leute wie der Innenminister Maihofer, die gegen die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst mit der Drohung auf Einstellungsstop vorgehen. Damit sollen die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst eingeschüchtert werden. Die anderen Arbeiter und Angestellten sollen gegen ihre Lohnforderungen aufgebracht werden, weil sie eine weitere Verschlechterung der Gesundheitsversorgung, der öffentlichen Nahverkehrs usw. befürchten müssen.

Zu Wort kommen Leute wie der niedersächsische Ministerpräsident Kubel, der "die zur Belebung der Konjunktur und zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes notwendigen Maßnahmen nicht durch "unangemessene Besoldungs- und Tariferhöhungen' im öffentlichen Dienst schmälern lassen" will (Frankfurter Rundschau 3.1.1975). Diese Konjunkturmaßnahmen kommen praktisch alle den Kapitalisten zugute. Kubel sagt also nur, daß er die Milliarden Steuergelder lieber den Kapitalisten in die Tasche stecken will als den Arbeitern und Angestellten ihre Lohnforderungen zu erfüllen. Er will aber den Eindruck erwecken, als vertrete er gegenüber den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst nicht etwa die Interessen der Kapitalisten, sondern die Interessen der Arbeiter und Angestellten der Industrie. Am liebsten würde dieser Schlauberger so tun, als verliefe die Tariffront nicht zwischen den Kapitalisten und der Regierung auf der einen Seite und den Arbeitern und Angestellten auf der anderen Seite, sondern zwischen den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst auf der einen Seite und den Arbeitern und Angestellten in der Industrie auf der anderen Seite. Das ist eine noch bessere Erfindung als die altbekannte: Kapitalisten und Regierung vertreten in der Tarifauseinandersetzung die Interessen des Ganzen, die Interessen von Kapitalisten und Arbeitern zusammen, während die Arbeiter und Angestellten mit ihren Forderungen stets ihren eigenen "wohlverstandenen Interessen" in den Rücken fallen und deshalb von den Kapitalisten und der Regierung durch Unnachgiebigkeit davor bewahrt werden müssen, nicht nur das Ganze, sondern vor allem sich selbst ins Elend zu stürzen.

Was die bürgerlichen Politiker mit all diesen Geschichten vorhaben, sprach bereits das Jahresgutachten des "unabhängigen" Sachverständigenrates aus: Dort heißt es, daß im öffentlichen Dienst "ein Beispiel umgekehrten Vorzeichens" gesetzt werden müsse. "Die Staatsdiener sollten also Lohnbremser und nicht wie 1974 Lohnführer sein." (Die Welt 4.1.1975). Daß die Arbeiter und Angestellten eben keine "Staatsdiener" sind, sondern sich wie Lohnabhängige verhalten und ihre Forderungen notfalls mit Streik durchsetzen, hat die bürgerlichen Politiker am meisten empört. Um sie als "Staatsdiener" wieder in Griff zu bekommen, sollen sie jetzt isoliert und eingeschüchtert werden, um dann als Lohnbremser zu funktionieren. Das ist die Taktik der Kapitalistenklasse und diese Taktik richtet sich selbstverständlich nicht nur gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, sondern gegen alle Arbeiter und Angestellten, denn ihr Lohn soll gebremst werden oder im Klartext gesprochen, ihr Reallohn soll gedrückt werden. Begonnen werden soll damit im öffentlichen Dienst. Fortgesetzt werden soll das in der Metallindustrie und in allen Bereichen.

Selbstverständlich nutzen die Kapitalisten und die Regierung die Arbeitslosigkeit als Druckmittel

Bundesbankchef Klaasen stellt völlig richtig fest: "Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung unterstützte 'in großem Umfang' die Unternehmen." (FAZ 28.12.1974) Daß für die Kapitalisten zu der Unterstützung durch den bürgerlichen Staat noch die Lohndrückerei dazu kommen muß und daß sie für diese Lohndrückerei selbstverständlich die Arbeitslosigkeit nutzen, spricht der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Kirchner, offen aus:

"Zwar sei die Absicht der Regierung, die Investitionstätigkeit anzuregen, zu begrüßen, doch könne das Konjunkturprogramm nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn die Investitionsschwäche an der Wurzel, das heißt bei den schlechten Erträgen, behoben werde. Dazu sei die Stabilisierung des Kostenniveaus die entscheidende Voraussetzung, insbesondere durch eine radikale Abkehr von den bisherigen Lohnerhöhungen. (...) Solange keine Daten in der Lohnpolitik vorliegen, ist nach Ansicht Kirchners die 'Geschäftsgrundlage' für das Wirksamwerden des Konjunkturprogramms nicht gegeben." (FAZ 17.12.1974) Steuergelder in die Taschen der Kapitalisten, das reicht den Kapitalisten nicht. Ihr eigentliches Ziel ist die Senkung des Lohns und die Verschärfung der Ausbeutung und dazu wollen sie die wachsende Arbeitslosigkeit bis zur Neige auskosten. Solange die Kapitalistenklasse herrscht, wird sie das so treiben wollen und auch großen Teils so treiben können. Deshalb war es stets das Ziel der Arbeiterbewegung, die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen und den gesellschaftlichen Reichtum nicht länger für die Kapitalistenklasse, sondern tatsächlich für die Gesellschaft zu produzieren. In den Händen der Kapitalistenklasse ist der gesellschaftliche Reichtum, den die Arbeiterklasse produziert, nur eine Waffe der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Für die Arbeiterklasse ist noch nicht einmal die Arbeit gesichert. Umso notwendiger ist es, sich durch die Arbeitslosigkeit nicht einschüchtern zu lassen, sondern den Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu verstärken, gerade auch an der Lohnfront. Wenn es der Kapitalistenklasse gelingt, die Löhne zu senken und die Ausbeutung der Arbeiter, die Arbeit haben, weiter zu verschärfen, dann bedeutet das keineswegs Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Löhne werden dann zwar gesenkt sein, ein Arbeiter wird die Arbeit für zweie machen. Vielleicht werden die Kapitalisten dann die Produktion wieder ausdehnen und einige Arbeiter wieder einstellen. Im besten Fall werden dann bis zur nächsten Krise alle Arbeiter noch mehr ausgebeutet. Es kann aber auch genausogut sein, daß die Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung bleibt, wie bereits heute in den USA, Großbritannien und Italien.

Jeder Verzicht im Lohnkampf stärkt die Position der Kapitalistenklasse. Die schlechte Lage der Arbeiterklasse hat aber ihre Ursache in der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Deshalb muß der Lohndrückerei der Kapitalistenklasse Widerstand geleistet werden, um ihre Herrschaft schließlich zu stürzen.

Alles andere verschärft die Abhängigkeit der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse und führt die Arbeiter ins Elend.

J.S.

‚Arbeitsbeschaffung'mit Arbeitergeld

Darmstadt: Arbeitsamt zahlt, wenn die Merck- Kapitalisten Jugendliche für sich schaffen lassen

Nach den Unterlagen der Bundesanstalt für Arbeit waren von den Arbeitslosen Ende September fast 70 000 unter 20 Jahren, davon über 30 000 auf der Suche nach einer ersten Stelle. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Steigerung um 233 %, wogegen die Zahl der Arbeitslosen insgesamt im gleichen Zeitraum um 154 % angestiegen ist. Die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen ist also ganz auffallend schneller gestiegen. Auch bei den 20- bis 30-jährigen liegt die Rate noch höher als bei den älteren.
Über die Hälfte aller Arbeitslosen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Inzwischen liegen die Zahlen wahrscheinlich schon doppelt so hoch. Die Bild-Zeitung schreibt am 4. Januar von 90 000 Jugendlichen ohne Lehrstelle.

In Darmstadt sind von etwa 9 000 Arbeitslosen im Umkreis etwa 400 Jugendliche. Die einen finden keinen Ausbildungsplatz, die anderen, die ihre Lehre abschließen konnten, keinen Arbeitsplatz. Entweder kriegen sie überhaupt kein Geld, oder nur ein Taschengeld, von dem niemand leben kann.
Daß junge Menschen so früh über die Unsicherheit der Existenz in der kapitalistischen Gesellschaft durch eigene Erfahrung belehrt werden, darin steckt für die herrschende Klasse das Risiko, daß die Rebellion gegen solche Verhältnisse sich nur schneller ausbreitet. Kein Wunder, wenn die bürgerlichen Politiker aufgeregt herumlaufen und mit allerlei Mittelchen dem zuvorkommen wollen.

In Darmstadt sieht das so aus:
Etwa 200 Jugendliche sind in "Lehrgängen" zur Einführung in die verschiedensten Produktionszweige untergebracht. Diese "Lehrgänge" bringen aber für die Jugendlichen nichts, da sie als Ausbildungsnachweis nicht anerkannt sind. Bezahlt werden die Lehrgänge vom Arbeitsamt – also von den Arbeitern, die schaffen.
Die Kapitalisten profitieren von den Lehrgängen. An Merck, Chemiebetrieb in Darmstadt, z.B. sind etwa 20 Jugendliche vermittelt worden. "Mit diesen Lehrgängen möchte das Arbeitsamt die Jugendlichen auf eine gewerbliche Tätigkeit und eine dauerhafte Wiedereingliederung in die Arbeitswelt vorbereiten", heißt es, "wobei die Vermittlung von berufspraktischen Fertigkeiten sowie die Kenntnisse über Arbeitsverhalten, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit im Mittelpunkt stehen. Durch praktische Arbeit und begleitenden fachtheoretischen Unterricht im Betrieb werden die Jugendlichen auf ihren künftigen Arbeitsplatz vorbereitet. Zusätzlich muß die Berufsschule besucht werden. Die Lehrgangsträger und die Lehrgangsteilnehmer werden vom Arbeitsamt **finanziell gefördert**" (aus: Darmstädter Echo).
Die Merck OHG kriegt also Geld – weil sie die Leute überhaupt nimmt, und dann kann sie sie noch schaffen lassen.
Einige Lehrlinge werden von Produktionsbetrieb zu Produktionsbetrieb herumgereicht. Von Ausbildung ist keine Rede. Andere stehen an Arbeitsplätzen, an denen sonst ungelernte Arbeitskräfte stehen. Zum Beispiel sind sie an Abfallmaschinen beschäftigt oder kleben Kartons zusammen. Sie arbeiten Schicht von 6 Uhr morgens bis mittags 2 Uhr, oder von 14 bis 22 Uhr.
Arbeitern, die sich wunderten, daß Merck kostenlos Arbeiter beschäftigen kann, sagte ein Vertreter der Geschäftsleitung: "Was wollen Sie denn, wir können die Beschäftigung dieser Jugendlichen ja auch sein lassen."
Man sieht, bei dieser Art "Arbeitsbeschaffung" sind die Kapitalisten fein raus und können den Arbeitern mit Hilfe der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf der Nase rumtanzen.
Die Arbeiterklasse kann die Kapitalistenklasse, solange diese die Macht hat, nicht zwingen, die Jugendlichen zu beschäftigen. Aber sie kann sie zwingen, die Jugendlichen, die keine Arbeit finden, sofort als Arbeitslose anzuerkennen und ihnen ein Arbeitslosengeld auszubezahlen, das wenigstens die Höhe von 60 % eines Facharbeiterlohnes erreicht entsprechend der Vergütung, die auch für die Jugendlichen in der Lehre erreicht werden muß. Gleichzeitig muß die Arbeiterklasse dafür kämpfen, **"daß die allgemeine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr auch von den Arbeiterjugendlichen wahrgenommen werden kann. Dies geht nur, wenn die Einheitsschule durchgesetzt wird mit unentgeltlicher und obligatorischer, allgemeiner, theoretischer und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnder Bildung, mit Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln.** Um auf diesem Weg zur Durchsetzung dieser Forderung dem direkten Elend der jugendlichen Arbeitslosen entgegenzuwirken, brauchen sie das Recht zur Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule und zu einem Unterricht in solchem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können." (KVZ Nr. 29) M., Betriebszelle Merck/Red.

beitswelt vorbereiten", heißt es, "wobei die Vermittlung von berufspraktischen Fertigkeiten sowie die Kenntnisse über Arbeitsverhalten, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit im Mittelpunkt stehen. Durch praktische
gelernte Arbeitskräfte stehen. Zum Beispiel sind sie an Abfallmaschinen beschäftigt oder kleben Kartons zusammen. Sie arbeiten Schicht von 6 Uhr morgens bis mittags 2 Uhr, oder von 14 bis 22 Uhr.
einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule und zu einem Unterricht in solchem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können." (KVZ Nr. 29) M., Betriebszelle Merck/Red.

Leserbrief

Das Lehrlingsheim der Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach, wo wir zur Zeit wohnen ist eine Anstalt in der Körperbehinderte, die eine Lehre machen oder sich auf einen Beruf vorbereiten, leben. Bei uns wie auch in anderen Heimen und Anstalten ist es so, daß unsere elementarsten Rechte oft "gestrichen" und "ungeschriebenen Hausordnungen" zum Opfer fallen. Wir haben uns nun daran gemacht unsere Schwierigkeiten zu lösen und gegen Abhängigkeit und Bevormundung im Heim, die unsere persönlichen Freiheiten einschränken, anzukämpfen. In einer Versammlung der Lehrlingsheimbewohner haben wir unsere Probleme innerhalb der Anstalt besprochen und versucht, Wege zur Lösung zu finden. Bei uns sprach der Hausvater das Tischgebet vor und alle waren gezwungen daran teilzunehmen. Wir beschlossen das zu ändern. In einem Schreiben stellten wir den bevormundenden und unterdrückenden Charakter des Tischgebets dar und forderten, das Tischgebet in Zukunft als eine persönliche Sache zu behandeln. Das Schreiben unterschrieben 28 von 30 Lehrlingsheimbewohnern. Wir legten das Schreiben dem Hausvater vor und 2 von uns sprachen mit ihm über unsere Forderung, das Gebet der Entscheidung jedes einzelnen zu überlassen. Er argumentierte "das ist eine christliche Anstalt, ihr werdet doch noch einen kleinen Funken von Glauben in euch haben, das Gebet ist Bestandteil der Hausordnung". Das Ergebnis des Gesprächs war, daß wir an den Leiter der Körperbehinderten Anstalten verwiesen wurden. Im Gespräch mit dem Leiter der Behinderten-Anstalten waren die gleichen Argumente zu hören. Wir hatten uns nicht gedacht, daß wir um ein Grundrecht, das jeder Mensch hat, so kämpfen müßten. Jetzt machten wir aber erst recht weiter und wir vereinbarten ein Gespräch an dem alle Lehrlingsheimbewohner teilnehmen sollten. Die Anstaltsleitung hoffte durch Drohungen, wörtlich "wem es nicht paßt, der kann gehen" viele Lehrlingsheimbewohner einzuschüchtern, damit sie nicht an dem Gespräch teilnehmen würden und sich das ganze als aufgebauschte Aktion von 3 bis 4 Lehrlingsheimbewohnern herausstellen würde. Wir gaben aber nicht auf. Zur Vorbereitung auf das Gespräch mit der Anstaltsleitung arbeiteten wir ein Informationsblatt aus, das wir an alle Lehrlingsheimbewohner verteilten. In Versammlungen haben wir das Informationsblatt diskutiert und einzelne Fragen näher erklärt. Wir hatten uns gut auf das Gespräch vorbereitet, der Termin wurde aber verlegt auf einen Tag, an dem viele von uns nach Hause fuhren, weil der darauffolgende Tag ein Feiertag war, so konnten an dem Gespräch nur 16 Lehrlingsheimbewohner teilnehmen. In dem Gespräch mit der Anstaltsleitung haben wir hartnäckig an unserem Recht auf Glaubensfreiheit festgehalten, sehr viele haben sich dagegen gewehrt das Tischgebet beizubehalten und gesagt, daß sie alt genug sind um in Glaubensdingen ihre eigene Entscheidung zu treffen.
So konnten wir erreichen, daß wir am Tischgebet nicht mehr teilzunehmen brauchen. Alle finden diese Regelung gut, denn die Teilnahme am Tischgebet liegt nun in unserer freien Entscheidung. Dieser Erfolg hat uns ermuntert weiterhin unsere Probleme selber zu lösen und er hat uns gezeigt, daß wir nur etwas erreichen, wenn wir gemeinsam für unsere Interessen eintreten. Wir bitten um die Veröffentlichung dieses Berichtes, vielleicht ermuntert er Bewohner anderer Körperbehinderten Heime und Anstalten dazu, ihre Sache in die eigenen Hände zu nehmen.
Mit freundlichen Grüßen: J., M., G., F., P., B.

Appell eines ausländischen Kollegen an die internationale Solidarität

"Als ausländische Arbeiter müssen wir enttäuschend feststellen, daß es eine ganze Menge deutsche Kollegen gibt, die uns entgegen traditioneller internationaler Arbeitersolidarität für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Wo die Kapitalistenklasse fast alle Informationsquellen besitzt, ist das auch nicht erstaunlich. Sie lassen nichts unversucht, die Schuld vom Kapitalismus abzuweisen. Manchmal sind die Ölscheichs Schuld und manchmal die Ausländer.
Die deutschen Arbeiter sollen nicht erkennen, daß die ganze Misere wegen der planlosen kapitalistischen Produktionsweise zustandekommt und die Arbeiter sollen nicht auf den Gedanken kommen, den Kapitalismus zu bekämpfen.
Hier besteht die Aufgabe der Kommunisten, diesen Ablenkungsmanövern der Kapitalisten entgegenzutreten und verstärkt für die Solidarität des internationalen Proletariats aufzutreten.

In der Arbeitslosenkrise haben die Spalterversuche der Kapitalisten wieder zugenommen. Sie bombardieren die Arbeiterklasse mit Lügen. Und es gibt Kollegen, die sich von diesen Lügen beeinflussen lassen.
In den Diskussionen im Betrieb höre ich diese Lügen. Das geht so: Kollegen erzählen mir, daß sie jeden Tag in der Presse lesen, wieviel Mark die Ausländer jährlich nach Hause schicken, wie sie dadurch die Wirtschaft der BRD ruinieren und wie die Ausländer in Deutschland Millionäre werden.
Ich sage dann: Man liest zwar, daß die Ausländer jährlich 8,5 Mrd. DM nach Hause schicken. Aber wißt ihr auch, daß andererseits diese Länder für 15,5 Mrd. DM die Waren von den westdeutschen Kapitalisten kaufen? Wieviele Fabriken, Naturschätze die westdeutschen Kapitalisten in diesen Ländern besitzen und wieviel Milliarden Profit sie aus diesen Besitzungen herausholen? Daß hinter dem Gerede von Entwicklungshilfe usw. eine Ausbeutung dieser Länder als billige Rohstoffquellen und als Absatzmärkte steckt? Diese Tatsachen verschweigen die Zeitungen dem deutschen Volk ganz! Die Tatsache, daß die USA im Jahre 1960 200 Millionen Dollar in Entwicklungsländer investiert und 1,3 Mrd. Dollar im gleichen Jahr rausprofitiert haben, beweist diese Ausbeutung genügend.

Daß wir Ausländer hier sind, liegt an der Ausbeutung seitens der Imperialisten und ihrer Lakaien in unseren Ländern. Wir haben unsere Heimat, unsere Familie nicht freiwillig verlassen. Wir sind hier genauso von der Arbeitslosigkeit betroffen wie unsere deutschen Kollegen und können nicht die Ursache für die Arbeitslosigkeit sein. Die Krise gibt es in allen westlichen Ländern, auch wo es keine ausländischen Arbeiter gibt oder nur sehr wenige. In Westdeutschland gab es auch immer in den Zeiten, wo keine Gastarbeiter da waren, Arbeitslosigkeit.
Die Kollegen sagen, daß aber zumindest bei Entlassungen erst die Ausländer raus sollten und nicht die Deutschen. Darauf sage ich: Diese Krise ist weder die erste noch die letzte, es wird immer Krisen geben, ob die Gastarbeiter hier sind oder nicht. Wenn wir Arbeiter nicht wollen, daß es uns in Zukunft noch schlimmer geht, dann müssen wir gemeinsam den Kapitalismus, den Hauptschuldigen, bekämpfen. Die Behauptung, die Ausländer seien Schuld an Arbeitslosigkeit, man müsse sie rausschmeißen und viele beleidigende Worte mit Haßgefühlen sind ganz falsch und unsolidarisch. Dieses Verhalten schadet den Arbeitern und hilft den Ausbeutern.
Ein Kollege hat einmal ein Beispiel erzählt: "Wenn Du ein Stiefkind und ein eigenes Kind hast und Du wirst gefragt, welches Du von beiden eher opfern würdest, wenn eines von beiden verhungern müßte, dann sagtst Du doch auch: das Stiefkind." Dieses Beispiel ist aber ganz falsch! Ich habe ein anderes Beispiel: "Zwei Kollegen gehen auf der Straße, ein Ausländer und ein Deutscher. Es kommt ein Verbrecher auf sie zu, der sie berauben will. Läßt da der eine den anderen im Stich? Nein! Beide sollen sich zusammenschließen und gemeinsam gegen ihren Feind kämpfen!"
Kein deutscher Kollege sollte sagen, entlaßt die Ausländer, dann sind wir gerettet. Sondern wir müssen gegen jegliche Entlassungen, wie sie im Betrieb bei uns jetzt anstehen, gemeinsam kämpfen. Wir müssen die Forderung im Betrieb stellen, daß niemand, weder Deutscher noch Ausländer entlassen werden soll!
Im Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit und gegen die kapitalistischen Rationalisierungen müssen wir darauf achten, mithilfe der Forderungen des KBW auch die Einheit zwischen ausländischen und deutschen Kollegen zu stärken!
ma.–SG Northeim"

Rentenfall

Im KZ , zum Tode verurteilt, trotzdem keine Rente

Beim KVZ-Verkauf lernte ich einen Nachbarn kennen, einen Kollegen, der früher im Bergbau gearbeitet hat, und der jetzt Rente beantragt, weil er arbeitsunfähig ist. Obwohl er ein Leben lang gearbeitet hat, wird ihm seit Monaten mit folgender Begründung die Rente vorenthalten: Seine Dienstzeit von 1939-1945 in der Armee sei "ungeklärt" (Kriegsdienst wird auf die Rente angerechnet). Der Kollege Erwin S. berichtete mir:
"Vor 1939 habe ich meinen Kriegsdienst abgeleistet. Dann habe ich 6 Jahre am Krieg teilgenommen. Dreimal wurde ich von den Nazis verurteilt, das letzte Mal – 1944 – zum Tode. (Der Kollege hatte "Kriegsunwilligkeit" in verschiedenen Formen gezeigt.) Nur weil die Russen einmarschiert sind, habe ich überlebt."
Seine Dokumente aus der Kriegszeit sind in den Wirren gegen Kriegsende verloren gegangen. Zynisch fragt ihn die zuständige Behörde (Bundesknappschaft) jetzt, man wisse nicht, "warum er verurteilt worden sei und wie lange die Strafe gedauert habe". Daß er im Strafgefangenenlager der Naziarmee war, wissen sie – als ob das nicht ausreicht!
Jetzt muß er von der Wohlfahrt leben: 440 DM bei fast 200 DM Miete. Dazu bekommt er 30 DM Diätzuschlag, denn Erwin S. ist krank Heizen kann er seine naßkalte Wohnung von dem Geld nur ab und zu. Aber das Dickste kommt noch: Außer seiner Rente werden ihm auch die Krankenscheine vorenthalten, bis sein Kriegsdienst "geklärt" ist. Wenn er nicht einen Arzt hätte, der in Ordnung ist, – jeder kann sich ausrechnen, was das für einenzuckerkranken Menschen heißt. . .
Außer daß ich mit dem Kollegen zum Rechtsanwalt gehe, meine ich, daß der Kampf gegen die Zustände im Renten- und Sozialversicherungswesen verstärkt werden muß.
C.S., Hamburg

DGB-Bundesvorstand zum Kindergeld für Ausländer
In einem als vertraulich bezeichneten Brief hat sich der DGB-Bundesvorstand

DGB-Bundesvorstand zum Kindergeld für Ausländer

In einem als vertraulich bezeichneten Brief hat sich der DGB-Bundesvorstand an die DGB-Kreise gewandt, um ihnen eine "Formulierungshilfe" für die Haltung der Gewerkschaftsführung in der Frage des Kindergeldes für die Kinder ausländischer Arbeiter zu geben. Darin muß der DGB-Bundesvorstand zugeben, daß vor allem unter den ausländischen Arbeitern die Erregung über die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter nicht nachgelassen hat.

In dem Brief vom 11. Dezember 74 heißt es dann: "Mit Rücksicht darauf, daß Ihr über die Zusammenhänge in Kenntnis gesetzt werden sollt, weil ja sehr oft versucht wird, Euch oder die Gewerkschaften für Aktionen gegen diese Verträge zu gewinnen, übersenden wir Euch eine vom Arbeitskreis 'Ausländische Arbeitnehmer' dem Geschäftsführenden Bundesvorstand empfohlene Formulierungshilfe, die vom GBV zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Wir möchten daran erinnern, daß im Zusammenhang mit der Steuerreform sowohl für Deutsche wie für Ausländer eine neue Kindergeldregelung ab 1.1.1975 in Kraft gesetzt wird. Im Zusammenhang mit denjenigen ausländischen Arbeitnehmern aber, die ihre Kinder nicht in der Bundesrepublik haben, wird immer wieder in der Diskussion davon gesprochen, daß damit die Gleichstellung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitnehmern beseitigt worden sei. Das ist so unrichtig.

In der Bundesrepublik Deutschland hat es nie ein einheitliches Kindergeldrecht oder Kindergeld gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben, weder zwischen Deutschen und Deutschen noch zwischen Ausländern und Ausländern. Ihr wißt, daß im Öffentlichen Dienst eine völlig andere Kindergeldregelung besteht als in der übrigen Wirtschaft. Es gab also keine Gleichstellung zwischen deutschen Arbeitnehmern und für Ausländer bestehen ebenfalls unterschiedliche Bestimmungen."

"Ausgehend von der Auffassung des DGB und der Bundesregierung, daß die unterschiedliche Regelung des Kindergeldes für deutsche und ausländische Arbeitnehmer, die ihre Kinder nicht in der Bundesrepublik haben nicht dem bisher erklärten und praktizierten Willen der Bundesregierung auf soziale Gleichstellung und auf Integration der ausländischen Arbeiter entspricht" heißt es dann später, sei der DGB dem Parlament bei dem Versuch in die Arme gefallen, das Kindergeld für die nicht in der BRD lebenden Kinder "den dortigen Unterhalts- und Erziehungskosten unter Berücksichtigung der dort gewährten vergleichbaren Leistungen" anzupassen. "Diese Absicht hätte eine wesentliche Verminderung der bisher gezahlten Sätze bedeutet". Der DGB habe dann das zuerst mit Spanien ausgehandelte "Modell" (1. Kind 10 DM, 2. Kind 25 DM usw.) als eine "annehmbare Regelung" akzeptiert", da eine summarische Gleichstellung nicht zu erreichen wäre, denn die Kaufkraft der DM in den Anwerbeländern ist unzweifelhaft höher als in der Bundesrepublik". Der Brief endet mit der Bitte "diese Formulierungshilfe nicht im Wortlaut zu verlesen oder gar der Presse zu übergeben, sondern sie nur zu benutzen, wenn Ihr zu dem Problem Stellung nehmen sollt".

So viel Heimlichkeit ist bei solch krausen Winkelzügen nicht verwunderlich, kann aber im Interesse der Sache nicht geduldet werden. Es ist schon seltsam genug: Im Grundsatz wird von der sozialen Gleichstellung geredet, praktisch aber werden "Argumente" gegen die feilgeboten, die diesen Grundsatz ernst nehmen und es für selbstverständlich halten, daß die ausländischen Arbeiter, die die gleichen Steuern zahlen, auch bei dem bißchen Kindergeld in der gleichen Weise behandelt werden. Davon aber ist garnicht die Rede. Das sei nicht durchzusetzen gewesen. Ja hat denn die DGB-Führung den Versuch gemacht, die Macht der Klasse ins Feld zu führen? Hinter dem Rücken der Klasse hat sie verhandelt, wozu? Um einen "Kompromiß" zu schließen, von dem sie offenbar meinte, die ausländischen Arbeiter würden sich damit eher abspeisen lassen. Eine noch schlechtere Regelung habe man verhindert, das müsse anerkannt werden. Dabei stimmt es überhaupt nicht, die neue Regelung ist eine klare Verschlechterung für die ausländischen Arbeiter. Durch den Wegfall des Steuerfreibetrages kommt nämlich in jedem Falle weniger für die ausländischen Kollegen dabei raus, als noch bei der alten Regelung.

Es ist lächerlich, zu sagen, die Kinder im Ausland könnten billiger leben. Wie soll eine auseinandergerissene Familie billiger leben? Billiger will es allein der Staat, der den ausländischen Arbeitern zwar die Steuer abknöpft, aber an allem spart, was zur Existenz der ausländischen Familien unerläßlich ist.
Die Arbeiterklasse darf eine solche Spaltung ihrer Reihen, einen so unverschämten Angriff auf einen Teil der Klasse nicht dulden, weil er ihre eigene Einheit und damit ihre Kampfkraft schwächt.
Der Kampf für ein einheitliches Kindergeld muß fortgesetzt werden.
– H.V.–

In China sind die Arbeiter die Herren der Fabriken

Besuch in der Allgemeinen Pekinger Wirkwarenfabrik: Die Kulturrevolution hat die Arbeitermacht gefestigt und die Entfaltung der Produktion beschleunigt

Peking. Im Kampf gegen Revisionismus und Bürokratisierung entwickelt die chinesische Arbeiterklasse ihr politisches Bewußtsein und schafft neue revolutionäre Verhältnisse in den Betrieben. Die Entwicklung der Allgemeinen Pekinger Wirkwarenfabrik seit dem Beginn der Kulturrevolution bis heute ist in dieser Hinsicht beispielhaft. Die Besichtigung dieser und anderer Fabriken in China und Diskussionen mit chinesischen Arbeitern zeigen, daß in diesem Land die Arbeiterklasse selber die Betriebe lenkt, daß die Arbeiter entscheiden, wie produziert wird, welche betriebliche Organisation die sinnvollste ist, wie die Wohlfahrt für die Werktätigen und ihre Familien am vernünftigsten geregelt wird usw. Die Führung durch die Kommunistische Partei, eine richtige politische Linie und der Klassenkampf waren und sind die Ursachen der Macht der Arbeiter in China. In der Kulturrevolution haben sie die Klassenfeinde besiegt und noch größere Klarheit für ihre politischen und wirtschaftlichen Aufgaben gewonnen. Wir können von den Erfahrungen des chinesischen Proletariats lernen.


Die erfahrene Arbeiterin Scha Gen-di (2. v. r.) vermittelt den jungen Arbeiterinnen ihre Erfahrungen

Die Fabriken

Dem Gast der Fabrik wird, wie es in China üblich ist, zur Begrüßung Tee serviert. Der stellvertretende Leiter des Revolutionskomitees macht einleitend einige wichtige Angaben, die ich kurz wiedergeben werde. Dann werde ich über die durch die Kulturrevolution herbeigeführten politischen und organisatorischen Veränderungen berichten, hauptsächlich wie sie von den Vertretern der Arbeiter dieses Betriebes geschildert wurden.

Die Fabrik wurde 1952 gebaut. Heute gehört sie zu den drei größten Wirkwarenfabriken Chinas. Es arbeiten hier 3 450 Werktätige. 60 Prozent davon sind Frauen. Im letzten Jahr wurden 400 verschiedene Artikel hergestellt – insgesamt 23 Millionen Stück. In der Hauptsache wird Unterwäsche produziert, aber auch Oberkleidung wie Pullover, Jacken, Kopftücher usw. Seit dem Anfang der Kulturrevolution stieg die Produktion stark an. Im vergangenen Jahr war die Produktion 2,2-mal so hoch wie 1965, dem Jahr vor Beginn der Kulturrevolution. 70 Prozent der Produktion ist für das Inland, 30 Prozent für den Export – besonders nach Südostasien, Japan, Kanada, Australien und Afrika. Es gibt 1 800 große Maschinen. 90 Prozent davon sind chinesischen Fabrikats. Ein Teil wurde von der Belegschaft selbst hergestellt. Es gibt acht Werkhallen.

Die Betriebsordnung in Anschan

"Vor der Kulturrevolution sagten manche Genossen, wichtig sei hauptsächlich die Produktion. Wenn viel gearbeitet und produziert werde, sei es nicht so wichtig, wer in der Fabrik in den leitenden Positionen sitze. Jetzt wissen die Arbeiter, daß bei der Produktion und in der Fabrik die richtige politische Linie entscheidend ist." Der stellvertretende Leiter des Revolutionskomitees hebt dies als eines der wichtigsten Ergebnisse der Kulturrevolution hervor. In dieser Fabrik wurde damals die revisionistische Linie durchgeführt, d.h. daß Wirtschaftlichkeit und Produktion das Wichtigste waren. Das selbständige politische Auftreten der Arbeiter galt als nebensächlich. Das stand genau im Gegensatz zu der von Mao Tse-tung als vorbildlich propagierten Betriebsordnung des Eisen- und Stahlkombinats Anschan von 1960. In dieser Betriebsordnung heißt es, daß die Politik in den Betrieben an der Spitze stehen müsse. Die Parteiführung müsse stark sein. Das sei die Garantie für die Arbeitermacht in den Fabriken und für die Festigung der Diktatur des Proletariats. Die Kader sollen an der produktiven Arbeit teilnehmen und die Arbeiter an der Leitung der Fabrik. Arbeiter, Führungskader und Techniker müssen eine feste Verbindung bilden.

Die Leitung der Allgemeinen Pekinger Wirkwarenfabrik verhinderte vor der Kulturrevolution die Einführung einer entsprechenden Betriebsordnung. Stattdessen hatten Spezialisten das Sagen, und der Profit spielte die Hauptrolle. Durch ein materielles Anreizsystem von 28 verschiedenen Prämienarten wurden die Arbeiter fortwährend angetrieben, nur für sich und nicht für die Gesamtheit zu arbeiten.

Notwendigkeit der Kulturrevolution

In anderen Betrieben Pekings war die Lage ähnlich. Unter dem Stadtparteikomitee Pekings, das unter der Leitung Peng Chens stand, wurde das Studium der proletarischen Theorie nicht propagiert. Ein Genosse bezeichnete die Situation so: "Das politische Studium war unorganisiert, und alles wurde jedem freigestellt – ein anarchistischer Zustand. Wer lernen wollte, konnte, wer nicht, ließ es bleiben." In der Tat wollten die Revisionisten nicht, daß die Massen sich mit der proletarischen Politik beschäftigten. Mao Tse-tungs Schriften waren nur schwer erhältlich. Stattdessen sollte Liu Schao-tschis Buch "Über die Selbstschulung" studiert werden, das sich im Kern gegen den Klassenkampf des Proletariats richtet. (Liu Schao-tschi war der in der Kulturrevolution gestürzte Staatspräsident Chinas und damalige oberste revisionistische Machthaber in der Partei und im Staat.)

Die Revisionisten waren dagegen, daß die Massen ihr politisches Bewußtsein schärften. Sie sprachen nur von Produktion, Technik, Prämien und Profit, da sie die Revolution nicht wollten. Ihre Politik stand nicht im Widerspruch zu den auf ihre Gelegenheit wartenden inländischen und ausländischen Bourgeois, sondern stand mit ihnen im Einklang.

Die Kluft zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung war dementsprechend groß. Den Arbeitern entglitt die Kontrolle der Leiter, der Produktion und der Planaufgaben.

Die Revisionisten hatten es geschafft, bis in höchste Partei- und Regierungspositionen zu gelangen. Die Arbeiterklasse war gezwungen, in einem stürmischen Kampf, in einer Kulturrevolution, die verlorenen Teile der Macht zurückzugewinnen. Diese neue Revolution richtete sich gegen die Revisionisten, denn die Politik der Revisionisten war gegen das Proletariat und gegen den Fortschritt gerichtet, war konterrevolutionär. Die Produktion konnte sich nicht voll entfalten, wenn revisionistische Bürokraten in der Fabrikleitung saßen. Die Kulturrevolution war notwendig zur Erhaltung und Stärkung der Diktatur des Proletariats.

Nur so auch konnten sich die Massen neu erziehen. Eines der Ziele war die Ausschaltung der reaktionären Machthaber in Partei und Staat. Aber wichtig war auch die Erziehung vieler Menschen. Es kam nicht darauf an, möglichst viele zu bestrafen, sondern die Einheit der Massen herzustellen im Kampf gegen die Reaktion.

Entstehung neuer Organisationen

In der Allgemeinen Pekinger Wirkwarenfabrik ebenso wie in anderen Fabriken schufen sich die Arbeiter neue Organisationen. Die Gewerkschaft fiel auseinander, da sie zu einem bürokratischen Organ herabgesunken war. Das Parteikomitee der Fabrik verschwand, und die Arbeiter bildeten neue Massenorganisationen, wie z.B. die Arbeiterverwaltungsgruppen. Erst durch die Entfaltung der Kulturrevolution konnte ein neues und vom Revisionismus freies Parteikomitee entstehen. Es hat die Aufgabe der politischen Leitung des Betriebes. Die Wahl erfolgt durch die Parteimitglieder des Betriebes nach eingehender Diskussion mit der ganzen Belegschaft über die Kandidaten. Mit dem Vorbild der Betriebsordnung von Anschan erkämpften die Arbeiter die Beteiligung an der Betriebsleitung. Es wurde eine neue Betriebsleitung geschaffen – das demokratisch von der Belegschaft gewählte Revolutionskomitee. Es untersteht der politischen und ideologischen Führung des Parteikomitees. Seine Verantwortlichkeit bezieht sich auf die Durchführung der Planaufgaben und aller Verwaltungsangelegenheiten, die den Betrieb betreffen. Das Revolutionskomitee der Allgemeinen Pekinger Wirkwarenfabrik besteht aus 21 Mitgliedern. Bei der Wahl wird darauf Wert gelegt, daß es junge, mittelalte und ältere Mitglieder gibt. Dies ist wichtig, damit nicht die Alten alle Aufgaben übernehmen, und damit junge Kader, Fortsetzer der Revolution, herangebildet werden. Die Mitglieder sind zum größten Teil Arbeiter, die weiter in der Produktion arbeiten und den gleichen Lohn behalten.

Die Arbeiterverwaltungsgruppen und die anderen Massenorganisationen, die später zum Aufbau der neuen Gewerkschaft wieder aufgelöst wurden, stellten die Verbindung her zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern und kontrollierten die Leitungsorgane. Die leitenden Kader müssen jetzt regelmäßig an der Produktionsarbeit teilnehmen – mindestens zwei Monate im Jahr und einen Tag pro Woche. So sichern die Arbeiter, daß sich die leitenden Genossen von ihnen nicht entfremden und den kapitalistischen Weg einschlagen. Anstelle der Arbeiterverwaltungsgruppen und der anderen Massenorganisationen in der Fabrik wurde schließlich mit dem Neuaufbau der Gewerkschaft begonnen.

Die Aufgaben der Gewerkschaft

Am 20. April 1973 hatte die Kommunistische Partei Chinas in der "Volkszeitung" den Neuaufbau von Gewerkschaften propagiert, "damit die Arbeiterklasse ihre Rolle als Avantgarde wahrnehmen kann".

Ein Genosse des Revolutionskomitees sagt dazu: "Die Gewerkschaft hat zum großen Teil die Aufgaben der Arbeiterverwaltungsgruppen übernommen. In der Gewerkschaft werden alle Erfahrungen zusammengefaßt, damit sie die Arbeiterverwaltungsgruppen voll ersetzen kann." In der Organisationsform der Gewerkschaft ist die Einheit leichter herstellbar, und es bilden sich nicht so leicht Fraktionen bei den Arbeitern. Gegensätzliche Auffassungen und Fraktionsbildungen können durch die organisierte und gemeinsame Diskussion besser behandelt und beseitigt werden.

Gewerkschaften haben in einem Land der Diktatur des Proletariats andere Aufgaben als in einem Land der Diktatur der Bourgeoisie. In einem kapitalistischen Land müssen die Gewerkschaften Kampfinstrumente der Arbeiterklasse sein gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Im sozialistischen China hingegen gibt es keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern. Denn diese Leitung wird von den Arbeitern selber bestimmt und eingesetzt. Die Gewerkschaft setzt sich die Aufgabe, das Revolutionskomitee und das Parteikomitee zu unterstützen. Die Diskussion über die konkreten Aufgaben der Gewerkschaft wird bei den chinesischen Arbeitern intensiv geführt und ist noch nicht abgeschlossen.

Zur Arbeit der Gewerkschaft gehört es, mit den Kollegen die Vorschläge und Entscheidungen der Betriebsleitung zu diskutieren. Anschließend trägt sie der Leitung die Meinungen der Arbeiter vor. Die Leitung muß sich mit diesen Meinungen auseinandersetzen.

Die Gewerkschaft kümmert sich um die Wohlfahrtseinrichtungen für die Werktätigen. Auch hilft sie einzelnen Werktätigen und ihren Familien bei persönlichen Problemen, wenn nötig auch finanziell.

Ihre hauptsächlichen Aufgaben sind politischer Natur, wie beispielsweise die Einrichtung von Schulungsgruppen. In der Allgemeinen Pekinger Wirkwarenfabrik wurden bis jetzt 98 politische Schulungsgruppen organisiert mit insgesamt etwa 1 200 Teilnehmern.

Unter der Anleitung des Parteikomitees hat die Gewerkschaft eine wichtige organisatorische Aufgabe in der derzeitigen Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius. Sie fördert die Bildung der sogenannten Arbeitertheoriegruppen, die den Kampf der Werktätigen in der Geschichte gegen die alte reaktionäre Ideologie des Konfuzianismus studieren und beurteilen. Nicht irgendwelche Gelehrte, sondern die Arbeiter studieren hier die geschichtliche Entwicklung der Kämpfe zwischen den chinesischen Massen und den herrschenden Klassen. Durch Vorträge und Wandzeitungen machen diese Theoriegruppen ihre geschichtlichen Erkenntnisse bekannt. Durch ihr Studium der Geschichte können sie das Wesen der gegenwärtigen Klassengegensätze in ihrem Land besser erklären.

Kritik und Verbesserung des Arbeitsstils

Die chinesischen Arbeiter kontrollieren ihre Leitung und passen auf, daß der politische Weg richtig ist. Überall in den Fabriken hängen an den Wänden Wandzeitungen, sind von den Arbeitern geschriebene lange Zeitungen quer durch die Werkhallen gespannt, und sieht man schwarze Tafeln, die mit Kreide beschriftet sind. Jeder hat das Recht, seine Meinung und seine Kritik auf diese Weise kundzutun.

Das Parteikomitee und die Betriebsleitung selber mobilisieren die Arbeiter, Kritik an der Leitung, an den Fehlern einzelner Kader usw. zu äußern. Auch hören die Kader, wenn sie mit den Arbeitern zusammen in der Produktion arbeiten, die Ansichten und Meinungen der Kollegen.

So unterstehen die Entscheidungen der Leitung einer ständigen Kontrolle, und ihr Arbeitsstil kann in richtiger Weise korrigiert werden.

Die Festlegung des Produktionsplans ist nicht allein eine Sache der Betriebsleitung. Dies geschieht, wie ein Genosse des Revolutionskomitees sagt, "durch eine Diskussion und Verbindung von oben nach unten und von unten nach oben". Die Leitung arbeitet nach Vorlagen von höherer staatlicher Seite den Plan aus und schlägt ihn vor. Er wird ausführlich von den einzelnen Arbeitsgruppen diskutiert, ob er den Möglichkeiten entspricht, oder ob er verändert werden muß. Diese Diskussionen geschehen in kleinen Gruppen, denn kleine Gruppen können am besten ihren Arbeitsbereich überblicken.

Drei Erhöhungen

Natürlich gibt es noch Schwächen und viele Schwierigkeiten. Beispielsweise sind die Arbeiterinnen im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl noch zu wenig in den Entscheidungsgremien vertreten. Aber das wichtige ist, daß die Arbeiter in der Kulturrevolution gelernt haben, wie der Fortschritt erkämpft werden kann – nämlich durch gemeinsamen revolutionären Willen.

Der stellvertretende Leiter des Revolutionskomitees sagt, daß es in der Kulturrevolution "drei Erhöhungen" gegeben habe: im Linienkampf, im Klassenbewußtsein und in der technischen Revolution. Darum "hat sich auch das äußere Gesicht der Fabrik geändert". Sie ist viel moderner geworden, und die Produktion ist gewaltig gestiegen.

Das chinesische Proletariat setzt die revolutionäre Linie Mao Tse-tungs und der Kommunistischen Partei Chinas bewußt durch. Es geht auf dem Weg des Sozialismus mutig voran. Es hat in der Kulturrevolution den Revisionismus besiegt und schafft in den Betrieben Verhältnisse, die seine Siege sichern.

– Uwe Kräuter, Peking –

"Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas" erschienen

Im Pekinger Verlag für fremdsprachige Literatur ist vor kurzem auf Deutsch eine kleine Broschüre über die Wirtschaft der Volksrepublik China erschienen. Die Broschüre hat 64 Seiten und zusätzlich eine Reihe von zum Teil mehrfarbigen Fotos. Sie gibt in aller Kürze einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und den Aufbau des Sozialismus in China.

Vor der Befreiung galt China als ein Land der Hungersnöte und des Massenelends. Das lag nun weniger an der Unterentwicklung des Landes selber. China war seit je her ein Agrarland. Aber mit dem Eindringen des Kapitalismus und mit der Unterwerfung durch den Imperialismus während des letzten Jahrhunderts wurde die alte Produktionsweise zerstört und die bisherige Grundlage der Massenversorgung endgültig vernichtet, das Elend der alten Gesellschaft verdoppelt. Das chinesische Volk hat unter der Führung der Kommunistischen Partei die drei "Berge" – Imperialismus, Feudalismus und bürgerlicher Kapitalismus – von sich abgeschüttelt und den Sozialismus errichtet. Der planmäßige sozialistische Wirtschaftsaufbau wurde geleitet durch die sozialistische Revolution und ihre Fortführung nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Volksmassen. "Es sind die Volksmassen, die Geschichte machen," heißt es in dem Vorwort der Broschüre.

Die in der Broschüre dargelegte Entwicklung der chinesischen Wirtschaft ist die Probe aufs Exempel für die revolutionäre Linie des Aufbaus des Sozialismus. Damit ist die chinesische Revolution und der erfolgreiche sozialistische Aufbau des Landes ein entscheidender historischer Schritt in der Befreiung des Proletariats. Die Revisionisten vom Schlage eines Chruschtschow haben immer wieder behauptet, die vorrangigen Aufgaben im Sozialismus seien wirtschaftliche Aufgaben. Sie predigten dauernd die Steigerung der Produktivkräfte, wofür die revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse zurückstehen müßten. Diese Forderungen verleumden die Revisionisten als "utopisch" und "gleichmacherisch". In Wirklichkeit haben sie unter dem Deckmantel der "Theorie der Produktivkräfte" nichts anderes betrieben als die Restauration des Kapitalismus. Kleinbürgerliche Revolutionäre haben dagegen die Ansicht vertreten, die Revolution müsse erst den "neuen Menschen" schaffen, auch unter möglichen Einbußen bei der Produktion. Diese Theorien sind in Wirklichkeit gegen die Revolution der Arbeiterklasse gerichtet, die sehr wohl fähig ist, die Revolution zu machen, um die Produktion zu fördern und den Massen ein freies Leben ohne materielle Not zu sichern. Der revolutionäre wirtschaftliche Aufbau in der Volksrepublik China liefert den Beweis für die Richtigkeit der revolutionären marxistisch-leninistischen Linie. Die Broschüre aus dem Pekinger Verlag für fremdsprachige Literatur dokumentiert diesen Beweis und ist damit gut geeignet die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution auch in unserem Land zu propagieren.

Preis: DM 2,40



Recht, sich zu verteidigen, wird stranguliert

Mit der Änderung der Strafprozeßordnung wird die Aburteilungsmaschine geschmiert

In der KVZ Nr. 27 berichteten wir unter dem Titel "Anschläge auf Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes" über die Gesetzesvorhaben der Bourgeoisie im Bereich der Strafprozeßordnung. Mit Gesetzen vom 9. und 28.Dezember 1974 haben einige dieser Maßnahmen jetzt Gültigkeit erlangt. Weitere sind hinzugekommen. Alle diese Gesetze traten am 1.1.1975 in Kraft. Die Gesetzesmacher in Bonn bezeichnen diese Gesetze selbst als "Reform". Ihr wahrer Charakter besteht aber darin, den Angeklagten vor bürgerlichen Gerichten völlig rechtlos zu stellen, ihm von vornherein jede Möglichkeit zu nehmen, seine Rechte vor Gericht wahrzunehmen. Seit längerer Zeit schon war eine solche "Reform" der Strafprozeßordnung geplant, deren wesentlicher Zweck die Verstärkung der Rechte des Staatsanwaltes ist. An jeder einzelnen dieser nun Gesetz gewordenen Regelung läßt sich nachweisen, daß damit Schwierigkeiten der Verfolgungsbehörden beseitigt werden sollen, in die sie bis zur Neuregelung immer wieder gekommen sind, wenn Angeklagte konsequent von ihren Rechten Gebrauch gemacht haben.

Der Staatsanwalt kann beschlagnahmte Briefe öffnen und durchsehen.

Bisher war dieses Recht allein dem Richter vorbehalten. Die Staatsanwaltschaft mußte also dem Richter das beschlagnahmte Material zur Öffnung und Durchsicht vorlegen. Der Richter ist es auch, der über Beschwerden gegen durchgeführte Beschlagnahmen zu entscheiden hat. Nun ist es im vergangenen Jahr mehrfach passiert, daß Richter solche Beschlagnahmen für unzulässig gehalten haben und die Staatsanwaltschaft das beschlagnahmte Material ungeöffnet und unbesehen zurückgeben mußte. Der Bundesgerichtshof hielt die Beschlagnahme für unzulässig, das Material mußte freigegeben werden. Solche Schläge ins Wasser verhindert die neue Regelung, die dem Staatsanwalt die ursprünglich dem Richter vorbehaltenen Rechte einräumt, "soweit dies erforderlich ist, um den Untersuchungserfolg nicht durch Verzögerung zu gefährden". Selbstverständlich stellt bereits die Möglichkeit, daß der Betroffene sich gegen die Beschlagnahme beschwert, eine Gefährdung des Untersuchungserfolges dar.

Der Staatsanwalt als Untersuchungsrichter

Nach der bisherigen Regelung brauchten weder Zeugen noch Angeklagte vor der Polizei oder dem Staatsanwalt zu erscheinen, geschweige denn Aussagen zu machen. Es war also in einem gewissen Umfang möglich, daß der Angeklagte in der Hauptverhandlung vor Gericht den staatsanwaltschaftlichen "Ermittlungen" seine eigenen Ermittlungen gegenüberstellte. Mit der Neuregelung soll damit Schluß gemacht werden. Durch seine eigene, nichtöffentliche Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen und Sachverständigen soll der Staatsanwalt das Verfahren schon vor der Hauptverhandlung so aufbereiten können, daß Pannen nicht mehr vorkommen. Obendrein kann der Staatsanwalt Vernehmungen von Zeugen und Sachverständigen ohne Anwesenheit des Angeklagten oder seines Verteidigers durchführen und braucht ein Protokoll hierüber sogar nur dann anzufertigen, "soweit dies ohne erhebliche Verzögerung der Ermittlungen geschehen kann". Zwar braucht der Angeklagte nach wie vor weder bei der Polizei, beim Staatsanwalt noch beim Gericht Aussagen zur Sache zu machen. Die Regelung, daß auch er jetzt verpflichtet ist, beim Staatsanwalt zu erscheinen und hierzu vorgeführt werden kann, spekuliert aber darauf, daß er Aussagen macht, was das Geschäft der staatlichen Verfolgungsorgane nur erleichtert und der Sache des Angeklagten nur schadet.

Lange Unterbrechungen der Hauptverhandlung sind möglich.

Der Angeklagte hat meist ein Interesse daran, daß die Verhandlung gegen ihn möglichst an einem Stück durchgeführt wird, damit er seine Position klar zur Geltung bringen und diese nicht durch lange Unterbrechungen verwischt werden kann. Die alte Regelung sah vor, daß eine Hauptverhandlung nicht länger als 10 Tage unterbrochen werden durfte. Sonst mußte sie von neuem begonnen werden. Aus diesem Grund mußte im Dezember 1974 der Prozeß gegen sieben Angeklagte, die gegen den Besuch von Kaiser Hirohito demonstriert hatten, abgebrochen werden. Nach dem neuen Gesetz kann die Hauptverhandlung bis zu 30 Tage unterbrochen werden, wenn vorher schon an 10 Tagen verhandelt worden ist.

Der Ausschluß des Verteidigers

Alle diese Regelungen, die die bürgerlichen Parteien schon seit längerer Zeit unter sich ausgemacht haben, sollen eine reibungslose Verurteilung des Angeklagten ermöglichen. Noch bevor aber diese Regelungen Gültigkeit erlangt haben, beschloß die große Koalition der inneren Sicherheit in Bonn im Eilverfahren noch viel weitergehende Einschränkungen der Rechte des Angeklagten. Dieses weitere Gesetz vom 28.12.1974 bezieht sich insbesondere auf den Ausschluß des Verteidigers und des Angeklagten von der Hauptverhandlung.

Ein Verteidiger, der im "hinreichenden Verdacht" steht, den Angeklagten seiner Strafe entziehen zu wollen, sich an der Tat des Angeklagten beteiligt oder diesen begünstigt zu haben, wird von der Verteidigung ausgeschlossen. Dabei ist es gerade der Sinn jeder Verteidigung, Strafe vom Angeklagten fernzuhalten und ihn damit zu begünstigen.

Ein Verteidiger kann auch ausgeschlossen werden, wenn er Besuche in der Haftanstalt "dazu mißbraucht, die Sicherheit einer Haftanstalt erheblich zu gefährden". Die Verteidiger der Mitglieder der RAF haben sich dafür eingesetzt, daß der Hungerstreik der Gefangenen gegen die Isolationshaft, in der sie gehalten werden, gemeinsam von allen Gefangenen der RAF durchgeführt werden kann, weil er nur in der Gemeinsamkeit zu einem effektiven Mittel des gerechten Kampfes gegen die Haftbedingungen wird. Sie haben also die gerechte Sache der Gefangenen unterstützt. Die Sicherheit der Vollzugsanstalten haben sie erheblich gefährdet, sagen die Bundesanwaltschaft und die anderen Strafverfolgungsorgane. Sie sollen daher durch Ausschluß von der Verteidigung unschädlich gemacht werden.

Die Rechtlosigkeit des Angeklagten, dem auf diese Weise der Verteidiger seiner Wahl entzogen wird, wird vervollständigt durch die Bestimmung, daß ihm nunmehr ein Pflichtverteidiger vor die Nase gesetzt wird. Dieser wird durch den Vorsitzenden des Gerichts bestimmt, so daß gewährleistet ist, daß das Verfahren von nun an den gewünschten Verlauf nimmt.

Der Ausschluß des Verteidigers, der auf diese Weise ermöglicht worden ist, geschieht obendrein in einem Verfahren, in dem der Verteidiger selbst keinerlei Rechte hat. Innerhalb von drei Tagen kann die mündliche Verhandlung über den Ausschluß des Verteidigers angeordnet werden. In dieser mündlichen Verhandlung soll geklärt werden, ob bewiesene Tatsachen vorliegen, auf deren Grundlage der Verteidiger ausgeschlossen werden kann. Hierzu ist eine Beweisaufnahme durch Vernehmung von Zeugen, Vorlage von Urkunden und anderen Beweismitteln erforderlich. Wer aber bestimmt, welche Beweise erhoben werden und welche nicht? "Den Umfang der Beweisaufnahme bestimmt das Gericht nach pflichtgemäßem Ermessen." Berücksichtigt man, daß der "hinreichende Verdacht" bestimmter Straftaten einen Ausschlußgrund darstellt, so kommt die mündliche Verhandlung über den Ausschluß eines Verteidigers einer Strafverhandlung gegen ihn gleich. Da die Frist zu seiner Ladung nur drei Tage betragen kann, wird dies zu einem Schnellverfahren, wie es seinerzeit gegen Beate Klarsfeld in Berlin stattgefunden hat, nachdem sie Kiesinger geohrfeigt hatte.

Eine solche Regelung ist in der Vergangenheit lediglich in der sogenannten Vereinfachungsverordnung zum Strafprozeßrecht vorgesehen gewesen, die die Hitlerfaschisten am Tag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges erließen!

Ein Verteidiger kann nur einen Angeklagten vertreten.

Ergänzt werden diese Regelungen durch die Bestimmung, daß ein Angeklagter höchstens von drei Verteidigern verteidigt werden und ein Verteidiger in derselben Strafsache nur einen Angeklagten vertreten darf. Diese Maßnahme soll offensichtlich das gemeinsame Auftreten mehrerer Angeklagter in demselben Verfahren und die Zusammenarbeit mehrerer Verteidiger unmöglich machen, die Angeklagten untereinander spalten, um am Ende einen Angeklagten gegen seine Mitangeklagten ausspielen zu können.

Erklärungen nur zur "Sache"

Dem Verteidiger, der auf diese Weise vom Verfahren nicht ferngehalten werden kann, wird das dem Staat lästige Recht der früheren Prozeßordnung genommen, zu jedem Zeitpunkt Erklärungen abgeben zu können. Solche Erklärungen sind notwendige Bestandteile jeder Verteidigung, wenn es darum geht, besondere Machenschaften der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts oder die politischen Hintergründe des Verfahrens ans Licht zu bringen. Nach dem neuen Recht ist die Erklärungsmöglichkeit des Verteidigers beschränkt auf den Zeitpunkt und den Gegenstand soeben durchgeführter Beweiserhebungen, auf das also, was Staatsanwalt und Richter als die "Sache" ansehen.

Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten

Schließlich gibt das Gesetz der Justiz die Möglichkeit, ohne die Anwesenheit des Angeklagten gegen ihn zu verhandeln. Dies kann sie, wenn entweder der Angeklagte durch seinen Hungerstreik oder ähnliche Maßnahmen gegen seine Behandlung in der Haftanstalt derart geschwächt ist, daß er an der Verhandlung nicht teilnehmen kann. Oder wenn er sich dagegen wehrt, wie mit ihm verfahren wird, er dagegen aufbegehrt und er daraufhin von der Verhandlung wegen "ordnungswidrigem Benehmen" ausgeschlossen wird. Auf diese Weise kann der Angeklagte selbst um die Möglichkeit des letzten Wortes gebracht werden, was bisher als die unentziehbare Henkersmahlzeit der bürgerlichen Gerichtsordnung gegolten hat.

Alle diese Maßnahmen schnüren um den Angeklagten vor einem bürgerlichen Gericht ein Korsett, in dem er nicht mehr atmen können soll, um seine Rechte zu verteidigen. Abgeschnürt soll er werden, bis er davon abläßt, gegen die Herrschaft der Unterdrücker und Ausbeuter aufzustehen.

Die Eile der Gesetzesmaschinerie

Wir haben gesagt, daß diese Gesetze keine speziellen Baader-Meinhof-Gesetze sind, sondern Gesetze gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Das läßt sich an jeder einzelnen Regelung nachweisen. Die Prozesse gegen die Mitglieder der RAF sind allerdings mit ein Grund für die ganz besondere Eile, die die Gesetzesmacher in Bonn in diesem Fall an den Tag gelegt haben. So schnell wurden diese beiden Gesetze erlassen, daß das eine vom 9.Dezember 1974 bereits mit einem weiteren Gesetz vom 18.Dezember 1974 berichtigt werden mußte. Das Verteidigerausschlußgesetz wurde am 18.Dezember 1974 vom Bundestag beschlossen, am 19.Dezember 1974 ging es über die Bühne des Bundesrates, um gleich am 20.Dezember 1974 vom Bundespräsidenten unterschrieben zu werden.

Bei solcher Eile nimmt es nicht wunder, wenn selbst so formale Notwendigkeiten einfach verschlampt werden, wie der nach dem Grundgesetz erforderliche Hinweis, daß durch das Verteidigerausschlußgesetz das Grundrecht des Verteidigers auf Berufsausübung eingeschränkt wird.

Die Eile hat aber auch andere Gründe: Solche Gesetze rufen den Widerstand aller hervor, weil sie sich gegen jeden richten, der wegen seiner Gegnerschaft zu diesem bürgerlichen Staat vor ein bürgerliches Gericht gezerrt wird. Den Protest möglichst klein zu halten, dafür mußte das Gesetz in solcher Eile durchgepeitscht werden.

—e.k., Heidelberg—

In Utrecht (Holland) haben am 14.12.1974 Rechtsanwälte, Ärzte und Wissenschaftler die Bildung eines Internationalen Komitees für die Verteidigung politischer Gefangener in Europa beschlossen. Als seine erste Aufgabe hat das Komitee die Sicherung der Verteidigung der politischen Gefangenen in Westdeutschland und Westberlin bestimmt.

„Winterreise"

Wegen einer Denunziation mehrere Wochen in Haft

Von der Nacht- und Nebelaktion der Polizei gegen mutmaßliche Sympathisanten der Roten Armee Fraktion (RAF) waren wir am Abendgymnasium Neu-Isenburg ganz unmittelbar betroffen, denn unter den Verhafteten befand sich eine Mitschülerin. Mit der Begründung, für die RAF geheim tätig gewesen zu sein und Karteien mit Daten von Polizeibeamten aufzubewahren, wurde bei ihr eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Es lag zudem ein Haftbefehl vor, sie wurde ins Untersuchungsgefängnis Kassel gebracht.

Bei der Hausdurchsuchung wurde keinerlei Beweismaterial gefunden, die Polizei zog mit einem Ordner gesammelter Privatbriefe wieder ab. Wie konnte es auch anders sein, eine Tätigkeit für die RAF lag niemals vor, die bewußte Kartei hatte niemals existiert. Aber damit noch nicht genug. Obwohl sich alle Anschuldigungen als haltlos erwiesen, wurde ein angesetzter Haftprüfungstermin mit kalkulierter Willkür über 3 Wochen lang hinausgezögert. In der Zwischenzeit war die Polizei aber nicht untätig. Sie forschte und verhörte im Kreise der Mitbewohner der Beschuldigten kräftig weiter. Der Grund war einleuchtend. Man stand unter Beweisnot.

Aber auch diese Tour hatte keinen Erfolg.

Die Hintergründe, die zur Verhaftung und Hausdurchsuchung führten, muten aber noch seltsamer an. Eine, selbst in der bürgerlichen Presse als unglaubwürdig bezeichnete Denunziation eines Mannes reichte aus, um einige Menschen längere Zeit hinter Schloß und Riegel zu bringen, allesamt Frauen. Laut bürgerlicher Presse hat er ein gestörtes Verhältnis zu Frauen. Mit Sätzen wie: "Euch bringe ich noch alle in den Knast" hatte er des öfteren gedroht. Bedenklich ist dabei nur, daß sich solche Aussagen eines offenbar verhaltensgestörten Menschen so vortrefflich auf die Mühlen dieses Staates lenken lassen. Die Verhaftungswelle hat unter den Studierenden unseres Abendgymnasiums viel Empörung ausgelöst. Auf einer in der Schule abgehaltenen Pressekonferenz verurteilten Schüler und Lehrer einmütig diese Maßnahmen staatlicher Willkür und forderten die sofortige Freilassung der Mitschülerin und aller ohne jegliches Beweismaterial zu Unrecht festgehaltenen Menschen. Wir führten eine Spendensammlung für Rechtsanwaltgebühren und sonstige Unkosten durch. Aber immer wieder ließen wir uns damit hinhalten, daß ein Haftprüfungstermin angesetzt sei, der jedoch sehr geschickt eingefädelt, von Mal zu Mal verschoben wurde. Anstatt durch selbstänidge Aktionen die Hintergründe und Methoden dieser staatlichen Machenschaften an die Öffentlichkeit zu bringen, hatten an unserer Schule immer wieder solche Stimmen die Oberhand, die meinten, daß es besser wäre, sich zurückzuhalten, um die Situation für die Verhafteten nicht noch zu verschlechtern. Diese Argumente waren sehr schädlich. Als man sich sicher sein konnte, daß im Hinblick der bevorstehenden Weihnachtsferien alle auseinandergelaufen waren, wurde die Haftprüfung vorgenommen. Alles, was wir bisher davon in Erfahrung bringen konnten ist, daß die Untersuchungshaft nicht aufgehoben, die Verhafteten aber gegen eine Kaution von DM 10 000 auf freien Fuß gesetzt werden könnten.

Vielen an unserer Schule haben die höchst zweifelhaften Umstände und willkürlichen Methoden der Aktion Winterreise die Augen geöffnet.

I.G., Neu-Isenburg

Isolationsmaßnahme

Ausfertigung

502 - 25/72

Beschluß

In der Strafsache

gegen Asdonk u.a., hier nur

gegen Brigitte Asdonk,
zur Zeit in der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit zu Gef.B.Nr. 31/72,

wegen Vergehens gemäß § 129 StGB u.a.,

wird die Postsendung "kommunistische Volkszeitung" vom 21. November 1974 an die Untersuchungsgefangene Asdonk gemäß § 119 Abs. 3 und 6 StPO in Verbindung mit Nr. 34 Abs. 1 Ziff. 4 UVollzO beanstandet und von der Beförderung ausgeschlossen.

Die Beanstandung erfolgt, weil in dem Druckwerk unwahre Behauptungen über Zustände in den Haftanstalten der Bundesrepublik Deutschland aufgestellt werden.

Die Weitergabe von Sendungen dieser Art ist geeignet, die Ordnung in der Haftanstalt zu gefährden und das Strafverfahren zu beeinträchtigen.

Die Postsendung ist zur Habe der Untersuchungsgefangenen zu nehmen.

Berlin 21, den 28. November 1974
Landgericht Berlin, Strafkammer 2

Der Vorsitzende

Schedon
Vorsitzender Richter am Landgericht

LANDGERICHT BERLIN

Ausgefertigt

(Reiß) Justizangestellte
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts Berlin

Mit der gleichen Begründung wurden Brigitte Asdonk die KVZ-Ortsbeilage vom 7. November, die KVZ vom 14. und die KVZ vom 28. November vorenthalten.

In der Senatsdokumentation über die Haftbedingungen heißt es unter dem Punkt ee):

Welche Zeitungen und Zeitschriften liest die Gefangene regelmäßig?

Der Spiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau.

Die Kommunistische Volkszeitung, in der Brigitte Asdonk hätte lesen können, daß es viele Menschen gibt, die den gerechten Kampf der politischen Häftlinge gegen die Isolations- und Vernichtungshaft unterstützen und wie sie dies tun, wird ihr vorenthalten, denn daraus könnte sie ja weiteren Mut schöpfen, ihren Kampf fortzusetzen.

Man kann an diesem kleinen Beispiel sehen, wie die Isolation im Detail betrieben wird. Was nützen dem Häftling Dutzende von Büchern und Zeitschriften, wenn er in einer Situation, wo er den Kampf gegen die Haftbedingungen aufgenommen hat, nicht erfahren kann, ob er damit allein steht oder Unterstützung findet, ob Aussicht besteht, den Kampf erfolgreich beenden zu können?

Knapp am Atomunfall

Bevölkerung über schwere Störungen im Unklaren gelassen

In Biblis bei Darmstadt entsteht zur Zeit das größte Kernkraftwerk der Welt. Block A, 1.200 Megawatt stark, ist im Probelauf, Block B, 1 300 Megawatt, ist im Bau. Gebaut wird im Auftrag der RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG), dem größten privaten Stromversorgungsunternehmen in Europa. Erbauer ist die Kraftwerke Union (KWU), ein Gemeinschaftsunternehmen von AEG und Siemens.

Also: die Größten unter den Großen sind am Bau dieses Superdings beteiligt. Biblis wird nicht ohne Grund als "das Prestige-Projekt der bundesdeutschen Kernindustrie" bezeichnet.
Im Dezember nun ist dieses Kernkraftwerk (KKW) plötzlich ins Gerede gekommen. Beim Atom-Hearing in Bonn war aufgedeckt worden, daß im Kühlsystem des im Probebetrieb laufenden Blockes A eine schwerwiegende Funktionsstörung aufgetreten war. Ziemlich genau sogar wurde geschildert, was los war:
Bei der Inbetriebnahme funktionierte die Hauptkühlmittelpumpe nicht richtig. Dadurch wurde die Hitzeentwicklung zu groß, das Notabschaltsystem mußte einsetzen – das tat das wider Erwarten auch.
Dazu muß man wissen:
Im Innern des Reaktorkerns herrschen normalerweise Temperaturen um 2 800 Grad. Diese Temperaturen können nur durch ständige intensive Kühlungen so niedrig gehalten werden. Funktioniert die Kühlung nicht, so erhitzt sich der Kern in rasendem Tempo, innerhalb einer Minute beginnt das Innere zu schmelzen. Von da an gibt es keine Kontrolle mehr. Der Reaktor schmilzt sich in den Boden ein. Explosionen und riesige radioaktive Staubwolken töten alles Leben im Umkreis.
Das Kühlsystem des Reaktors ist also der entscheidende Gefahrenpunkt. Der Ausfall der Hauptkühlung wird als "GAU" (Größter anzunehmender Unfall) bezeichnet. Tritt ein GAU ein, muß in Bruchteilen von Sekunden die Notabschaltung funktionieren und die Notkühlung eintreten.
In allen bisherigen Versuchen haben diese Notsysteme versagt. In Biblis haben sie zufällig funktioniert. . .
Weiter berichtet die Frankfurter Rundschau über ein Leck im Dampferzeuger, durch das der normalerweise völlig getrennt davon laufende F rischdampf-Kreislauf plötzlich hochradioaktiv wurde.

Das sind sehr gefährliche Unfälle. Ein Sprecher der KWU, auf diese Berichte angesprochen, mußte zugeben, daß es Störungen am Dampferzeuger und an der Hauptkühlmittelpumpe gegeben habe. Auch das hessische Wirtschaftsministerium, verantwortliche Behörde zur Überwachung des KKW-Baus in Biblis, bestätigte eine ernsthafte Störung: zur Zeit müsse eine verstärkte Strahlenabschirmung durchgeführt werden.
Noch keine Woch später wird die Sache ganz anders geschildert. Die RWE behauptet, nie seien größere Schwierigkeiten aufgetreten. 'Planmäßig und unter strenger Kontrolle der Landesbehörde' sei alles abgelaufen. Das KKW werde jetzt auf volle Leistung gefahren. Alles andere seien nur Gerüchte. (Süddeutsche Zeitung 9.12.1974)
Das kann man jetzt glauben oder nicht. Sicher ist nur, daß ganz außer-'planmäßig' schon vorher die volle Inbetriebnahme sich um 5 Monate verzögert hatte. Das ist sicher nicht ohne Grund geschehen, denn jeder Tag Betriebsausfall bedeutet für die RWE einen Umsatzverlust von ca. 1 Mio. DM!
Sicher ist auch, daß die beteiligten Konzerne viel Macht einsetzen können, um Störfälle nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.
Und sicher ist drittens, daß auch die Bundesregierung bei größeren "Pannen" in Biblis einiges zu verlieren hätte: Das Riesen-KKW soll zum bundesdeutschen Standardtyp für Kernenergieerzeugung werden, die Energieplanung stützt sich ganz auf dieses Projekt.
Für Siemens und AEG, RWE und staatliche Stellen sind also Störfälle im KKW Biblis ganz untragbar. Deswegen hat es in Biblis auch keine Störfälle gegeben! Was bisher im Laufe der verzögerten stufenweise Inbetriebnahme trotzdem geschah, waren – so ein KWU-Sprecher – eben nur "ganz übliche Angelegenheiten".

– A. ,Ludwigshafen –

diese Notsysteme versagt. In Biblis haben sie zufällig funktioniert. . .
Weiter berichtet die Frankfurter Rundschau über ein Leck im Dampferzeuger, durch das der normalerweise völlig getrennt davon laufende F rischdampf-Kreislauf plötzlich hochradioaktiv wurde.

Das sind sehr gefährliche Unfälle. Ein Sprecher der KWU, auf diese Berichte angesprochen, mußte zugeben, daß es Störungen am Dampferzeuger und an der Hauptkühlmittelpumpe gegeben habe. Auch das hessische Wirtschaftsministerium, verantwortliche Behörde zur Überwachung des KKW-Baus in Biblis, bestätigte eine ernsthafte Störung: zur Zeit müsse eine verstärk-





„Lokaltermin" in Weisweil

'Wenn Eberle unser Recht verletzt, wird in Wyhl der Platz besetzt'

Eine Woche vor dem Bürgerentscheid über den Verkauf eines gemeindeeigenen Grundstückes für das geplante KKW in Wyhl kam der Südfunk nach Weisweil, einer Nachbargemeinde von Wyhl. Es wurde eine neue Folge der Sendung "Lokaltermin" aufgezeichnet, die im 3. Fernsehprogramm am gleichen Abend gesendet wurde.

Alles war gut vorbereitet worden, um mit dieser Sendung die badische und elsässische Bevölkerung zu verschaukeln und eine scheinbar ausgewogene Sendung zur Propagierung der Kernkraftwerke zu erstellen.
Nur 500 Eintrittkarten wurden ausgegeben, ein Teil davon natürlich reserviert für Befürworter des KKW's. Der Saal war jedoch mit weit über 1 000 Menschen überfüllt und jeder hatte eine Eintrittskarte – das war die erste Überraschung für die Herren vom Südfunk und der Landesregierung.
Auf dem Podium saßen die Vertreter beider Seiten, vom Südfunk ausgewählt, ohne die Wünsche der Bürgerinitiativen zu berücksichtigen: für die Befürworter ein Vertreter der TÜV Stuttgart, ein Klimatologe und unser altbekannter Herr Grawe, der beim Erörterungstermin in Wyhl noch "neutralen Verhandlungsleiter" gespielt hatte; für die Gegner Herr Nikola (SPD-Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Weisweil), Herr Schätzle (MdL/CDU), ein Klimatologe aus Basel und eine Vertreterin der Bürgerinitiative Wyhl. Sie verlas gleich zu Beginn eine Protesterklärung im Namen der Bürgerinitiativen mit der Forderung, als Vertreter der Bürgerinitiativen Herrn Wüstenhagen, den Vorsitzenden der Bürgerinitiativen Umweltschutz, zuzulassen. Dies mußte der Diskussionsleiter Dr. Klett zugestehen.
Die Bevölkerung ließ sich gar nicht erst auf die Spielregeln der Herren vom Südfunk ein und stellte lautstark ihre Forderungen. Viele Redner aus dem Publikum betonten, daß es jetzt nicht mehr um ein munteres pro- und kontra-Spiel gehe. Die Bevölkerung am Kaiserstuhl hat sich mit den Problemen der Kernenergie auseinandergesetzt und hat sich entschieden: Das KKW wird nicht gebaut! Jetzt geht es nicht mehr darum, Fragen zu stellen.

Dies hier ist ein Machtkampf zwischen der Landesregierung und dem Badenwerk auf der einen Seite und der badisch-elsässischen Bevölkerung auf der anderen Seite. Unter tosendem Beifall sagte ein Redner, daß diesen Kampf die Bevölkerung gewinnen werde, denn sie sei bereit, bis zum letzten für die Erhaltung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen.

KODAK verwendet krebserregende Substanzen unter Code- Namen

Der internationale Chemie-Arbeiter-Verband in Genf hat alle in Fabriken des amerikanischen Konzerns Kodak beschäftigten Arbeiter davor gewarnt, daß an ihren Arbeitsplätzen Dimethylsulfat verwendet würde, eine nachweislich krebserregende Substanz. In der Warnung heißt es, Kodak versehe solche Chemikalien mit Code-Namen, damit die Arbeiter ahnungslos blieben.
(Meldung des Kölner Express vom 4.12.74)

KODAK verwendet krebserregende Substanzen unter Code- Namen

Der internationale Chemie-Arbeiter-Verband in Genf hat alle in Fabriken des amerikanischen Konzerns Kodak beschäftigten Arbeiter davor gewarnt, daß an ihren Arbeitsplätzen Dimethylsulfat verwendet würde, eine nachweislich krebserregende Substanz. In der Warnung heißt es, Kodak versehe solche Chemikalien mit Code-Namen, damit die Arbeiter ahnungslos blieben.
(Meldung des Kölner Express vom 4.12.74)

Proletarierkrankheit: Tuberkulose

Gespräch mit einem Kochlehrling in einem Lungensanatorium über die Entstehung seiner Krankheit

Die Tuberkulose, die Schwindsucht, wie das Volk sie nennt, ist die Krankheit, die seit der Entstehung der Arbeiterklasse am heftigsten unter den Proletariern gewütet und Millionen von ihnen vernichtet hat.

Ausbeutung bis aufs Blut, Hungerlöhne und elende Wohnverhältnisse waren ihr Nährboden. Heute hat die Arbeiterklasse in Westdeutschland durch jahrzehntelange Kämpfe der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse bestimmte Schranken setzen und ihr Lebensniveau ein Stück weit heben können. Medizinische Fortschritte kommen hinzu. Dennoch sind in der BRD selbst im Verhältnis zu anderen kapitalistischen Ländern die TBC-Fälle immer noch sehr hoch, 1971 wurden 172 093 Fälle gezählt. Dabei liegt in Großstädten wie Hamburg die Zahl der Fälle auf 100 000 Einwohner mit 589 doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. In Westberlin sind es sogar 639 auf 100 000. 3 619 Arbeiter mußten 1970 z. B. mit dieser Krankheit "verrentet" werden. (Die Quote liegt z. B. 5-fach über der Quote in der DDR, wo es eine ständige Kontrolle durch Röntgenreihenuntersuchungen gibt. In der BRD waren diese Reihenuntersuchungen bisher nur in wenigen Bundesländern vorgeschrieben.) Das folgende Interview zeigt, wie es einem Koch-Lehrling ergangen ist. —Red.—

Proletarierkrankheit: Tuberkulose
Gespräch mit einem Kochlehrling in einem Lungensanatorium über die Entstehung seiner Krankheit
Die Tuberkulose, die Schwindsucht, wie das Volk sie nennt, ist die Krankheit, die seit der Entstehung der Arbeiterklasse am heftigsten unter den Proletariern gewütet und Millionen von ihnen vernichtet hat.
Ausbeutung bis aufs Blut, Hungerlöhne und elende Wohnverhältnisse waren ihr Nährboden. Heute hat die Arbeiterklasse in Westdeutschland durch jahrzehntelange Kämpfe der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse bestimmte Schranken setzen und ihr Lebensniveau ein Stück weit heben können. Medizinische Fortschritte kommen hinzu. Dennoch sind in der BRD selbst im Verhältnis zu anderen kapitalistischen Ländern die
TBC-Fälle immer noch sehr hoch, 1971 wurden 172 093 Fälle gezählt. Dabei liegt in Großstädten wie Hamburg die Zahl der Fälle auf 100 000 Einwohner mit 589 doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. In Westberlin sind es sogar 639 auf 100 000. 3 619 Arbeiter mußten 1970 z. B. mit dieser Krankheit "verrentet" werden. (Die Quote liegt z. B. 5-fach über der Quote in der DDR, wo es eine ständige Kontrolle durch Röntgenreihenuntersuchungen gibt. In der BRD waren diese Reihenuntersuchungen bisher nur in wenigen Bundesländern vorgeschrieben.) Das folgende Interview zeigt, wie es einem Koch-Lehrling ergangen ist. —Red.—

Als ich in diese Klinik kam, fiel mir zuerst auf, daß hier praktisch nur ältere Männer sind, und zwar fast alles Arbeiter. Kein Wunder, wenn man daran denkt, daß sie natürlich unter der steigenden Arbeitshetze und der Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, am stärksten zu leiden haben. Es sind aber auch einige jüngere Leute da, und einen von ihnen, mit dem ich auf einem Zimmer liege, habe ich einmal befragt, wie es zu seiner Krankheit gekommen ist.

Kannst du bitte etwas von deiner Arbeit erzählen und wie du diese Krankheit bekommen hast?
H.: Es ist so. Ich arbeite als Koch-Lehrling in einer Gaststätte im Harz. In der Saison haben wir eine Menge Gäste, und da wir total unterbesetzt sind – außer mir sind nur noch 4 Lehrlinge und ein Jungkoch da und wir müssen bis zu 260 Essen zubereiten – sind wir völlig überlastet. Ich mache geteilten Dienst, d. h. von 7 bis 14 Uhr und von 18 bis 22 Uhr oder von 9 bis 15 Uhr und von 18 bis 22 Uhr; wenn es ganz hart kommt, auch manchmal durchgehend. Da wir also hart arbeiten müssen, noch dazu in der schlechten Küchenluft (im Sommer haben wir oft 40 Grad Celsius in der Küche!), sind wir in der Pause immer so kaputt, daß ich mich nur ein paar Stunden hinlege und dann wieder weiterarbeite. So komme ich natürlich kaum nach draußen. Außerdem essen wir sehr unregelmäßig, nur frühstücken können wir einigermaßen, mittags stopfen wir meistens schnell ein Würstchen zwischendurch rein, und abends fällt das Essen oft ganz aus. Das macht Lunge und Magen natürlich kaputt.

Habt ihr nicht versucht, euch gegen diese Arbeitsbedingungen zu wehren?
H.: Ja, aber das ist sehr schwierig. Erstens sind zwei von uns Lehrlingen noch sehr jung – eine ist 15 und die andere 16 – und sie haben Angst, rauszufliegen. Und dann ist es eben sehr schwierig, eine andere Stelle zu finden, wo du was Vernünftiges lernen kannst. Darum hat die Chefin uns ziemlich in der Hand und kann es sich leisten, uns so zu schikanieren. Wir Lehrlinge haben ja Kost und Logis in der Gaststätte; und wie sieht das aus? Wir wohnen zu zweit in 12 qm großen Zimmern unterm Dach, ohne Duschen und mit Betten, die so durchgelegen sind, daß man jeden Morgen Rückenschmerzen hat, wenn man aufwacht, und außerdem wohnen wir direkt über der Küche, so daß immer alles nach Essen stinkt! Und wenn du aufmuckst, nehmen sie dir noch den Hausschlüssel ab, und dann kannst du nicht einmal mehr abends weggehen.

Wann hast du nun festgestellt, daß du Tuberkulose hast?
H.: Im Februar hat meine Chefin mich zum Arzt geschickt, weil meine Arbeitsleistung nachließ. Ich fühlte mich dauernd kaputt und schwindlich und hatte starken Husten. Der Arzt hat mich dann durchleuchtet, aber nichts festgestellt, außer daß ich zuwenig Magensäure habe. So habe ich bis Mai weitergearbeitet; dann konnte ich einfach nicht mehr. Daraufhin bin ich zum Internisten überwiesen worden. Der hat mich wieder durchleuchtet, und er hat sofort Verdacht auf Tbc geäußert. Ich mußte dann eine Woche in unserer Gaststätte in einem Einzelzimmer liegen, weil ich keinen Termin beim Lungenfacharzt bekommen konnte. Als ich dann beim Lungenfacharzt war, hat der einwandfrei eine Tbc festgestellt und mich in die Klinik überwiesen.

Dort war aber kein Bett frei, und so mußte ich noch weitere 4 Tage in der Gaststätte bleiben. Übrigens haben sie mir hier gesagt, daß ich die Tbc mindestens seit letzten Oktober habe, das heißt, mein Hausarzt hätte sie schon im Februar erkennen müssen, zumal sie doppelseitig ist und auch die Luftröhren beteiligt sind.

Wie ist es dir dann hier in der Klinik ergangen?
H.: Zuerst bin ich in ein 4-Bett-Zimmer gekommen. Das war sehr eng, der Putz fiel von der Decke und die Betten waren mindestens 20 Jahre alt, so daß man sie nicht einmal am Kopfteil hochstellen konnte. Sie haben dann die Aufnahmeuntersuchung gemacht – Röntgenbild, Blutuntersuchung und Bakterienkultur – dann habe ich meine Tabletten und die Infusionen bekommen und das ist alles. Zuerst mußte ich ja auch noch stramm liegen, 6 Wochen lang, aber das ist glücklicherweise längst vorbei.

Und was machst du jetzt den ganzen Tag?
H.: Was soll ich machen? Es gibt ja nichts hier außer der Beschäftigungstherapie. Und da kann man auch nur etwas basteln, aber nichts Vernünftiges machen. Das macht dich natürlich verrückt, wenn du dich schon wieder ganz gesund fühlst und du kannst den ganzen Tag nichts anfangen. So habe ich auch wieder angefangen zu rauchen, obwohl ich 8 Wochen keine Zigarette angefaßt hatte. Die meisten rauchen hier, weil sie sich langweilen, obwohl sie wissen, daß es nicht gut ist für unsere kaputten Lungen. Am Anfang habe ich manchmal versucht, etwas zu lernen für meine Abschlußprüfung, aber hier vergeht dir bald die Lust dazu! Und jetzt bin ich schon 6 Monate hier und warte eigentlich nur darauf, daß ich wieder rauskomme.

—J.O., Diekholzen—

Angst vor Arbeitslosigkeit

Zur Zeit leiste ich meinen Zivildienst beim Deutschen Roten Kreuz in Kaiserslautern ab. Neulich wurden wir ins Kaufhaus Wertheim in Kaiserslautern gerufen – eine Frau sei zusammengebrochen. Wie sich dann herausstellte, handelte es sich um eine etwa 50-jährige Angestellte des Kaufhauses. Sie saß im Büro an ihrem Schreibtisch und war mit den Nerven vollkommen am Ende. Sie rief dauernd "Was schaut ihr mich denn so an – ich habe doch nichts verbrochen!"
Sie war so verwirrt und durcheinander, daß man minutenlang nichts von ihr erfahren konnte. Passiert war folgendes, wie ich später auf dem Weg ins Krankenhaus von ihr selbst erfuhr, als sie sich ein wenig beruhigt hatte. Sie war bei einem Nervenarzt schon seit längerer Zeit in Behandlung. Vor kurzem war sie 14 Tage krank geschrieben. Vorige Woche ging es ihr wieder so schlecht, daß sie ihren Arzt aufsuchte, der ihr Beruhigungstabletten verschrieb. Vorgestern nun, war sie schon am Morgen so nervös und fertig, daß sie gegen Mittag mehrere dieser Beruhigungstabletten zu sich nahm und am Arbeitsplatz daraufhin einschlief. Ich fragte sie, warum sie sich denn nicht vom Arzt krankschreiben lasse. Sie antwortete, daß sie das nicht könne, weil sie Angst habe, entlassen zu werden.
Dieser Fall mag die Zahlen, die die bürgerliche Presse vor kurzem stolz bekanntgab, daß aufgrund der herrschenden Arbeitslosigkeit die Zahl der Krankmeldungen in den Betrieben schlagartig erheblich zurückgegangen sei, in der Praxis verdeutlichen.
Die Angst vor der Entlassung treibt die Arbeiter und kleinen Angestellten dazu, ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Die Arbeitslosigkeit kommt den Unternehmern gerade recht, um auch noch das Letzte aus den Menschen herauszupressen.

—K., Kaiserslautern—

Freiheitsberaubung

Wie das Rechtsanwaltsbüro Groenewold, Degenhardt, Könicke mitgeteilt hat ist die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen den Richter vom Amtsgericht Frankfurt, Weitz, und den Staatsanwalt Eckert vom Oberlandesgericht Frankfurt abgelehnt worden. Der Richter hatte den Hamburger Studenten Martin Kahl mit der Behauptung verhaften lassen, er heiße in Wirklichkeit Dieter Meier, obwohl er seinen Personalausweis vorgelegt hatte. Trotz aller Einwände hat der Richter den Haftbefehl aufrechterhalten. Das Oberlandesgericht sagt nun, der Richter habe nicht mit Vorsatz eine Freiheitsberaubung begangen; daß er eine Freiheitsberaubung in Kauf genommen habe, sei aber nicht strafbar. "Diese Beschränkung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit" bilde gerade "ein Teilstück der Sicherung der Unabhängigkeit des Richters."

Richtigstellung

In der KVZ Nr. 27 auf Seite 10 wird zum Artikel über ein Ausländerwohnheim ein Bild gebracht, das keine der beschriebenen Wohnungen wiedergibt. Es sollte nur die Enge der üblichen Wohnungen für ausländische Arbeiter demonstrieren. Dadurch sind vermeidbare Mißverständnisse entstanden, was wir bedauern. Red.

Erfahrungen einer 9. Hauptschulklasse
Der „gute Rat" des Berufsberaters ist wenig wert

Arbeitslosigkeit und die Verkürzung von Lehrstellen bedeuten für viele Arbeiterjugendliche gegenwärtig, daß sie nach dem Hauptschulabschluß auf der Straße liegen. In den Berufsschulen werden sie bestenfalls in Arbeitslosenklassen zusammengesteckt, einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben sie nicht.
Über all das erfahren sie in der Hauptschule aber im allgemeinen reichlich wenig. So ist es gegenwärtig vielerorts so, daß der Berufsberater gar nicht mehr in die Schule kommt, weil es beim gegenwärtigen Lehrstellenmangel auch nicht mehr viel zu beraten gibt.
Die Arbeiterjugendlichen sollen im unklaren über das gehalten werden, was sie nach der Schulzeit erwartet. Die folgende Korrespondenz zeigt, wie sich die Schüler einer Klasse zusammengeschlossen haben, um diese Verhältnisse im Volksbildungswesen nicht noch länger einfach hinnehmen zu müssen. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, daß man nur im Vertrauen auf die eigenen Fähigkeiten, nicht aber im Vertrauen auf die Schulbürokratie einen Schritt nach vorne kommt.

"Ihr müßt eine konkurrenzfähige Ware werden, sonst kann ich euch nicht verkaufen."
Das war der Rat des Berufsberaters für die Schüler der 8. und 9. Klasse einer Hauptschule. Mit diesem "guten Rat" können diese Arbeiterjugendlichen nicht viel anfangen; besonders die Schüler der Abgangsklasse 9 dachten an ihre eben gemachten Erfahrungen.

Für sie stand vor zwei Monaten noch die Frage an:
Was soll ich lernen?
Von zuständigen Stellen konnten sie nicht viel in Erfahrung bringen. Deshalb hatten sie selbst – mit Unterstützung von Mitarbeitern des örtlichen Jugendhauses – die Initiative ergriffen. Sie sind in die Betriebe gegangen, haben sich über Arbeits- und Ausbildungsbedingungen informiert, haben Interviews in Berufsfachschulen gemacht. Am wichtigsten war die Frage, wie steht es mit den Lehrstellen?
Das Ergebnis war für sie erschreckend, und jetzt heißt es: Kann ich überhaupt noch irgendwo unterkommen? Berufswünsche und Interessen spielen keine Rolle mehr.

Der nächste Schritt war, daß sie ihre Erfahrungen in einer Ausstellung veröffentlicht haben. Durch einige große Plakate und einer Presseerklärung wurden alle Interessierten zur Ausstellung eingeladen.
In dieser Ausstellung stellten die Schüler fest:
– 1. Daß sie weder von der Schule (ihren Lehrern), noch von den Berufsberatern des Arbeitsamtes echte Hilfe bei der Berufswahl und Lehrstellensuche erhalten.
– "Rund 7 Wochen Wartezeit, bis man einen Termin auf dem Arbeitsamt kriegt, an die 20 Minuten Beratung und man ist so gescheit, wie vorher auch." (Schüler)

– 2. Daß der Lehrstellenmangel hauptsächlich die Arbeiterjugend trifft, und daß die Kinder reicher Eltern diese Probleme nicht haben.
– "Stellen Sie doch nicht alles so drastisch hin, übertreiben Sie doch nicht so. Ich habe schon eine Lehrstelle für meinen Sohn in 2 Jahren." (Elternabend, 8. Klasse, Kleinunternehmer)

– 3. Behandelten sie das Problem der ausländischen Arbeiter; insbesondere die deren Kinder. Sie haben es noch viel schwerer, eine Lehrstelle und einen Arbeitsplatz zu finden.
– "Wenn u mir ein Ausländer kommt, sage ich: Geh erst mal heim und lerne anständig deutsch, vorher kann ich dich nicht verkaufen." (Der Berufsberater) –
Die Abschlußklasse der Hauptschule in Dudenhofen (Offenbach-Land) hat aus eigener Anschauung erfahren, wie sich die derzeitige Krise auf die Arbeiterjugend auswirkt.
Von insgesamt 24 Schülern hat bislang ein einziger eine Lehrstelle, alle anderen nur Absagen.
Zwei Dinge sind ihnen durch ihre Arbeit jedoch klargeworden: Einmal, daß ihre Ausbildung in der Hauptschule schlecht ist und verändert werden muß. (Dazu schrieben sie eine Resolution an die Schule.) Zum anderen, daß ihre Kraft nicht ausreicht, um die Verhältnisse zu ändern und sie angewiesen sind auf die Unterstützung der Erwachsenen.
Aus diesen Überlegungen haben einige Schüler praktische Konsequenzen gezogen und sich zu einer Initiative zusammengeschlossen. Sie haben sich zur Aufgabe gestellt, die Menschen am Ort zu mobilisieren, die Schülervertretung (SV) anzukurbeln und die Unterrichtsmethoden der Schule zu untersuchen.
"Wir wollen Gruppenarbeit und Lehrer, die uns zum selbständigen Denken erziehen. Wir wollen unsere Meinung frei vertreten dürfen. Wir wollen nicht Einzelleistungen und Konkurrenz unter den Schülern. Für dieses System ist das eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Die ist schlecht für uns." (Diskussion in der Initiative)

B.J., Ffm.
R.R., Dudenhofen

„Unterricht aus dem Stegreif"
Zustände an einer Schule für Hilfsarbeiter und Arbeitslose

Die Kerschensteinerschule, Außenstelle Schierstein, ist eine Schule für Hilfsarbeiter und Arbeitslose. Am Ende des letzten Schuljahres wurde unserer Klasse mitgeteilt, daß wir nächstes Jahr vorläufig nicht zu kommen bräuchten, weil zuwenig Lehrer zur Verfügung ständen. Falls im Laufe des Jahres doch noch ein Lehrer gefunden würde, bekämen wir Nachricht. Das war bis jetzt nicht der Fall.

Der Grund, warum gerade unsere Klasse beurlaubt wurde, liegt wohl darin, daß besonders die Schüler dieser Klasse gegen die miserablen Ausbildungsbedingungen an dieser Schule protestierten. So wurden den Schülern nicht einmal Schulbücher zur Verfügung gestellt, mit der Begründung, wir würden diese ohnehin nur vollschmieren und Seiten rausreißen.
In Wirklichkeit aber heißt das nur, daß der Staat gar nicht an einer guten Ausbildung der Arbeiterjugend interessiert ist und gar nicht daran denkt, dafür auch noch Geld auszugeben. Die Lehrer halten sich bei ihrem Unterricht an ihre privaten Aufzeichnungen oder halten ihren Unterricht aus dem Stegreif. Im Winter war es manchmal so kalt in den Klassenräumen, daß man den Mantel nicht ausziehen konnte. Als wir eines Tages zum Direktor gehen wollten, um zu erreichen, daß die Räume stärker geheizt werden, wurden wir von der Sekretärin abgewiesen. Den Direktor bekamen wir nicht zu sehen, ebensowenig wurden die einzelnen Klassenräume stärker geheizt.
Einige Jungen bekamen, da sie des öfteren nicht zum Unterricht erschienen waren, ein Bußgeldverfahren an den Hals gehängt. Dabei soll vor Gericht festgestellt werden, wer daran schuld ist, warum sie nicht zur Schule kommen. Nach den Aussagen des Lehrers muß der Schuldige eine Strafe zwischen 200 und 500 DM zahlen. Bei einem 2. Verfahren steigt die Strafe nach Aussagen des Lehrers auf bis zu 1 000 DM an. Falls der schuldige Teil die Strafe nicht zahlen kann, kommt er in den Knast.
Daß diese Praxis an einer Schule gehandhabt wird, die von Arbeitslosen und Hilfsarbeitern besucht wird, die ohnehin nicht viel Geld zur Verfügung haben, ist bezeichnend. Auch zeigt das, wie rücksichtslos das Komplott von Staat und Kapitalisten werden kann, wenn es darum geht, die Arbeiterjugend zu unterdrücken.

–F. (Schüler der Hilfsarbeiterberufsschule in Schierstein Wiesbaden)

Kongress „Verfasste Studentenschaft"

Für den 18. und 19. Januar haben die beiden Dachverbände der Studentenschaften (VDS) und der Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und höheren Fachschulen (SVI) gemeinsam aufgerufen für einen Kongreß "Verfaßte Studentenschaft" in München.
Dieser Kongreß dient zur Erörterung über die Aufgaben der Vertretungskörperschaften der Studenten, zur Beratung über rechtliche Fragen im Zusammenhang des Kampfes um eine politisch selbständige Vertretung der Studenten gegenüber der Regierung, und er soll den für März geplanten Zusammenschluß der beiden studentischen Dachverbände VDS und SVI zu einem einheitlichen Verband aller Studentenschaften vorbereiten.
Neben diesen Zielen richtet sich der Kongreß gegen die Versuche der Bundes- und Länderregierungen, die Politik der von den Studenten gewählten Vertretungskörperschaften zu zensieren und auf diese Druck auszuüben durch Gelderpressung, Gerichtsurteile und gesetzliche Einschränkungen der Rechte der Studentenvertretungen. Diese Versuche gibt es, seit an den Hochschulen Studentenvertretungen gewählt werden, die gegen die Politik der bürgerlichen Parteien und Regierungen die Interessen und Forderungen der Studenten zum Ausdruck bringen. Jüngste Beispiele für dieses Vorgehen des Staates sind u. a. die Gendersperrung für den Fachhochschulstudentenverband SVI und die Beseitigung der gesetzlichen Grundlagen für die verfaßte Studentenschaft an den bayerischen Hochschulen.
Die Studenten wehren sich gegen diesen politischen Druck der Regierungen und wenden sich gegen alle Angriffe auf ihre Vertretungskörperschaften und sind nicht bereit, sich der politischen Zensur durch die Regierung zu unterwerfen. An verschiedenen Hochschulen sind für die nächsten Wochen Urabstimmungen geplant, mit denen die Studenten ihre Forderung nach von der Regierung unabhängigen und selbständigen Vertretungskörperschaften bekräftigen wollen. Die Durchführung dieser Urabstimmungen und der Zusammenschluß der beiden studentischen Dachverbände VDS und SVI zu einem einheitlichen Dachverband aller Studentenschaften sind richtige Schritte gegenüber den Versuchen der Regierung, die Rechte der Studentenvertretungen einzuschränken. Der geplante Kongreß "Verfaßte Studentenschaft" kann für den Erfolg dieser Schritte genutzt werden.

H.J.



Gerade die Arbeiterjugendlichen werden von der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit besonders getroffen. Zusätzlich verschärft sich für sie die Lage noch dadurch, daß immer weniger von ihnen Lehrstellen finden. Das ist dann auch das Los, daß ihnen die Kapitalisten zugedacht haben: daß sie sich nach einer schlechten Ausbildung in der Grund- und Hauptschule auf dem Arbeitsamt wiederfinden (unser Bild).

Streik gegen Prüfungsordnung
„Die Sozialarbeiter sind dazu da ... Mülldeponien zu verwalten"

Seit nunmehr 5 Jahren kämpfen die FH-Studenten dagegen, daß NRW's Wissenschaftsministerium immer wieder versucht hat, ihre Prüfungsordnungen (PO) zu verschärfen. Nun sollen endgültig für das Sommersemester 1975 neue Prüfungsordnungen für alle FH-Studenten in Kraft treten.

"Die Landesastenkonferenz fordert alle Fachhochschulstudentenschaften NRW's auf, sobald wie möglich Urabstimmungen zum unbefristeten Streik durchzuführen. Alle Hochschulen, bei denen der Streik sofort oder im Dezember möglich ist, beginnen noch 1974 den Streik. Spätester Streikbeginn muß Beginn der zweiten Januarwoche 1975 sein. Es wird den Hochschulen empfohlen, in dieser Woche (2. Januarwoche) Aktionstage auch zur Information der Öffentlichkeit zusätzlich durchzuführen." (Antragsteller Gesamthochschule Wuppertal)
Inzwischen sind die Studenten der FH Bochum, Fachbereiche Energietechnik, Maschinenbau, Bergbau, der evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen, der FH Hagen, Abteilung Iserlohn, FH Siegen, Fachbereich Sozialwesen FH Köln, Fachbereich Architektur und Sozialwesen in den unbefristeten Streik getreten.
An den FH's werden Fachkräfte mit Spezialwissen in 3-jähriger Kurzausbildung herangezüchtet, die als Ingenieure, Verwaltungskräfte, Dolmetscher, Architekten, Sozialarbeiter usw. von den Kapitalisten und dem Staatsapparat auf ganz begrenztem Gebiet eingesetzt werden können.
Die Sozialarbeiter lernen, das soziale Elend zu verwalten. Sehr treffend hat das ein Dozent ausgedrückt: er sprach davon, daß es im Kapitalismus Müll gibt (damit sind die Arbeitslosen, Leute, die ihre Miete nicht mehr bezahlen können usw., gemeint) und "Die Sozialarbeiter sind dazu da, diese Mülldeponien zu verwalten und unschädlich zu halten".
Ein wichtiges Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, sind Prüfungen, die die Studenten zwingen zu blindem Pauken, und die kritischen Studenten der Willkür der Dozenten aussetzen.
Die zentrale Streikleitung der Fachhochschulstudenten in Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, als vorläufigen Höhepunkt der Aktivitäten eine zentrale Veranstaltung aller Fachhochschulstudenten in der Woche vom 13. bis 17.1. mit dem Wissenschaftsminister in Düsseldorf durchzuführen. Dazu sollen auch Vertreter von Gewerkschaften und den Hochschulangehörigen geladen werden. Anschließend soll eine Demonstration stattfinden.

T.SW/N.L., KHG Köln

Studentische Krankenversicherung
Die studentische Krankenversicherung ist pleite/ Versicherungsbeiträge werden ungeheuer erhöht

Im jahrelangen Kampf um eine gesetzliche Regelung der studentischen Krankenversicherungen (SKV) hat die Studentenschaft einen Teilerfolg erzielt: Der am 16.12.74 vorgelegte Gesetzentwurf der Bundesregierung schlägt die Einbeziehung der Studenten in die gesetzliche Krankenversicherung (KV) vor. Gleichzeitig unternimmt die Bundesregierung jedoch den Versuch, über ein Teilzugeständnis wesentliche Verschlechterungen für die Studentenschaft durchzusetzen. Sie setzt so konsequent die Politik fort, die schon bei der Neuregelung der Ausbildungsförderung begonnen hat: Eine Verbesserung auf einem Teilgebiet müssen die Studenten bezahlen mit Verschlechterungen insgesamt (die 500 DM BAFöG wurden u.a. "erkauft" mit der Darlehensregelung, Verschärfungen für Fachhochschulabsolventen und Studienfachwechsler).

Seit Jahren tritt die Studentenschaft für die Einbeziehung der Studenten in die gesetzliche Krankenversicherung bei Gewährleistung der vollständigen Kostendeckung durch den Staat ein. Nach der jetzt vom Bund angestrebten Lösung wird der erste Teil der Forderung erfüllt, der zweite nicht. Das ist auch kein Wunder, denn das ganze läuft auf einen Betrug hinaus. Weil die studentische Krankenversicherung inzwischen pleite ist, will der Staat sie gerne loswerden ohne eben für die Kosten aufkommen zu müssen. Der kostendeckende Betrag für die Versicherung eines Studenten ist zur Zeit ca. 45 bis 50 DM. Davon soll der Student 25,–DM tragen. Weiterhin gibt der Bund einen Zuschuß von 15,–DM. Die restlichen 5–10,–DM soll die Solidargemeinschaft tragen, das heißt nichts anderes, als daß dieser Betrag von der werktätigen Bevölkerung aufgebracht werden muß.

An diesem Beispiel sieht man gut die Folgen der Politik der "Reformen, die kein Geld kosten": Der vorgesehene Beitrag von 150,–DM pro Semester bringt für jeden Kommilitonen eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge mit sich. Teilweise betragen diese zwischen 66,– und 115,–DM (für eine Voll-Versicherung), der neue Beitrag bedeutet also eine Erhöhung um 40 % bis über 100!
Für die Kommunisten an der Hochschule gilt es in dieser Situation, nicht lange die Durchsetzung der lange geforderten Eingliederung in die gesetzliche KV zu feiern, sondern den entschiedenen Kampf aufzunehmen gegen diesen erneuten Versuch des Staates, notwendige Maßnahmen auf den Rücken der Studenten und der werktätigen Bevölkerung abzuwälzen. In Verbindung mit dem Kampf um eine kostendeckende Ausbildungsförderung für alle Studenten, die keine reichen Eltern haben, werden wir konsequent eintreten für die Forderungen:
- VOLLSTÄNDIGE ERSETZUNG DER VERSICHERUNGSKOSTEN FÜR DIE STUDENTEN, DIE KEINE REICHEN ELTERN HABEN, AUS MITTELN DER AUSBILDUNGSFÖRDERUNG
- GEWÄHRLEISTUNG DER VOLLSTÄNDIGEN KOSTENDECKUNG DURCH STAATLICHE MITTEL

B.M., KHG Hohenheim



Das Bild zeigt einen Rekruten, der gegen die Einziehung zum Wehrdienst protestiert. Um seinen Protest auszudrücken, hat er eine Kuh mitgebracht. Der Rekrut ist einziger Sohn eines Bauern und bewirtschaftet im wesentlichen den Hof. Wenn seine Arbeitskraft während des Wehrdienstes ausfällt, bleibt die Arbeit liegen, denn die Ausgaben für einen Lohnarbeiter wirft der Hof nicht ab. Die Existenz des Hofes und der sich von seiner Bewirtschaftung ernährenden Familie ist unmittelbar gefährdet.

Lebensgefährliche LKWs

Viele Militärfahrzeuge sind nicht verkehrssicher

Coesfeld. In den letzten Nummern der Kommunistischen Volkszeitung las ich mehrere Korrespondenzen zur Situation der Kraftfahrer in der Bundeswehr. Die geschilderte Übermüdung der Fahrer und die daraus entstehenden Gefahren kann ich bestätigen. Obwohl die Fahrer unbedingt ausreichend Schlaf brauchen, werden sie oft dort eingesetzt, wo gerade jemand fehlt.

Aber nicht nur die Übermüdung der Fahrer gefährdet das Leben der Soldaten, sondern auch der Zustand der Fahrzeuge. Ich hatte die Gelegenheit, dabei zu sein, als der Bundeswehr-TÜV die Fahrzeuge der 2./FmBat 130 prüfte. Es waren insgesamt 30 Fahrzeuge der Marke Hanomag (1,5 to) und MAN (5 to). An diesen 30 Fahrzeugen wurden insgesamt 28 Mängel festgestellt, die zur sofortigen Stillegung der Fahrzeuge führten (sog. X2-Mängel). Zusätzlich gab es noch jede Menge andere Mängel. Diese konzentrierten sich auf die schlechtesten Fahrzeuge, was dazu führte, daß von den 30 Fahrzeugen 17 total und 5 für Anhängerbetrieb gesperrt wurden. Das sind über 50 %. So ähnlich sieht es auch bei den anderen Kompanien des Batallions aus.

Der TÜV prüft die Fahrzeuge alle 2 Jahre. Die Fahrzeuge sind also in diesem Zustand monatelang gefahren. Kameraden, die schon längere Zeit in der Kompanie waren, sagten mir, daß der TÜV zwar sehr genau sei. Aber wenn die Fahrzeuge gebraucht würden, unterschrieben die Offiziere doch die Fahrbefehle.

Und wenn die Offiziere sagen, daß der Zustand der Fahrzeuge auf die mangelnde Pflege durch die Fahrer zurückzuführen ist, so ist das einfach gelogen. Nur ein sehr geringer Teil der Mängel wurde vom TÜV zurückgeführt auf mangelnde Pflege. Der Zustand der Fahrzeuge ist darauf zurückzuführen, daß offenbar die Bundeswehrführung ältere Fahrzeuge lieber verrotten läßt als sie verkehrssicher zu halten. Dahinter steckt, daß eher neue Fahrzeuge angeschafft werden, was den Kapitalisten dann Profite bringt.

Fu U.S., Coesfeld

Strafandrohung wegen Hilfe

Polizei, Feldjäger und Alarmzug kamen vergebens

Diez. Am 12. Dezember 1974 während einer 36-stündigen Übung des 2. NSch BTL/310, die einen 40 km langen Orientierungsmarsch beinhaltete, stürzte ein Soldat gegen 19 Uhr einen zehn bis fünfzehn Meter tiefen bewaldeten Steilhang ab. Der Soldat war von diesem Sturz so verwirrt, daß er aus Leibeskräften nach Hilfe rief. Die Hilferufe hörten sich so bedrohlich an, daß die anderen Soldaten der Gruppe glaubten, es sei ihm etwas Ernstes zugestoßen.

Sie versuchten den Soldaten zu beruhigen und zu erfahren, was ihm fehlte. Dies gelang ihnen aber nicht, da der abgestürzte Soldat so in Panik geraten war und nur noch Hilfe rief. Man versuchte zu dem unten Liegenden zu klettern, was aber nicht gelang, da der Hang zu steil und von tagelangem Regen völlig aufgeweicht war. Als der abgestürzte Soldat dann plötzlich aufhörte, nach Hilfe zu rufen, befürchteten die anderen das Schlimmste. Sofort wurde das nächste erreichbare Telefon angelaufen und über den Notruf 110 Hilfe erbeten. Polizei kam, Feldjäger wurden verständigt, und der Alarmzug der Kaserne mußte ausrücken. Wie sich nachher zum Glück herausstellte, ist dem verunglückten Soldaten nichts Ernstes passiert. In seiner Panik hatte der Soldat den Unglücksort verlassen und versucht, alleine weiterzukommen, ohne die anderen davon in Kenntnis zu setzen. Das Wichtigste an diesem Vorfall ist aber nun, daß der Kompaniechef den Soldaten, der sich bei der Hilfsaktion am meisten eingesetzt hat, bestrafen wollte!

H.M.

Informieren aus der Sicht der Arbeiter

Gewerkschaftlich organisierte Soldaten ergreifen die Initiative / ÖTV blockt ab

Munster. Eine Reihe von Soldaten, die gewerkschaftlich organisiert sind, hat in Munster die Initiative ergriffen für eine Informationsveranstaltung der Soldaten des Standortes über die augenblickliche wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. Die Soldaten forderten die ÖTV Munster auf, die Durchführung der Veranstaltung zu übernehmen.

Die Soldaten, die die Initiative eingeleitet haben, sind sämtlich vor ihrer Wehrdienstzeit aktiv in verschiedenen Gewerkschaften tätig gewesen. So war einer zum Beispiel Vertrauensmann der IG Druck und Papier, ein anderer war Mitglied der Vertreterversammlung Wolfsburg der IG Metall, ein dritter war Vertrauensmann der IG Chemie, ein vierter war im DGB-Kreisjugendausschuß Wolfsburg/Gifhorn, weitere sind Mitglieder der ÖTV und der NGG.

Sie begründeten ihre Initiative damit, daß es notwendig ist, die Soldaten des Standortes aus der Sicht der Gewerkschaften zu informieren, nachdem sie in den aktuellen Informationsstunden der Truppe immer nur die einseitige Auffassung der Offiziere vorgesetzt bekommen. Die Offiziere vertreten gewöhnlich den Standpunkt der Kapitalisten. Zumeist schöpfen sie ihre Ansichten aus den Springer-Zeitungen "Welt" und "Bild". Dem sollte begegnet werden mit der Informationsveranstaltung aus der Sicht der Arbeiter und der Gewerkschaften als Organe der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten.

Die ÖTV Munster hat vorerst jedoch diese Veranstaltung verhindert. Zunächst zeigte sich der Vorsitzende Behlau zwar einverstanden mit dem Projekt. Er billigte das Flugblatt, das die Soldaten entworfen hatten und das unter den Soldaten als Ankündigung einer Veranstaltung verteilt werden sollte. Er war bereit, die Herstellung des Flugblatts durch die ÖTV Munster zu gewährleisten. Doch hergestellt wurde das Flugblatt nicht. Vielmehr zog der ÖTV-Vorsitzende seine Einwilligung in die Aktion wieder zurück. Er war vom DGB-Kreisvorstand Soltau zurückgepfiffen worden. Das wurde in einem "offenen Brief", den die Soldaten aus Protest und als Beschwerde daraufhin u.a. an die Bundesvorstände des DGB und der ÖTV, an die Kreisvorstände des DGB und der ÖTV Soltau und an verschiedene Zeitungen verschickten, deutlich. In dem Brief wird auch erwogen, daß der MAD, der Militärische Abschirmdienst, seine Finger im Spiel gehabt und auf eine Verhinderung der Veranstaltung bei der ÖTV Munster gewirkt habe.

Die Soldaten erklärten in dem Brief weiter, daß sie an der Notwendigkeit der Veranstaltung nach wie vor festhalten, auch daß diese Veranstaltung von den Gewerkschaften durchgeführt werden muß.

Red.

„Verunglimpfung des deutschen Adlers"

Bruchsal. Die Organe des westdeutschen Staates haben Anstoß genommen an dem Deckblatt des "Querschläger", der Zeitung der "Gruppe Bruchsaler Soldaten". Auf dem Deckblatt ist ein stilisierter Adler abgebildet, wobei der Kopf durch einen



tung zu übernehmen.
Die Soldaten, die die Initiative eingeleitet haben, sind sämtlich vor ihrer Wehrdienstzeit aktiv in verschiedenen Gewerkschaften tätig gewesen. So war einer zum Beispiel Vertrauensmann der IG Druck und Papier, ein anderer war Mitglied der Vertreterversammlung Wolfsburg der IG Metall, ein dritter war Vertrauensmann der IG Chemie, ein vierter war im DGB-Kreisjugendausschuß Wolfsburg/Gifhorn, weitere sind Mitglieder der ÖTV und der NGG.
Sie begründeten ihre Initiative damit, daß es notwendig ist, die Soldaten
"Bild". Dem sollte begegnet werden mit der Informationsveranstaltung aus der Sicht der Arbeiter und der Gewerkschaften als Organe der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten.
Die ÖTV Munster hat vorerst jedoch diese Veranstaltung verhindert. Zunächst zeigte sich der Vorsitzende Behlau zwar einverstanden mit dem Projekt. Er billigte das Flugblatt, das die Soldaten entworfen hatten und das unter den Soldaten als Ankündigung einer Veranstaltung verteilt werden sollte. Er war bereit, die Herstellung des Flugblatts durch die ÖTV
der ÖTV, an die Kreisvorstände des DGB und der ÖTV Soltau und an verschiedene Zeitungen verschickten, deutlich. In dem Brief wird auch erwogen, daß der MAD, der Militärische Abschirmdienst, seine Finger im Spiel gehabt und auf eine Verhinderung der Veranstaltung bei der ÖTV Munster gewirkt habe.
Die Soldaten erklärten in dem Brief weiter, daß sie an der Notwendigkeit der Veranstaltung nach wie vor festhalten, auch daß diese Veranstaltung von den Gewerkschaften durchgeführt werden muß.
Red.
„Verunglimpfung des deutschen Adlers"
Bruchsal. Die Organe des westdeutschen Staates haben Anstoß genommen an dem Deckblatt des "Querschläger", der Zeitung der "Gruppe Bruchsaler Soldaten". Auf dem Deckblatt ist ein stilisierter Adler abgebildet, wobei der Kopf durch einen

Totenkopf, mit einem Stahlhelm versehen, ersetzt ist (siehe Abbildung). Weil es sich bei dem Adler um eine Verunzierung des Bundesadlers, des Wappentieres der Bundesrepublik Deutschland, handele, wurde dem für die Soldatenzeitung Verantwortlichen nach § 90 a des Strafgesetzbuches ein Strafbefehl über 900 DM oder ersatzweise 30 Tage Haft zugestellt.



Aus: "Querschläger", Zeitung der "Gruppe Bruchsaler Soldaten".

Gegen diesen Strafbefehl wurde Widerspruch erhoben. Die Bruchsaler Soldatengruppe schreibt in einer Korrespondenz an die KVZ:

"Wenn sich nun die Bundesrepublik getroffen fühlt durch die Abbildung dieses Wappens mit Totenkopf und Helm, so muß sie große Angst davor haben, daß diese Zeichnung der Wirklichkeit entspricht.

Hat der deutsche Militarismus nicht eine unheilvolle Vergangenheit? Wurden nicht im Zeichen dieses Wappens, damals allerdings mit den SS-Runen verziert, 50 Millionen Menschen umgebracht? Werden nicht heute wieder Maßnahmen geplant, die Bundeswehr einzusetzen gegen das eigene Volk und andere Völker?

Werden nicht ganze Völker, die einen Befreiungskampf gegen ihre Unterdrücker führen, mit westdeutschen Waffen niedergehalten? Doch, das wird gemacht!

Wenn nun Menschen diese Tatsachen nicht nur schreiben, sondern auch optisch, in Form einer Karikatur, zum Ausdruck bringen, ist dies keine Verunglimpfung, sondern eine Aussage, die die Menschen verstehen können. Und genau davor, daß die Menschen begreifen, wem die Bundeswehr dient, welchen Auftrag die Bundeswehr verfolgt, davor haben die Bundeswehrführung und dieser Staat auch Angst."

Dieser Strafbefehl stellt den vorläufigen Höhepunkt der Unterdrückungsmaßnahmen der Staatsorgane und der Bundeswehrführung gegen die Bruchsaler Soldatengruppe dar. Dazu heißt es in der Korrespondenz:

"Dieser Gruppe ist es in relativ kurzer Zeit gelungen, bei den Soldaten eine große Verankerung zu gewinnen. Dies hat auch die Bundeswehrführung festgestellt und hat auch vom ersten Tag an versucht, die Aktivitäten der Soldaten zu unterbinden. So wurde generell beim Verteilen vor der Kaserne die Polizei geholt, die dann die Personalien der Verteiler feststellte. Den Verteilern wurde dann meistens eine Vorladung ins Haus geschickt von der Kriminalpolizei, mit der sie vorgeladen worden sind, um zu unterschiedlichen Verstößen gegen das Strafgesetzbuch Aussage zu machen. Diese Versuche waren aber nur Einschüchterung, und die Bundeswehrführung hat bald gemerkt, daß sie damit die fortschrittlichen Soldaten nicht zum Schweigen bringen kann."

"Mit dieser Strafanzeige wird versucht, die Soldatengruppe zum Schweigen zu bringen. Durch die relativ hohe Geldstrafe soll die Soldatengruppe finanziell ruiniert werden. Aber die Wahrheit läßt sich auch durch die bürgerlichen Gerichte nicht unterdrücken."

K.L., Bruchsal (Auszug)

Die Werber werden wählerisch

Osnabrück. In der lokalen Presse erschien Anfang Dezember ein Artikel über die freiwilligen Verpflichtungen bei der Bundeswehr. Er trug die Überschrift: "Zeitfreiwillige erlauben System handfester Auslese – Buwe 74 einmal ohne Personalsorgen." In ihm kann der Leiter des Kreiswehrersatzamtes Osnabrück seine Freude darüber, daß immer mehr Jugendliche wegen der Krise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit den Werbern der Bundeswehr auf den Leim gehen, kaum verbergen. Und das, obwohl sich "an der grundsätzlichen Einstellung zur Bundeswehr wenig geändert" habe. Es ist einfach so, daß viele aus ihrer Lage keinen anderen Ausweg mehr sehen. Die Bundeswehr steht jetzt sogar als der wählerische Käufer der Ware Mensch da, sie achtet auf Qualität: Jugendliche mit Berufsausbildung, Abiturienten werden bevorzugt – . . . und, "Von einer Dienstzeit von 21 Monaten spricht bei uns schon keiner mehr". Mit satter Zufriedenheit wird festgestellt, daß die Jahrgänge ab 1954 bei "besserer Gesundheit" seien und "eine höhere körperliche Belastbarkeit" besitzen. Heute wird schließlich erstklassiges Kanonenfutter verlangt, das dem verschärften Drill standhält.

Der Artikel macht deutlich, wie wichtig die politische Arbeit gerade in der Krise der kapitalistischen Produktion unter den Wehrpflichtigen ist. Den Werbern der Bundeswehr, sowie von Polizei und Grenzschutz, müssen wir z. B. in den Schulen mehr als bisher entgegentreten. Den materiellen Lockungen stellen wir die Agitation über die Funktion der Buwe, die konkrete Lage, die Rechtlosigkeit und die Schikane in der Kaserne entgegen, wobei uns die Erfahrungen und Kenntnisse der Soldaten- und Reservistenkomitees sicherlich eine Hilfe sein werden. Aber auch unsere Arbeit unter den Soldaten muß sich auf diese neue Situation einstellen. Viele Kompanien werden schon mit dem Eintreffen des ersten großen Schwungs Zeitfreiwilliger am 1. Oktober gemerkt haben, daß die Offiziersclique das als Instrument zur Spaltung und Unterdrückung zu benutzen versucht. Wir müssen also sehen, wie wir in den konkreten Auseinandersetzungen durch geeignete Forderungen auch die Zeitfreiwilligen unter den Mannschaften einbeziehen können, und somit die Solidarität stärken.

M.M., OG Osanbrück

Freiwillige gegen den "roten Dreck"

Stade. Am Montag, den 16. Dezember 1974, hatten wir zum Abschluß der Grundausbildung in der Ausbildungskompanie 11/3 Stade unseren Zugabend. Dabei wurde über alle möglichen Dinge geredet. Irgendwie sind wir dabei auf die Fahrpreiserhöhungen gekommen, die jetzt überall anstehen.

Oberfeldwebel K. erzählte von den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhung der Arbeiter, Schüler und Studenten in Hannover, die vor einigen Jahren stattfanden. Er meinte, so etwas dürfte nicht mehr passieren. Wenn das jetzt wieder vorkommt, müßte mal eine Kompanie Freiwilliger ausrücken und mit aller Gewalt (auch mit Einsatz der Waffen) gegen den "roten Dreck" vorgehen. Denn die Polizei und der Bundesgrenzschutz sind ja doch machtlos, das habe man ja in Frankfurt gesehen.

Mo., Munster 1/92

Lageskizze

Die Feindkarte des Major Müller in Braunschweig

Braunschweig. Am 12. Dezember 1974 suchten wir den Stab der Panzer-Brigade II in Braunschweig auf, um für eine Veranstaltung des Soldaten- und Reservisten-Komitees Braunschweig (SRK/BS) über das Herbstmanöver einen Offizier als Vertreter der Bundeswehr einzuladen.

Nach einer kurzen Befragung durch den S 1, Hauptmann Görge, wurden wir zum S 2, Major Müller, geschickt. Dieser unterhielt sich sehr jovial mit uns über Sinn und Zweck der ganzen Sache, und wir konnten feststellen, daß er außerordentlich gut über die Geschichte des SRK/BS und den KBW im Allgemeinen informiert war: Neben dem Schreibtisch von Major Müller hing eine Stadtkarte, auf der in verschiedenen Farben der KBW, die Gruppe Rote Fahne und die Gruppe Roter Morgen eingetragen waren. In diesen verschiedenen Farben waren überall in der Stadt Punkte eingezeichnet, anscheinend von Major Müller und seinen Spitzeln "erspähte" Treffpunkte und Aufenthaltsorte von Genossen. Müller ist der Auffassung, wir würden "eine sehr gefährliche Tätigkeit ausüben".

A.S., E.M.,
Soldaten- und Reservisten-Komitee Braunschweig

USA: Brutalste Ausbeutung und Unterdrückung der Landarbeiter

Die Landarbeiter kämpfen langandauernd für Gleichstellung mit den anderen Teilen der Arbeiterklasse / Breite Solidarität

Zur Zeit finden in mehreren Städten der Bundesrepublik Unterstützungsarbeit für die amerikanischen Landarbeiter statt. Im Mittelpunkt stehen dabei Aufrufe an die westdeutsche Bevölkerung, den Kauf von amerikanischen Weintrauben und amerikanischem Salat zu verweigern. Es ist richtig, die amerikaniscnen Landarbeiter zu unterstützen.

Die Lage der amerikanischen Landarbeiter

Riesige Agrar-Konzerne betreiben heute in den USA den Wein- und Gemüseanbau. Einzelne Firmen beschäftigen dabei während der Erntezeit mehr als 2 000 Landarbeiter. Die meisten der Landarbeiter sind Mexikaner oder Amerikaner mexikanischen Ursprungs (Chicanos). Allein in Kalifornien sind es 2,5 Millionen, während zusätzlich Tausende täglich die mexikanische Grenze überqueren, um in den USA nach Arbeit zu suchen. Die Lage dieser Menschen ist elend, und die. Folgen der Ausbeutung erinnern an die Zustände, wie sie im 19. Jahrhundert in Europa herrschten.

Eine Landarbeiterfamilie verdient weniger als die Hälfte der Summe, die gesetzlich als Armutsgrenze angegeben ist. Damit die Familie überleben kann, müssen die Kinder ihre Arbeitskraft verkaufen. Allein 800 000 Landarbeiter sind in den USA noch keine 16 Jahre alt. Die Zeitschrift "Fresne Bei" berichtete von einem achtjährigen Mädchen, das siebzig Stunden pro Woche auf einer Weinfarm arbeitete – unter Arbeitsbedingungen, die selbst für Erwachsene mühevoll und gefährlich sind. Die Kinder der Landarbeiter besuchen im Durchschnitt die Schule zwei Jahre weniger als die Schwarzen und vier Jahre weniger als die Weißen.

Wird allen Amerikanern gesetzlich ein Mindestlohn garantiert, so gelten diese Gesetze für Landarbeiter nicht. Für

Brutalste Unterdrückung...

Landarbeiter gab es bis 1970 keinen Arbeitsvertrag. Sie konnten zu jeder Zeit und aus jedem Grund entlassen werden. Bis 1970 gab es keine Arbeitslosenversicherung, keine gesetzliche Krankenversicherung, kein Krankengeld, kein Urlaub, keine bezahlten Feiertage, kein Überstundenentgelt sowie kein Recht zu gewerkschaftlichen Verhandlungen. Es fehlte an jeglichen elementaren Sozial- und Arbeiterschutzeinrichtungen.

Nachdem die Agrar-Konzerne dazu übergingen, giftige Pflanzenschutzmittel zu verwenden, kam es zu zahlreichen ernsthaften Erkrankungen, die teilweise tödlich endeten. Die Zeitschrift "The Sunday Times" berichtete: Von 800 interviewten Arbeitern wiesen praktisch alle Zeichen von Vergiftungen auf, wobei 163 über folgende Beschwerden klagten: Erbrechen, schwere Müdigkeit, anormale Schweißabsonderung, Atemschwierigkeiten, Verlust von Fingernägeln, Haarausfall, Nasenbluten und Anschwellen von Händen und Füßen.

Die Organisierung der Landarbeiter

Die Mehrheit der Farmarbeiter sind Saisonarbeiter.

1961 versuchten acht Landarbeiter erneut die Kollegen zu vereinigen. Sie begannen bei den Traubenarbeitern, die größtenteils das ganze Jahr hindurch auf den Feldern tätig sind.

Nach einem Jahr harter Arbeit gründeten 1962 250 Landarbeiter die "Nationale Landarbeitervereinigung". Bis 1965 wuchs diese Vereinigung bis auf 1 700 Mitglieder an.

Neben dieser Bewegung richtete der Dachverband der amerikanischen Gewerkschaften (AFL-CIO) 1959 Landarbeiter-Komitees ein und gewann im Laufe der Jahre einige Tausend Mitglieder. Der Zusammenschluß beider Organisationen in der UFW (Vereinigte Landarbeiter-Gewerkschaft) geschah 1965, mit dem Beginn eines Streiks, der fünf Jahre andauern sollte.

schah 1965, mit dem Beginn eines Streiks, der fünf Jahre andauern sollte.

Der Kampf der Landarbeiter: Streik und Kaufboykott

Der Streik begann, als die Wein-Kapitalisten sich weigerten, auf die Forderungen der Landarbeiter einzugehen. Die UFW stellte Streikposten um die Felder mit dem Ziel, die noch arbeitenden Kollegen davon zu überzeugen, dem Streik beizutreten. Auf diese Weise brachte sie es fertig, 50 % der im Weinbau beschäftigten Landarbeiter im Streik zusammenzufassen. Da die Kapitalisten den Erfolg dieser Aktion durch ständig neu angeworbene Mexikaner zu brechen versuchten, begann die UFW 1966 zusätzlich mit einem nationalen Kaufboykottaufruf gegen die entsprechenden Produkte der Konzerne. Die UFW sandte Arbeiterdelegationen in alle größeren Städte, setzte sich mit den Betrieben und Universitäten in Verbindung und marschierte jahrelang vor den Supermärkten auf mit den Parolen: "Unterstützt den Kampf der Landarbeiter", "Verweigert den Kauf von Wein".

Millionen Amerikaner solidarisierten sich mit diesem Aufruf und zwangen die Supermärkte, die entsprechenden Produkte von ihren Regalen zu entfernen. Das Ergebnis war, daß der


gegen die streikenden Landarbeiter

Verkauf allein an Trauben um 12 % zurückging und die Agrar-Kapitalisten mehr als 12 Millionen Dollar verloren. Dieser Verlust brachte die Kapitalisten schließlich dazu, auf die Forderungen der UFW einzugehen.

Zum erstenmal gab es jetzt für die Weinbau-Arbeiter wesentliche Verbesserungen: erhöhte Löhne, Verbot der Kinderarbeit, Kündigungsschutz, Zusicherung von Gesundheits- und Altersversorgung, Begrenzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden, bezahlter Urlaub und Kontrolle über die Pflanzenschutzmittel. Der erfolgreiche Kampf führte gleichzeitig zu einem Anstieg der Mitgliederzahl von 2 000 bis 3 000 (1965) auf 60 000 (1970). Um den Kampfgeist der Landarbeiter zu brechen, wurden von 1965 bis 1969 mehr als 6 000 UFW-Mitglieder verhaftet, weil sie angeblich gegen bestimmte Gesetze verstoßen hätten. So

mehr als 6 000 UFW-Mitglieder verhaftet, weil sie angeblich gegen bestimmte Gesetze verstoßen hätten. So

wurde u.a. der Gebrauch von Sprechtüten und die Größe der Fahnen für gesetzeswidrig erklärt.

Allein 1973 sperrte die Regierung 3 000 Arbeiter ein, warf sie in überfüllte Gefängnisse und zwang sie, auf feuchtem Boden zu schlafen.

Der Erfolg dauerte nicht lange: Spaltung durch gelbe Gewerkschaft

1972 weigerten sich die Konzerne, die Verbesserung der Lebensbedingungen auch für die im Salatanbau tätigen Landarbeiter anzuerkennen. 1973 liefen die Verträge der Weinbau-Arbeiter aus, und anstatt auf die Forderungen der UFW gingen die Konzerne auf die Forderungen der Teamster-Gewerkschaft ein, eine gelbe Transportarbeitergewerkschaft, die direkt unter dem Einfluß der Konzerne steht und in allen wesentlichen Punkten die Forderungen der UFW unterbot.

Die Teamster-Gewerkschaft versuchte schon von 1965 bis 1970, jedoch stets vergebens, die Landarbeiter zu spalten. Als Schlägertrupps der Teamster und Kapitalisten im August 1973 zwei Landarbeiter brutal zu Tode prügelten, sprach die Regierung von einem peinlichen Zwischenfall, ließ jedoch die Mörder auf freiem Fuße.

Die UFW organisierte erneut den Kampf. 1973 legten 7 000 Landarbeiter ihre Arbeit nieder, stellten bei den Feldern Streikposten auf und errichteten in sämtlichen Städten Boykott-Komitees. Die UFW reiste in verschiedene europäische Länder und forderte die europäischen Gewerkschaften zur Solidarität auf. In Großbritannien und Skandinavien gelang es ihr, die Hafenarbeiter zur Nichtannahme der entsprechenden Trauben und Salate zu bewegen.

Neuerdings werden die Trauben und der Kopfsalat auf dem westdeutschen Markt abgesetzt. Der Vorsitzende der UFW, Cesar Chavez, kam Anfang Oktober 1974 in die Bundesrepublik und forderte vom DGB Solidaritätsaktionen der westdeutschen Gewerkschaften. Das Zentralorgan der Industriegewerkschaft Druck und Papier hat in seiner Ausgabe vom November 1974 den Appell aufgegriffen und vorgeschlagen, den Kauf der Trauben (Marke Red Empora) und des kalifornischen Salats (Markenbezeichnung Eisberg) auch bei uns zu boykottieren. Der wirksamste Schritt ist, wenn an den westdeutschen Grenzen und in den westdeutschen Häfen bereits die Einfuhr dieser Produkte verhindert wird von den Hafen- und Verladearbeitern, ähnlich wie Großbritannien und Skandinavien.

Für Geldspenden hat die UFW ein Konto eingerichtet:
Postscheckkonto der UFW
Hamburg Nr. 347019-204 (Rabe)
Stichwort: UFW –A.M.–

Hamburg Nr. 347019-204 (Rabe)
Stichwort: UFW –A.M.–

Norwegen Breite Streikbewegung

Seit mehreren Wochen wird in einigen Branchen der Metall- und Elektroindustrie gestreikt. Es sind "wilde" Streiks, gegen den Willen der regierenden "Arbeiterpartei", des Unternehmerverbandes (NAF) und der offiziellen Gewerkschaften (LO). Bei den Telefon- und Aufzugsmonteuren stehen die Streiks unter revolutionärer Führung. Bisher konnten alle Vermittlungsversuche und alle Drohungen von Seiten der Unternehmer und der Regierung erfolgreich bekämpft werden.

Erfolg im Kampf gegen die hohen Strompreise in Italien

Die Regierung Moro hat an Weihnachten mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung unterzeichnet, die eine Herabsetzung der Strompreise ab 1. Februar um 20 % vorsieht. Dieselbe Regierung hatte in ihrem Spar-Programm verkündet und "bewiesen", daß die Erhöhung der Strompreise um 30 % (sie wurden 1974 schon um 25 % erhöht!) absolut erforderlich wäre für die Gesundung der Wirtschaft ("Le Monde" vom 28. Dezember). Moro und das Parlament, das den Sparmaßnahmen zugestimmt hatte, mußten einer Kampagne "zivilen Ungehorsams" nachgeben, die schon einige Monate in Mailand und Turin läuft: So hatten in Turin fast 70 000 Stromverbraucher in eigener Regie ihre überhöhten Stromrechnungen gekürzt. Ähnlich war es mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gemacht worden. Die C.G.I.L. – die von der KPI dominierte Gewerkschaft – verwarf die Aktionen als "unzweckmäßig und gefährlich". Kein Wunder, daß auch die französische Zeitung "Le Monde" befürchtet, daß "die konzertierte Verweigerung, die Steuern zu zahlen, der Alptraum aller Finanzminister, die logische Folge dieser Entwicklung darstellt".

logische Folge dieser Entwicklung darstellt".

Libanon: Israelische Terrorüberfälle



Israelische Kommandoeinheiten – teils bis zu 100 Mann stark – überfielen zum Jahreswechsel erneut Dörfer im Südlibanon. Insgesamt wurden drei Dörfer angegriffen, sieben Häuser gesprengt. Vier Libanesen wurden getötet, sechs weitere nach Israel in Gefängnisse verschleppt.

Der zionistische Unterdrückerstaat dokumentiert mit diesen Aktionen sehr anschaulich, was er unter Wahrnehmung des sogenannten Existenzrechtes Israels versteht. Mit denselben Methoden haben die bewaffneten Verbände jüdischer Siedler in Palästina seit Jahrzehnten die Palästinenser aus ihren Dörfern und von ihrem Land vertrieben. Daß dieses Ziel heute nicht mehr mit solchen Methoden erreicht werden kann, geht aus den Reaktionen der Bevölkerung der betreffenden Dörfer hervor. Mit Demonstrationen und Straßensperren protestierten sie gegen die israelischen Angriffe und versicherten, daß sie sich nicht vertreiben lassen werden.

CIA - Stütze der US-Herrschaft

US–Regierung braucht die CIA für die Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder

Washington. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Gerald Ford, hat am vergangenen Sonntag eine "unabhängige Kommission" eingesetzt zur Aufklärung der Vorwürfe gegen den CIA, den amerikanischen Geheimdienst. Verschiedene amerikanische Zeitungen hatten vorher an die Öffentlichkeit gebracht, daß der CIA Nachforschungen angestellt hat über rund 10 000 amerikanische Bürger, darunter eine ganze Reihe von Kongreß-Abgeordneten. Wie es heißt, wurden die Dossiers angelegt im Zusammenhang mit der Bewegung gegen den Vietnamkrieg in den USA. Bereits im November hatte es eine öffentliche Diskussion in den USA um den CIA gegeben, als der derzeitige Direktor dieser Geheimorganisation, Colby, in einem Bericht an einen Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses zugeben mußte, daß der Putsch in Chile unter maßgeblicher Beteiligung seiner Organisation zustandegekommen sei. Bekannt wurde, daß rund 11 Millionen Dollar an die chilenischen Militärs zum Sturz der Allende-Regierung ausgegeben wurden.

Der CIA ist das wichtigste Instrument, dessen sich die US-Regierung in der Vergangenheit bedient hat, um sich in die inneren Verhältnisse anderer Länder einzumischen. Die bekanntesten Beispiele sind die Dominikanische Republik, Costa Rica, Chile, Südkorea, Vietnam, Kambodscha, Griechenland. In all diesen Ländern sind unter direkter Veranlassung des CIA Regierungen gesturzt worden. Im Fall der Dominikanischen Republik und besonders Indochinas haben die USA das Vorgehen des CIA durch ein direktes militärisches Eingreifen abgesichert. Selbst ist der CIA auch militärisch tätig geworden. In Indochina unterhält er zum Beispiel eine eigene Luftwaffe, mit der die Marionettenregimes im Kampf gegen die Befreiungsarmeen unterstützt werden. Das gescheiterte Programm "Phönix", das in Südvietnam zum Ziel hatte, die gesamte Bevölkerung in Konzentrationslager zu bringen, ist vom CIA entwickelt und eingeleitet worden.

Neben der riesigen Kommandozentrale bei Washington befindet sich in jeder amerikanischen Botschaft eine Abteilung des CIA. Teile des Botschaftspersonals sind als Geheimagenten vom CIA ausgebildet. In Teheran, der Hauptstadt des Iran, befindet sich seit kurzem die CIA-Zentrale für den mittleren Osten und den Indischen Ozean. Der Botschafter der USA in Teheran heißt Helms. Er war vorher der Direktor des CIA. Dieses Beispiel zeigt gut den engen Zusammenhang zwischen den amerikanischen Diplomaten und dem Geheimdienst. Helms wurde in Teheran Botschafter, weil er den Aufbau der CIA-Zentrale in diesem wichtigen Ölland überwachen soll. Ein weiteres Beispiel ist die Tatsache, daß der amerikanische Außenminister Kissinger das politische Kommando über den CIA führt: Der Einsatz, sämtliche Putschpläne werden im "Nationalen Sicherheitsrat" genau festgelegt. Vorsitzender dieser Planungsgruppe für Krieg und Konterrevolution ist der US-Außenminister Kissinger.

Die derzeitige Kritik an dem CIA richtet sich aber nicht dagegen, daß diese Organisation ein Feind der Völker der Welt ist, daß diese Organisation ihre blutigen Spuren in der ganzen Welt hinterläßt, überall da, wo die Interessen der US-Imperialisten in Gefahr geraten zu scheinen durch den Kampf der Völker für staatliche Souveränität und nationale Unabhängigkeit. Die Kritiker sind vielmehr erzürnt darüber, daß der CIA ein Gesetz von 1947 nicht beachtet hat. Nach diesem Gesetz ist ihm die Bespitzelung in den USA selber nicht erlaubt. Die ist nämlich dem FBI, der amerikanischen Bundespolizei, vorbehalten. Daß der CIA nun dem FBI sein innenpolitisches Reservat streitig gemacht hat, das ist der Grund der Kritik, nicht, daß beide Organisationen volksfeindlich sind und besser heute als morgen abgeschafft werden müßten.

Der zentrale Polizeiapparat und das weltweite Agentennetz des CIA sind sehr wichtige innen- und außenpolitischen Stützen für die Supermacht USA. Zugleich dienen sie der jeweiligen Clique, die den Staatsapparat beherrscht, um sich an der Macht zu halten. Rockefeller, der neue Vizepräsident, unter dessen Leitung der sogenannte unabhängige Ausschuß arbeiten wird, wird die sich bietende Gelegenheit nutzen, um den Geheimdienstapparat vollständig in seine Gewalt zu bringen. g.j.

Kairo: Arbeiterdemonstrationen

Am 1. Januar fanden in Kairo Arbeiterdemonstrationen statt. 500 Arbeiter von Helwan (Industrievorort von Kairo) versammelten sich in kleinen Gruppen im Zentrum von Kairo zu einer Demonstration gegen die schlechten Lebensbedingungen: die hohen Preise, die niedrigen Löhne und die Verknappung der wichtigsten Lebensmittel.

Sie forderten höhere Löhne, Preisstopp, die Absetzung des Premierministers Hegazi, der die "Reprivatisierung" der Wirtschaft eingeleitet hat, sowie die Absetzung der Funktionäre der Einheitsgewerkschaft, die nicht ihre Interessen vertreten. Einige Schüler und Studenten schlossen sich der Demonstration an. Mit Schlagstöcken und Tränengas gingen die Polizisten gegen die Demonstranten vor. Zwei Demonstranten wurden dabei schwer verletzt und achtundvierzig verhaftet. Die kleinen Beamten, die sich auf ihrem Heimweg befanden, beteiligten sich zwar nicht an den Straßenschlachten, doch durch Zwischenrufe "Verzagt nicht, nur weiter!" bekundeten sie ihre Solidarität mit den Demonstranten.

Auch in Shoubra (ebenfalls Industrievorort von Kairo) legten die Arbeiter die Arbeit nieder, wurden jedoch durch den Polizeiaufmarsch daran gehindert, sich auch an den Demonstrationen zu beteiligen.

Am nächsten Morgen versammelten sich auch die Studenten der Universität Kairo vor der Universität mit Transparenten, jedoch wurde die Universität von der Polizei umzingelt, um die Studenten daran zu hindern, auf die Straße zu gehen und ihre Solidarität mit den Arbeitern von Helwan zu bekunden. Die Studenten forderten in Wandzeitungen und Erklärungen die Freilassung der inhaftierten Arbeiter.

Die Demonstrationen richten sich gegen die sich verschlechternden Lebensbedingungen in Ägypten. Seit dem Oktoberkrieg 1973 sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Konsummittel um 50 % gestiegen. Die wichtigsten Lebensmittel, so Bohnen, Tee und Zucker, sind knapp, öfters nur auf dem Schwarzmarkt für den dreifachen Preis zu erhalten. R.

Chile

US-Berater des chilenischen Militärs erschossen

Zwischen dem 28. und 30.11.74 suchten 12 Juntasoldaten nach einer Gruppe von 8 Widerstandskämpfern in der Gegend von Orsomo (etwa 200 km südlich von Santiago). Einer der 8 wurde verhaftet. Die Soldaten verhörten ihn mit der Folter.
Die anderen 7 entdeckten die Folterer. Ihr Genosse wurde mit heißen Kohlen an den Beinen verbrannt und sein Kopf solange unter Wasser getaucht, bis er halb ertrunken war. Unter den Soldaten war ein Amerikaner mit einer anderen Uniform ohne Abzeichen, der die Kommandos gab.
Die Widerstandskämpfer griffen an und töteten alle Soldaten. Bei dem Amerikaner wurde nur ein Ausweis gefunden, auf dem u. a. "Service of Military Intelligence" und als Name Charles Starley stand. Mark Schneider vom Büro des Senators Edward Kennedy suchte in den Akten des Verteidigungsministeriums nach diesem Namen. Er fand nichts. Für solche geheimen Operationen werden offenbar falsche Namen verwendet oder diese Akten sind nur sehr schwer zugänglich. Schneider will jetzt weiter suchen in den Akten der Special Forces in der Panama Kanalzone.
(Washington, 10.12. über Informationsdienst)

Hunger in den Armenvierteln

Ein katholischer Geistlicher, Michael Donabin, – zur Zeit im Exil in Mexiko – lebte von Juni 1970 bis Oktober 1974 im Viertel "Violetta Parra" in Santiago. Er sagte zur Lage in Chile, daß die chilenische Rechte notfalls bereit sei, Millionen Menschen verhungern zu lassen, um dadurch die Wirtschaft wieder zu stabilisieren und die Macht der Diktatur zu stärken. In dem Viertel herrschte der größte Hunger, für jeden gibt es am Tag nur ein Stück Brot und eine Tasse Tee, die Kinder kennen keine Milch, Eier und Fleisch mehr. Zu Weihnachten kostete ein Brot 550 Escudos, nachdem es erst Anfang September von 380 auf 450 Escudos teurer geworden war. Mit dem, was ein Arbeiter durchschnittlich verdient, kann keine vierköpfige Familie ernährt werden.
Der französische Geistliche war beeindruckt, wie viele Flugblätter und Zeitungen von den Arbeiterparteien der verschiedenen Richtungen erschienen sind. Donabin nimmt an, daß rechtsextremistische Gruppen nachts in den Straßen Erschießungen vornehmen. Das wird "Erziehungsreinigung" genannt. Er sagt, es gebe im chilenischen Volk den festen Willen zu kämpfen.
(nach Prensa Latina vom 2.12. über Informationsdienst und SZ vom 31.12.)

Schacher mit politischen Gefangenen

Die politischen Gefangenen der chilenischen Militärjunta werden immer mehr als Mittel benutzt, mit dem sich die Junta materielle oder politische Zugeständnisse anderer Staaten aushandeln will. So im November gegenüber der Bundesregierung, wo sie die Freilassung 14 politischer Gefangener versprach, um einen eingefrorenen 21 Millionenkredit loszueisen.
Jetzt auch gegenüber Mexiko. Mexiko hatte Ende November 1974 die diplomatischen Beziehungen zur Junta abgebrochen mit der Begründung, diese mißachte andauernd die Menschenrechte. Dieser Schritt der mexikanischen Regierung drohte die Anstrengung der Militärjunta, die internationale Ächtung zu überwinden, zunichte zu machen.
Die Reaktion der Generäle: sie boten der mexikanischen Regierung an, 200 politischen Gefangenen die Ausreiseerlaubnis nach Mexiko zu erteilen, wenn dafür die Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder aufgenommen würden. Ihr Angebot, so meinten die Junta-Generäle, zeuge davon, daß die Behauptungen der mexikanischen Regierung aus der Luft gegriffen seien.
Dieser Handel ist genauso durchsichtig wie widerlich. Durchsichtig, weil alle Welt weiß, daß er nichts an der brutalen Unterdrückung der chilenischen Werktätigen ändert. Widerlich, weil die politischen Gefangenen wie Sklaven an die Meistbietenden verkauft werden.

Die ZANU steht fest an der Seite des Volkes von Zimbabwe

Bericht über die Verhandlungen in Lusaka vom 3.–10.12.74 / Keine Verhandlungen mit Smith–Regime

In der bürgerlichen Presse wurde und wird immer wieder so berichtet, als gäbe es Verhandlungen zwischen dem Regime Ian Smith und den Befreiungsorganisationen Zimbabwes. Tatsächlich traf zu keinem Zeitpunkt während des Treffens ein Zimbabwer mit einem Vertreter des Smith-Regimes zusammen. Die ZANU hat auch keinerlei direkte Zusage gegenüber dem Smith-Regime gemacht.
Eingeladen hatten zu dem Treffen die Präsidenten von Sambia, Tansania und Botswana, weil sie meinten, im südlichen Afrika sei eine neue Situation entstanden, aus der der größte Vorteil nur zu ziehen sei, wenn das Volk von Zimbabwe mit einer Stimme spricht.
Der größte Teil des Treffens galt daher der Frage des Zusammenschlusses. Unter den eingeladenen Organisationen befanden sich auch die Führer des ANC, der ZAPU und der FROLIZI; die ZANU hatte darauf keinerlei Einfluß.
Wie die Konferenz tatsächlich verlaufen ist, wurde der Redaktion der KVZ jetzt von einem Vertreter der ZANU übermittelt. Der folgende Artikel basiert auf diesem Bericht.

Die ZANU ging davon aus, daß der bewaffnete Kampf in Zimbabwe der Hauptfaktor dafür gewesen ist, daß jetzt Smith bereit ist, mit den Befreiungsorganisationen zu sprechen. Was die Vereinigung angeht, so dürfe sie auf keinen Fall den bewaffneten Kampf beirren, schwächen oder gar zerstören. "Die Notwendigkeit zur Einheit ergibt sich hauptsächlich aus der neuen Situation, die aber nicht viel mehr ist als das Zugeständnis des Regimes von Ian Smith, mit uns zu reden.
Wir haben den bewaffneten Kampf nicht aufgenommen, um Ian Smith an den Konferenztisch zu bekommen. Er wurde aufgenommen, um die Mehrheitsregierung nach dem Prinzip 'ein Mann eine Stimme' durchzusetzen. Dafür waren die jungen Männer und Frauen Zimbabwes bereit, ihr Leben zu lassen." (Erklärung der ZANU)
Weil der ANC keine Befreiungskämpfer hat, die Stärke der Befreiungskämpfer der ZAPU sehr gering ist und FROLIZI so gut wie nichts hat, existierte unter diesen Organisationen die Tendenz, die Bedeutung des bewaffneten Kampfes herunterzuspielen und die Einheit überzubetonen.
Um den bewaffneten Kampf nicht zu beeinträchtigen, schlug die ZANU vor, ein gemeinsames Koordinationskomitee unter einem gewählten Vorsitzenden zu bilden. Die drei Präsidenten, Kaunda, Nyerere und Khama lehnten diesen Vorschlag aber als unzureichend ab, worauf der ANC seine Organisation als Vehikel für die Einheit anbot.
Sofort konzentrierten sich die drei Präsidenten darauf, durchzusetzen, daß die ZANU und die ZAPU in den ANC sich integrieren. Dabei ergab sich für die ZANU das Problem, daß der ANC eine Politik verfolgte, die gegen den bewaffneten Kampf gerichtet war und er so überhaupt keinen Apparat für den bewaffneten Kampf und den sich daraus ergebenden Aufgaben, wie Versorgung der Verletzten usw. hat.
Nach erheblichem Druck und vielen Debatten, kamen die ZANU und die anderen überein, eine "Einheitsfront im ANC" zu bilden.
Die ZANU verstand das als Einheitsfront, in der ein bestimmter Grad an Identität von jeder Partei bewahrt bleibt – besonders da sie den bewaffneten Kampf fortsetzen – sie stimmte deshalb dieser Formulierung zu.

Die drei Präsidenten gingen dann daran, Regelungen zu treffen, damit Joshua Nkomo (Präsident der ZAPU) der Vereinigten Front vorstand, Sithole (Präsident der ZANU) sollte Generalsekretär werden und Muzorewa (Präsident des ANC) Vizepräsident. Das geschah ohne Konsultation mit der Führung von Zimbabwe, die im State House versammelt war.
Joshua Nkomo legte dann diese Regelung so aus, daß damit die ZANU und die ZAPU aufgelöst seien und daß er nun der Vorsitzende einer neuen Organisation sei. Das war das Gegenteil von dem, welchem die ZANU zugestimmt hatte.
An diesem Punkt brachen darauf die Gespräche über die Einheit zusammen. Der ANC stellte sich stillschweigend auf die Nkomo-Interpretation, die ZAPU und die FROLIZI begrüßten sie. Die Folge waren Beschimpfungen durch die drei Präsidenten. Sie waren besonders gegen die Kompromißlosigkeit der ZANU gerichtet. Die ZANU wurde als Feind der Afrikanischen Einheit hingestellt. Um diesen Eindruck zu bekämpfen, ergriff die ZANU deshalb die Initiative für eine Vollversammlung aller Vertreter Zimbabwes unter Ausschluß aller Nicht-Zimbabwer. Während dieses Treffens dann konnte die Übereinkunft erreicht werden (vgl. letzte KVZ).
Der Kern ist, daß weder Nkomo noch Sithole Führer sind, auch nicht des Übergangsexekutivkomitees. Dem Volk von Zimbabwe wird das Recht gesichert, seine Führer bei einem wirklich vereinigten Kongreß zu wählen. Bis dahin werden die ZANU, ZAPU und FROLIZI weiterexistieren, während sie Schritte einleiten, um ihre Organe und Strukturen in die des ANC einzubringen. Die neue erweiterte Exekutive des ANC wird entscheiden, was das für Organe und Strukturen sein werden. Der bewaffnete Kampf wird als unvermeidlich bis zur vollständigen Befreiung anerkannt.
Bis Schritte eingeleitet werden, die die Organe und Strukturen in den ANC integrieren, werden die Organe und Strukturen der ZANU festzusammengeschlossen und sich weiter ausdehnen und entwickeln.
Die ZANU ist weiter der Auffassung, daß man die Entwicklung der Lage auf dem Hintergrund sehen muß, daß die westlichen imperialistischen Staaten verstärkt Anstrengungen unternehmen, die Situation im südlichen Afrika zu entschärfen. Ziel der imperialistischen Politik ist es, das Machtverhältnis so zu beeinflussen, daß die Afrikaner den bewaffneten Kampf aufgeben. Im Verein mit dem Smith-Regime und mit dem Siedlerregime in Südafrika versuchen sie derzeit, auf die politischen Vertreter des Volkes von Zimbabwe einen solchen Einfluß zu nehmen, damit diese bereit sind, ihre Aufmerksamkeit und die des Volkes auf eine Verfassung zu lenken und nicht auf den Kampf für Regierung der Mehrheit nach dem Prinzip 'ein Mann eine Stimme'. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in der von den Imperialisten beherrschten Presse eine große Hetze gegen die ZANU veranstaltet. Die ZANU störe die friedlichen Bemühungen, die auf die Suche nach einem Ausgleich gerichtet seien. Zugleich werden Gerüchte verbreitet, wonach auch die ZANU einem Waffenstillstand zugestimmt habe. Flugzeuge werfen über dem Gebiet, in dem nur die ZANU operiert, Flugblätter ab, in denen verbreitet wird, die militärischen Führer der ZANU hätten rhodesische Militärs getroffen im Nordosten des Landes. Auch wird verbreitet, die ZANU habe einen Feuereinstellungsbefehl gegeben an die Befreiungskämpfer.
All das entspricht nicht den Tatsachen. Es zeigt vielmehr die Versuche, Angeln, Schlingen, Fallstricke auszulegen, um mit Lügen, Betrug und Täuschung, den bewaffneten Kampf zu Fall zu bringen.
Die ZANU hat zu diesen Manövern festgestellt:
"Die Wahrheit ist, daß die ZANU keinen Waffenstillstand erklärt hat. Keine Boten der ZANU gingen in den Nordosten. Wir halten an unserer erklärten Position fest – wir werden das Feuer nur einstellen im Austausch für die Mehrheitsherrschaft. Wenn Smith dem zustimmt und einen Waffenstillstand will, wenn es nicht um das Ob, sondern um das Wie der Durchführung geht, dann werden wir auf einen Waffenstillstand eingehen. Wir haben nicht dafür gekämpft, Smith an den Verhandlungstisch zu bringen. Wir kämpfen für die Mehrheitsregierung."
(nach einem Bericht aus Lusaka)



Kämpfer der ZANU auf dem Marsch mit MG bewaffnet

Spenden "Landrover für Zimbabwe".
Kontostand am 30.12.1974: 127 023,53 DM
Aus Platzgründen drucken wir nur den ersten Teil der seit dem 12.12.1974 eingegangenen Spenden ab. Fortsetzung folgt.

Spender	Betrag
Sammlung OAG Kiel	1 540,58 DM
N.K., Köln	54,00 DM
Sammlung bei Premierenfeier der Bühnen in Köln	147,00 DM
Sammlung der SG Kassel	200,00 DM
R.O., Heidelberg	50,00 DM
Sammlung Uni (GW,2) Bremen	252,00 D
S., Kiel	100,00 DM
B.D., Wolfsburg	150,00 DM
N.N., Gießen	25,00 DM
GE-Soziologie KHG Westberlin	315,00 D
W.N., Münster	50,00 DM
Sammlung auf der Veranstaltung in Bremen	3 550,00 DM
B.D., Ebingen	50,00 DM
Sammlung der SG Mönchengladbach/Rheydt	35,00 DM
Wohngemeinschaft Ostertorsteinw. Bremen	10,00 DM
F-T-H., Kiel	80,00 DM
J.u.E.W., Köln	50,00 DM
S.L./C.H., Offenbach	100,00 DM
B.B., Offenbach	80,00 DM
Sammlung auf Weihnachtsfeier der Handballabteilung des Postvereins Heidelberg	45,16 DM
G.M., Westberlin	800,00 DM
Solidaritätsfußballspiel, Frankfurt	644,70 DM
Sammlung im Wartzimmer Frankfurt	34,00 DM
Sammelbüchse im Ortsbüro Frankfurt	834,70 DM
Sympathisanten aus Heilbronn	300,00 DI
GUV-Aufbaukreis Hannover	205,00 DM
E.S., Hamburg	100,00 DM
N.Sch., Odenwaldkreis	20,00 DM
E.u.E.u.R.un.Ch.u.S., Darmstadt	300,00
Th.U., Westberlin	50,00 DM
A., Freiburg	10,00 DM
H.J.Sch., Westberlin	5,00 DM
E.D., Mannheim	250,00 DM
Sammlung der OG Hildesheim	44,75 DM
Sammlung der OAG Weinheim	70,00 DM
Sammelbüche im Ortsbüro Freiburg	253,00 DM
OG Frankfurt	28,00 DM
OAG Norderstedt	810,00 DM
H.U., Heidelberg	223,00 DM

Angola: Gemeinsame Plattform

In Mombasa, einer Hafenstadt in Kenia/Ostafrika, haben sich die drei Befreiungsorganisationen Angolas, die MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas), die FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) und die UNITA (Nationalunion für die vollständige Unabhängigkeit von Angola) auf eine gemeinsame Plattform für die Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung über die Unabhängigkeit Angolas geeinigt. Die drei Befreiungsbewegungen wollen diese Plattform zur Grundlage der Verhandlungen mit Portugal machen, die am Freitag, den 10. Januar, in Lissabon beginnen. Festgelegt in dieser Plattform ist, daß das Ergebnis aller Verhandlungen mit Portugal nur die vollständige Unabhängigkeit Angolas sein kann. Solange dieses Ziel nicht erreicht wird, werden alle drei Organisationen den bewaffneten Kampf fortsetzen. Weiter ist festgelegt, wie bis zur Unabhängigkeit die Regierungsgewalt ausgeübt wird und wie nach der Unabhängigkeit die Regierungsgewalt ausgeübt werden soll.
Die Tatsache, daß die drei Organisationen sich auf eine solche Plattform geeinigt haben, ist ein großer Schritt nach vorn und richtet sich gegen alle Bestrebungen der Supermächte und der Imperialisten, die versuchen, die Befreiungsbewegungen gegeneinander aufzuhetzen, um sie um so besser für ihre Interessen in Angola auszunutzen.

In der Berufsschule

Interesse der Arbeiterjugendlichen für den Kampf der Völker

Kürzlich zeigte unser Lehrer uns einen Film über die "Rassendiskriminierung" in Südafrika.
Der Film schilderte, unter welchen Bedingungen die farbigen Arbeiter und Bauern zu leben haben, wie sie von den Minen- und Goldgrubenbesitzern ausgebeutet werden, welches Elend in den Reservaten herrscht.
Dies war die eine Seite des Films. Die andere Seite war, daß Bittgesänge und religiöses TamTam breiten Raum einnahmen. Die Situation wurde so dargestellt, als ob die farbige Bevölkerung in der Religion einen Ausweg aus der Unterdrückung sucht. Über den immer wieder aufflammenden Widerstand, wie Streiks und Demonstrationen, wurde nicht berichtet.
Diese Tendenz versuchte der Lehrer dann noch zu verstärken, indem er behauptete, die Unterdrückung der Farbigen habe religiösen Ursprung.
In verschiedenen Redebeiträgen erklärte ich die wahren Ursachen der Ausbeutung und Unterdrückung und berichtete, wie die Bundesregierung und die westdeutschen Kapitalisten die Rassistenregimes unterstützen. Ich berichtete über den Widerstand der farbigen Bevölkerung und daß wir hier in der BRD dafür eintreten müssen, daß die Bundesregierung jegliche Hilfe für die Rassistenregimes einstellt. Die Schüler waren empört über die Ausbeutung der farbigen Arbeiter und hatten großes Interesse, weitere Zusammenhänge zu erfahren.
Der Lehrer versuchte jedoch mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Wahrheit über die Verhältnisse in Südafrika in den heiligen Schulräumen berichtet wurde. Mehrmals versuchte er, mich zu unterbrechen, er beschimpfte mich als Schwachkopf und drohte Strafen an.
Die Mitschüler und meine Kollegen aus dem Betrieb ließen das jedoch nicht zu und griffen ihrerseits massiv den Lehrer an. Sie warfen ihm vor, er ginge nicht auf meine Redebeiträge ein und wolle die Klasse gegen mich aufbringen.
Die Diskussion dauerte lange und die Stunde wurde weit überzogen. Da der Lehrer sich jedoch nicht überzeugen ließ, brachen wir schließlich die Diskussion ab und gingen.
Diese Stunde zeigte zweierlei: Zum einen, daß das Interesse an den Befreiungskämpfen der Völker auch bei Arbeiterjugendlichen groß ist und zum anderen, daß es den Lehrern des bürgerlichen Staates immer schwerer wird, uns zu billigen Lohnarbeitern zu erziehen, die im Betrieb das Maul halten und sich widerstandslos ausbeuten lassen. –Ein Lehrling–

Schluß mit der US-Einmischung in Vietnam

Vorwärts in der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk / Weg mit Thieu!

Als 1972 klar wurde, daß der hartnäckige Widerstand des vietnamesischen Volkes und seine internationale Unterstützung die USA zum Abzug der US-Truppen und Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwingen würde, setzte der US-Imperialismus den Völkern der Welt in den furchtbaren Bombardierungen von Hanoi, Haiphong und anderen dicht besiedelten Gebieten Nordvietnams um Weihnachten 1972 erneut ein Zeichen. Es sollte eine Warnung sein, daß er vor keinem Verbrechen, keinem Völkermord zurückschreckt, um ein Volk daran zu hindern, sein neokoloniales Joch abzuschütteln.
Er konnte jedoch weder die Kampfentschlossenheit des vietnamesischen Volkes noch die der anderen Völker, die seinem Beispiel folgen, brechen, wie gerade die Erfolge der Völker Afrikas im letzten Jahr zeigen. Daß die US-Regierung und ihr Kettenhund in Saigon, Thieu, sich an das Pariser Abkommen nicht halten würden, war klar.

Trotzdem war es ein großer politischer Sieg und wichtiger Beitrag im Kamof gegen den Imperialismus.

Die USA mußten die direkten US-Bombardements einstellen, die Blockade der vietnamesischen Häfen und Gewässer aufgeben, die US-Truppen abziehen und die Einheit Nord- und Südvietnams sowie das Recht des vietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung anerkennen.
Nachdem die Bombardierung keine Straße, keine Brücke, keine Fabrik, Schule und Krankenhaus heil gelassen und große Landstriche unbewirtschaftbar gemacht hatten, konnten in den vergangenen zwei Jahren große Fortschritte im Aufbau des Sozialismus in Nordvietnam und in der Konsolidierung der befreiten Gebiete gemacht werden.
In dennoch vom US-Imperialismus besetzt gehaltenen Gebieten entzündete sich am Widerspruch zwischen den Volksmassen und der fortgesetzten US-Einmischung um die Verwirklichung bzw. Sabotage des Pariser Friedensabkommens eine breite Volksbewegung. Um an der Macht zu bleiben, mußten die US-Marionetten und die US-Regierung die Forderungen des Volkes, wie sie im Pariser Abkommen zum Ausdruck kommen, ständig mit blutigem Terror unterdrücken.

- *Seit der Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens wurden mehr als 83.000 südvietnamesische Zivilisten getötet, das sind mehr tote* Zivilisten *in Südvietnam als tote Amerikaner während eines ganzen Jahrzehntes Krieg.*
- *In den Gefängnissen Südvietnams, den Kerkern Saigons gibt es beinahe mehr politische Gefangene als in der ganzen übrigen Welt zusammen.*
- *1.000.000 Menschen in Kambodscha und Südvietnam wurden mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens zu Flüchtlingen. Und in Kambodscha werden heute täglich 300 Menschen getötet und verwundet.* (Jane Fonda)

Die ununterbrochenen Verletzungen sind so selber der Motor für die Volksbewegung zum Sturz Thieus.
"Wie das Wasser von tausenden Rinnsalen und Bächen, die zusammenfließen, um einen Strom zu bilden, so steigt die Flut des Kampfes unserer Landsleute der verschiedensten Schichten in den Städten machtvoll an und nichts kann ihre Bewegung aufhalten." (PRR-Sprecher Ly Van Sau am 15. September 1974)

Auch die Angriffe der US-Söldner unter Thieu auf die befreiten Gebiete hat die PRR nicht passiv hingenommen. Sie hat zum militärischen Widerstand und Zerstörung der Ausgangsbasen der Angriffe Thieus aufgerufen und dazu, zu verhindern, daß Thieu die Reisernte erobern oder zerstören kann. Dabei haben die Befreiungsarmee und die Bauern weitere große Siege errungen, wie der Fall von 4 Bezirksstädten und die Provinzhauptstadt Phuo Binh in den vergangenen 4 Wochen zeigt. Im Mekong-Delta wurden allein 120.000 Mann der Saigoner Söldnertruppen außer Gefecht gesetzt. Dabei zielen diese Angriffe nicht auf die militärische Eroberung der Saigoner Gebiete, sondern nur auf die Rückgewinnung der von Thieu während der vergangenen 2 Jahre geraubten Gebiete und auf die Schwächung von Thieus Terrorapparat, den er gerade auch gegen die Volksbewegung einsetzt.
Am 2. Oktober 1974 hat die PRR die Bevölkerung Südvietnams zum Sturz Thieus aufgerufen und zur Einsetzung einer Regierung, die ernsthaft bemüht ist, das Pariser Abkommen zu verwirklichen.
In den vergangenen Monaten sind zahlreiche Organisationen entstanden, die Thieus Sturz fordern, u.a. die "Volksbewegung zum Kampf gegen die Korruption", getragen von den rechten katholischen Kräften, die bisher Thieus Stütze waren, die "Kräfte der nationalen Versöhnung", von den Buddhisten unterstützt, das "Komitee für den Kampf um die Freiheit der Presse", eine "Volksfront gegen Hunger", die "Organisation des Volkes für die Durchführung des Pariser Abkommens". Die Bewegung hat selbst die Mitglieder des Parlaments und einige aus Thieus Kabinett erfaßt. Thieu ist total isoliert.
Als Diem 1963 gestürzt wurde, hatten die USA eine Alternative. Der 'Spezialkrieg' wurde intensiviert. Als das scheiterte, folgte direkte Invasion von bis zu einer halben Million US-Bodentruppen.
"Daß die Geschichte in Vietnam sich wiederholt ist nur teilweise wahr. Es wiederholt sich, daß die USA das Pariser Abkommen zerfetzen wie vorher das Genfer Abkommen. Die Wiedereinführung des 'Spezialkrieges' durch Zehntausende von US-Beratern als Zivilisten getarnt und die US-Waffenlieferungen und US-Dollarspritzen ist der Versuch einer Neuauflage des Spezialkrieges. Nachdem dieser aber erneut scheiterte, besteht nicht mehr die Möglichkeit, eine halbe Million GIs nach Südvietnam zu schicken." (Burchett)

Aber die US-Imperialisten geben sich nicht geschlagen. Verbissen suchen sie nach Alternativen zu Thieu und rüsten den Terrorapparat weiter auf. Um Zeit zu gewinnen, planen sie eines der größten Massaker der vergangenen Jahre in Südvietnam, bei dem die politische Opposition Thieus und der USA vernichtet werden soll. (Vgl. Plan Komet, KVZ 29/74) So ist eines klar: 1975 wird ein Jahr verschärften militärischen und politischen Kampfes sein. Der nächste wichtige Konzentrationspunkt wird der Jahrestag des Pariser Abkommens selber sein, an dem in Südvietnam die Bevölkerung mit Macht ihrer Forderung nach Erfüllung des Abkommens Ausdruck geben wird.
In dieser Situation kommt erneut große Bedeutung Solidaritätsaktionen in den USA und in den sie unterstützenden Ländern gegen die US-Einmischung und ihrer Stützung des Thieu-Regimes zu. In dieser Situation sind Solidaritätsaktionen in den USA und in den die US-Regierung unterstützenden Ländern gegen die US-Einmischung und ihre Stützung des Thieu-Regimes von großer Bedeutung. Wie in den USA und zahlreichen anderen Ländern Europas werden wir in der BRD Veranstaltungen und verschiedene andere Aktivitäten durchführen, um die westdeutsche Bevölkerung für die Unterstützung der Bevölkerung in den noch vom US-Imperialismus besetzt gehaltenen Gebieten Südvietnams zu gewinnen. Diese sollten sich auf die Woche um den 27. Januar konzentrieren.

HL

Zwei Kompanien der Königlich-Laotischen Armee für Einhaltung des Laos-Abkommens

'Die Soldaten von fast zwei Kompanien der in der nordwestlaotischen Stadt Ban Houei Sau stationierten königlich-laotischen Streitkräfte haben am 24. Dezember die Verwaltung abgesetzt und den Provinzgouverneur, einen Halbbruder des laotischen Königs als Geisel genommen.' (NZZ, 28.12.1974)
Um ein Eingreifen der von den USA für ihre Marionetten aufgebauten Luftwaffe 'Royal Air Lao' zu verhindern, wurde der Flugplatz der nur aus der Luft erreichbaren Stadt mit LKWs besetzt.
Die Soldaten, vom US-Geheimdienst CIA ausgebildete.. Lao-Söldner, wendeten sich gegen die fortgesetzte Sabotage des Laos-Abkommens durch die US-hörige Verwaltung, forderten seine strikte Einhaltung, insbesondere die Neutralisierung der Stadt und das Recht, sich frei zwischen der Stadt und den befreiten Gebieten zu bewegen.
Dabei wurden sie von den Studenten und der Bevölkerung unterstützt.



Demonstrierende Verleger in Saigon

Die Provisorische Revolutions-regierung von Südvietnam:

Das Problem ist nicht, ob die Bewegung durch Reformen gestoppt werden wird. Das geht nicht. Aber vielleicht durch Repressionen. Seit der schweren Unterdrückung ist die Bewegung weniger in den Straßen, aber es gibt ununterbrochen Kundgebungen, Veranstaltungen und Treffen und die Forderungen werden immer nachdrücklicher vorgetragen. ... Nun droht Thieu immer offener mit einem Gegenschlag, sogar gegen Verleger, Richter, humanitäre Hilfskomitees, gegen hilfsbedürftige Familien. Die Führer der Bewegung gegen den Hunger wurden sogar eingesperrt." (PRR Nov.26)

Die oppositionellen katholischen Priester

Fr. Chan Tin ist ein katholischer Priester in einer der größten Kirchen Saigons. Er ist bekannt als die wichtigste Persönlichkeit in der Frage der Gefängnisse Südvietnams und Vorsitzender des Komitees für die Reform des Strafsystems. ... Er vertritt die Ansicht, daß Thieu über 200.000 politische Gefangene festhält. (Thieu streitet deren Existenz ab, um die Erfüllung des entsprechenden Abkommensparagraphen zu umgehen.)
Hier zwei Bemerkungen von ihm über die Stärke der Opposition:
"Wir oppositionellen Priester sind seit langer Zeit gegen Thieu und fordern seine Absetzung, weil er im Sold des US-Imperialismus steht. Vor kurzem nun forderten 301 katholische Priester, zumeist vom rechten Flügel, die Abdankung Thieus. Sie organisieren große Kundgebungen im ganzen Land."
"Lange Zeit war es ganz normal, daß fortschrittliche katholische Priester des linken Flügels Thieus Rücktritt forderten, aber der wirkliche Schlag kommt daher, daß jetzt alle die anderen Teile der öffentlichen Meinung Thieus Abdankung verlangen." ...
"Die Amerikaner haben ihr Programm, und der rechte Flügel hier hat sein Programm und in gewisser Hinsicht stehen die Programme sich sehr nahe. Aber wir gehen auf unsere eigene Weise. Persönlich bin ich optimistisch, daß die Zeit auf unserer Seite ist und die internationale und nationale Situation ist reif für eine Revolution hier."
(US-Zeitschrift Focal Point, Nov.27/ Dez.13)

Kampf um Eritrea

Das äthiopische Militärregime kommt um Verhandlungen nicht mehr herum

Breite Teile der städtischen Bevölkerung Eritreas hatten zunächst große Hoffnungen auf das äthiopische Militär gesetzt. Der damalige Armeechef Andom schien bereit, mit den eritreischen Befreiungsfronten ELF und PLF Verhandlungen aufzunehmen. Andom jedoch wurde abgesetzt und erschossen. Unter der Clique um Benti verschärfte sich der Terror der Armee erneut. Eine neue Division wurde nach Eritrea verlegt (s. KVZ 28/74). Dies hatte jedoch nur zur Folge, daß die eritreische Revolution eine neue Stufe erreichte: zum ersten Mal seit Aufnahme des bewaffneten Kampfes vor zwölf Jahren kam es kurz vor Weihnachten zu bewaffneten Massenkämpfen in der eritreischen Hauptstadt Asmara! Die bewaffneten Freiheitskämpfer kamen aus dem Untergrund und können sich jetzt offen unter den Massen in der Hauptstadt bewegen. Auch nach einem ersten Abflauen der Kämpfe können sich die äthiopischen Truppen dagegen nur noch in schwergepanzerten Patrouillen in Asmara zeigen. Gleichzeitig wurde ein äthiopischer LKW-Konvoi auf dem Weg zur eritreischen Hafenstadt Assab durch Minen in die Luft gesprengt.
Die Niederlagen der äthiopischen Armee in Eritrea hatten die Militärrevolte ausgelöst, die im Sommer zum Sturz des Haile-Selassie-Regimes führte. Jetzt steht die Armee wiederum – diesmal unter einem Regime ihrer eigenen Offiziere – vor der Niederlage. Trotz der Verlegung einer zweiten Division nach Eritrea sind die bewaffneten Kräfte der beiden Befreiungsfronten jetzt auch zahlenmäßig den Besatzungstruppen gleich
Am 29.Dezember 1974, also wenige Tage nach den Kämpfen in Asmara, erklärte Major Berhanu Baieh die Absicht des Militärrates, Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen im Ausland aufzunehmen! Diese Erklärung wurde vor einer Konferenz von verschiedenen Honoratioren, Kirchenvertretern und Verwaltungsbeamten in Eritrea abgegeben. Selbst vor diesem Personenkreis, auf den sich die äthiopische Besatzungsmacht bislang noch einigermaßen stützen konnte, waren die Vertreter des Militärs vor schweren Anschuldigungen nicht sicher. Wie die "International Herald Tribune" vom 30.12.74 berichtete, "beschuldigte eine Anzahl von Sprechern die äthiopische Armee, eine Welle des Terrors entfesselt zu haben, die sie mit den Taktiken der gestürzten Regierung Kaiser Haile Selassies verglichen ..." Die Zeitung zitiert den Bericht des christlichen Priors des Bizen-Klosters, Tewelde Berhan Woldeselassie, demzufolge "äthiopische Truppen Eritreer mit Stahldrähten erdrosselt hätten". Der Prior sagte ferner, "daß die alte Regierung versucht habe, Eritrea zu zerstören, und nun versucht die Armee das gleiche; es wird ihr aber nicht gelingen! Ich sage das offen, weil ich alt bin und mich nicht fürchte, wenn ich morgen ermordet werde".
Schließlich mußten sich die äthiopischen Militärs auch noch anhören, wie Konferenzvertreter forderten, daß "die nationale Regierung in Addis Abeba direkte Gespräche mit den Rebellen einleitet". Darauf erfolgte also die vage Erklärung des Majors. Die Konferenz zeigte die totale Isolation des Regimes in Eritrea. Und die erhobenen Anklagen gegen die Militärs zeigen, daß die Aufrechterhaltung des brutalen Besatzungsterrors in diesem Land und die Errichtung eines sozialistischen Staates in Äthiopien wohl schwerlich in Einklang zu bringen sind.

H.B.


Eritreanische Befreiungskämpfer

Auszüge aus einem Augenzeugenbericht aus Saigon von Carol Kurtz

Die Demonstrationen konzentrierten sich um zwei Ereignisse.
Das erste war ein Prozeß gegen drei oppositionelle Zeitungen am 31.10., die Thieu der Korruption beschuldigten. Die Herausgeber verbrannten die Zeitungen, bevor sie beschlagnahmt werden konnten. Über 200 Rechtsanwälte erklärten sich zu Vertretern der Zeitung. Am Tag vor dem Prozeß setzte Thieu ihn auf unbestimmte Zeit aus und ließ die ganze Innenstadt militärisch abriegeln, um Demonstrationen zu verhindern.
Der zweite wichtige Anlaß war der 1. November, ein Nationalfeiertag und Jahrestag des Sturzes von Diem 1963. Thieu und die Opposition von ihm bereiteten sich auf den Tag vor, um ihn zu feiern. Spannung erfaßte die ganze Stadt als der Tag herankam und die Bevölkerung sprach davon, daß Thieu möglicherweise Diems Schicksal erfährt.
Wir lernten dann die Wirklichkeit eines Polizeistaates kennen. Jede Straßenecke ist mit Stacheldraht ausgestattet, entweder im Einsatz oder dafür bereitgehalten. Straßenkontrollen in Zivil und von Militärpolizei, mit Maschinenpistolen und Maschinengewehren ausgerüstet wurden immer häufiger, je näher der Tag rückte. ... Jeder Häuserblock hatte Sandsacknester, Posten von Militärjeeps.
Thieus 'Unabhängigkeitspalast' errang den ersten Preis als Ausdruck der Situation in Saigon. Nie sah ich eine stärkere Festung – Militärwachen, Militärhubschrauber, gepanzerte Personenwagen und Truppentransporter, Sandsackunterstände und Schilder, die das Photographieren verbieten
...
Später betrat ich die abgeriegelte 'untere' Stadt von Saigon. Vietnamesen durften die Stacheldrahtsperren nicht passieren. Ich als Amerikaner und Frau durfte es.
Mehrere Abgeordnete und die katholischen Priester F.Chan Tin und F.Lan hatten sich vor der Halle der Nationalversammlung versammelt. Sie hatten auf einer Bahre den Abgeordneten Xuan Dung mitgebracht, dem am Morgen mehrere Rippen gebrochen worden waren. Nach einer kurzen Pressekonferenz trugen sie ihn in Richtung zum Nationalen Gerichtshof. Beim Versuch, durch eine Polizeisperre zu gehen, wurden die Priester und Abgeordneten von Geheimpolizisten, die sich als Journalisten getarnt hatten, mit Stacheldraht eingefangen. Der Priester Lan wurde an den Hoden gepackt und zu Boden gezwungen. Bewußtlos wurde er später in ein Krankenhaus gebracht und 4 Geheimpolizisten in seinem Raum postiert.

Gleichzeitig griff in einem anderen Teil Saigons, bei der Tran San Chau Kirche Polizei mit Schildern, Knüppeln und Steinen eine Demonstration der Anti-Korruptionsbewegung an. Waren bisher Priester, Abgeordnete und Nonnen verschont worden, so wurden sie jetzt wie alle anderen verprügelt.
...

Aus Focal Point 22.11./13.12.1974

Viva Zapata! Ein revolutionärer Film

Am 28. Dezember lief im Fernsehen der Film "Viva Zapata" von Elia Kazan mit Marlon Brando und Anthony Quinn in den Hauptrollen. Der Film stammt aus dem Jahr 1951. Ich habe den Film angeschaut, weil ich mich erinnerte, daß es ein fortschrittlicher Film ist, ich hatte ihn vor Jahren schon einmal gesehen. Heute bin ich der Ansicht, daß es ein revolutionärer Film ist.

So erstaunlich sich das anhört – ein Hollywood-Film soll ein revolutionärer Film sein? – , ganz so absonderlich ist es aber nicht. Gerade Anfang der 50er Jahre wurden in den USA eine ganze Reihe fortschrittlicher Filme gedreht. Sehr zum Ärger der amerikanischen Bourgeoisie, die dabei war, unter der Fahne des Antikommunismus ihre infolge des II. Weltkrieges erreichte imperialistische Vormachtstellung auszubauen. Im eigenen Land schuf sie sich ein Unterdrückungsinstrument gegen alle, die verdächtig waren, diese Pläne zu stören. Dies geschah durch einen Senatsausschuß gegen "Unamerikanische Umtriebe", geleitet vom berüchtigten "Kommunistenjäger" Mc Carthy. Eine ganze Reihe fortschrittlicher Kulturschaffender in den USA fiel den Verbotsverfügungen dieses Ausschusses zum Opfer, in der Filmbranche z. B. Sam Peckinpah, Elia Kazan und als Darsteller in vielen fortschrittlichen Filmen Marlon Brando. Heute sind sie in die Resignation verfallen wie Peckinpah oder sind käuzige Nichtkonformisten wie Marlon Brando.

Von den fortschrittlichen Filmen aus dieser Zeit, die ich kenne, ist "Viva Zapata" bei weitem der beste, weil er ein revolutionärer Film ist.

Viva Zapata heißt "Es lebe Zapata". Zapata ist der mexikanische Revolutionär Emiliano Zapata; ihn hat es wirklich gegeben, die Hauptfigur des Filmes ist keine Hollywood-Erfindung. Er war ein revolutionärer Führer in der mexikanischen Revolution zwischen 1910 und 1920. In dieser Zeit kämpfte das mexikanische Volk gegen die einheimischen Großgrundbesitzer und ihre Diktatoren für eine Landreform und für Demokratie sowie für nationale Unabhängigkeit gegen den Zugriff des US-Imperialismus auf das Land. Das ist der historische Hintergrund des Filmes. Die Handlung des Filmes folgt in einzelnen nicht den Ereignissen von damals. Es wird nicht getreu die Lebensgeschichte Emiliano Zapatas erzählt.

Der Film erzählt die Geschichte eines Mannes aus einem geknechteten Volk, der mutig gegen Unterdrückung auftritt, zum Anführer der Massen wird und erfolgreich kämpft. Der Film beginnt damit, daß eine Abordnung von Bauern zum Präsidenten geht und die Rückgabe ihres widerrechtlich geraubten Landes erbittet. Der hohe Herr vertröstet sie. Der junge Zapata protestiert als einziger dagegen. Sein Name kommt auf die schwarze Liste. Mehr gegen seinen Willen ist er so zum Aufrührer geworden und zugleich zum Anführer. Der Film schildert dann den Weg dieses Anführers bis auf den Präsidentenstuhl. Aber dieser Weg führt in Wirklichkeit weg von den unterdrückten Massen, hinein in die Korruption. Auf dem Präsidentenstuhl ist Zapata ein bürgerlicher Machthaber, nicht anders als die, die er bekämpft hat.

Nun wiederholt sich die Szene: Zapata als Präsident empfängt eine Abordnung von Bauern aus seinem Heimatdorf, die Beschwerde gegen seinen eigenen Bruder erheben, der – obwohl ein ehemaliger Revolutionär – sich jetzt an den Bauern bereichert. Zapata will die Bauern vertrösten. Ein junger Bauer protestiert dagegen. Zapata will ihn auf die schwarze Liste setzen. Und da wird ihm bewußt, wohin es mit ihm gekommen ist. Er geht mit den Bauern zurück in seine Heimat und nimmt den Kampf um die soziale Befreiung wieder auf. Aber jetzt nicht mehr als großer Held, als "General", letztlich als Handlanger der herrschenden Klasse. Vielmehr ruft er jetzt die Bauern dazu auf, sich zusammenzuschließen und auf nichts als ihre eigene Kraft zu vertrauen. Der Film endet damit, daß Zapata in eine Falle des Gegners geht und erschossen wird. Aber das nützt den Unterdrückern nun nichts mehr. Angesichts des zerfetzten Leichnams sagen die Bauern: "Das ist nicht Emiliano Zapata, ihn können sie gar nicht töten, er lebt weiter in den Bergen."

Aus dem Revolutionär Zapata ist also für die Massen die unsterbliche Seele der sozialen Revolution geworden.

Dies ist natürlich eine sehr kurze und äußerst grobe Schilderung des Films. Ich möchte daher jedem empfehlen, diesen spannenden, dramatischen und aufrüttelnden Film anzuschauen. Vielleicht sollten unsere Genossen, die sich damit befassen, fortschrittliche und revolutionäre Filme aufzuführen, darum bemühen, den Film zu bekommen.

B.V., Heidelberg

Nachruf auf einen aufrechten Richter

Richter D. Kupke passte nicht in den Rahmen der Klassenjustiz

Der Frankfurter Richter Dr. Dietmar Kupke paßte nicht in den Rahmen der Klassenjustiz. Er hat sich stets bemüht, persönlich dagegen Widerstand zu leisten, seine Person und seine richterliche Tätigkeit zu einem reibungslos funktionierenden Teil jener Verurteilungsmaschinerie zu machen, die das Volk bedrückt und den Feinden des Volkes nützt.

Richter Kupke war Antifaschist. Deshalb kämpfte er für eine entschiedene Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrecher. Dies war der erste Punkt, der ihm zum Verhängnis wurde.

Für Richter Kupke bedeutete die Abrechnung mit dem NS-System mehr. Für ihn war es die Abrechnung mit einer zutiefst menschenverachtenden und menschenfeindlichen Gewaltordnung, Abrechnung mit der kapitalistischen Ausbeuterordnung in ihrer verabscheuungswürdigsten Form. Aus dieser Haltung heraus bestand er auf der unnachsichtigen Verfolgung der nationalsozialistischen Gewalttäter. Aus dieser Haltung heraus konnte er es nicht hinnehmen, wenn Verfahren verschleppt und verzögert wurden, um die Verbrecher am Ende allenfalls einer symbolischen Bestrafung zuzuführen.

Als Beisitzer im NS-Fasoldprozeß mußte er erleben, wie sich ein Prozeß über Jahre hinwegschleppte, wie Millionen Steuergelder u. a. für teure Auslandsreisen des Gerichts verpulvert wurden und das Verfahren dennoch nicht von der Stelle kam, weil die vorsitzende Richterin von der Justiz mit anderen 'wichtigeren' Verfahren bis an die Grenze der Belastbarkeit eingedeckt wurde. Es bestand die Gefahr, daß der ganze Prozeß platzen und der Angeklagte frei ausgehen würde.

Nachdem er lange Zeit geschwiegen hatte, entschloß er sich im August 1974 endlich, auf diesen für ihn unerträglichen Zustand öffentlich aufmerksam zu machen. Die Reaktion war jedoch anders als er erwartet hatte. Es wurden keine Vorkehrungen getroffen, um nunmehr die Durchführung des Prozesses zu gewährleisten. Vielmehr nahm die vorsitzende Richterin diesen Schritt Richter Kupkes zum Anlaß, sich wegen des 'unkollegialen' Verhaltens ihres Beisitzers für befangen zu erklären. Damit war genau das eingetreten, was Richter Kupke verhindern wollte: der Prozeß war geplatzt. 1,2 Millionen Prozeßkosten waren sinnlos verpulvert, der Angeklagte blieb frei.

Damit nicht genug. Nunmehr setzte ein regelrechtes Kesseltreiben gegen Richter Kupke ein. Das hessische Justizministerium leitete gegen ihn (!) ein Disziplinarverfahren ein. Nach einem Interview, das der Staatssekretär im hessischen Justizministerium, Wertner, der Springer-Zeitung 'Die Welt' gegeben hatte, wurde davon geredet, man werde Richter Kupke wegen der Kosten des geplatzten Prozesses von über einer Million DM haftbar machen. Dieser Erpressungsversuch war so plump, daß selbst der Landesverband Hessen des deutschen Richterbundes erklärte, hier werde in sehr vordergründiger Weise jemand zum Sündenbock abgestempelt.

Jetzt erinnerte man sich auch an die sonstige Tätigkeit Kupkes, der als Mietrichter und als Lehrbeauftragter an der Frankfurter Universität auch auf diesem Gebiet Tätigkeiten entfaltet hatte, die der Klassenjustiz ein Dorn im Auge waren.

Angesichts der Tatsache, daß Grundstücksspekulanten, Baukapitalisten, Banken, Versicherungsgesellschaften und Konzerne auf dem Frankfurter Bodenmarkt wahre Profitorgien feierten, daß in Frankfurt generalstabsmäßig Wohnraum zerstört, Menschen vertrieben und angestammter Lebensraum der Bevölkerung in Wüsten aus Beton und Stahl verwandelt wurden, hatte Richter Kupke einen einsamen Kampf als Mietrichter für betroffene Mieter und Bewohner bedrohter Stadtteile aufgenommen. Auf der Abrißliste stehende, gut erhaltene Wohnhäuser versuchte er so lange wie möglich vor der Zerstörung zu bewahren. Von der Vertreibung bedrohte Mieter versuchte er, wenn es irgend ging, die Wohnung zu erhalten. Wer die Entwicklung in Frankfurt kennt, weiß, daß dies ein nahezu vergeblicher Kampf war. Bewohnern eines Hauses im Kettenhofweg vermochte Richter Kupke eine Zeitlang die Wohnung zu erhalten. Dann setzte die Frankfurter Polizei in einer mehrtägigen Straßenschlacht das "Recht" des Eigentümers auf Abriß des Gebäudes durch.

Das, was den Richter Kupke in den Augen derjenigen, die ihn kannten, zu einem Freund im feindlichen Apparat der Justiz machte, war für den Justizapparat und die höheren Richter ein Anlaß zu ständiger Schikane und Drangsalierung. Im kleinen Kreis befreundeter Menschen hat er seiner Verbitterung über den erstickenden Sumpf der staatlichen Justizverwaltung, über die parasitäre Existenz dieses Verwaltungsapparates, über den Klüngel der arrivierten Richter, über den entwürdigenden Konkurrenzkampf und die neidische Postenjägerei im Rahmen eines hierarchischen Beförderungssystems immer häufiger Ausdruck verliehen.

An der Erkenntnis der Ohnmacht als einzelner gegenüber einem scheinbar perfekten Unterdrückungsapparat, ist er zerbrochen. Am Dienstag, den 10.12.1974, fand man ihn erhängt in seiner Wohnung.

Die Person des demokratischen Richters Kupke verdient unseren Respekt. Wir haben Achtung vor seiner Haltung, die die richterliche Tätigkeit in den Dienst des Volkes stellen wollte. Wir nehmen mit Abscheu zur Kenntnis, daß dieses System die moralische Persönlichkeit entweder in die Auflösung im Räderwerk des volksfeindlichen bürgerlichen Justizapparates treibt oder zur Selbstvernichtung zwingt.

Die Achtung vor der Persönlichkeit des Richters Kupke veranlaßt uns jedoch, nicht bei der Würdigung der moralischen Persönlichkeit stehen zu bleiben, sondern diese Würdigung zu einer politischen Kritik fortzuentwickeln.

Richter Kupke hat einen Kampf für gerechte Ziele mit untauglichen Mitteln geführt. Er war ein demokratischer Einzelkämpfer und damit in der Auseinandersetzung mit der organisierten Gewalt des staatlichen Justiz- und Verwaltungsapparates von vornherein zum Scheitern verurteilt. Er mag auf die Überzeugungskraft des moralischen Exempels vertraut haben, daß das System, in dem er steckte, dies nicht als Ansporn, sondern als Provokation begriff.

Richter Kupke wollte für die Menschen, für die Massen etwas tun, aber ihm war der Blick dafür versperrt, daß dies nur möglich ist, wenn man sich gleichzeitig auf die Massen stützt und sich mit ihnen verbindet. Richter Kupke war Demokrat, kein Kommunist. Er war Demokrat im besten Sinne, jedoch in einer Zeit, in der das Eintreten für Demokratie nur noch in Verbindung mit der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen möglich ist.

Ihm war es ernst mit den bürgerlichen Postulaten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Er hat aber erkannt hätte, daß die bürgerliche Klasse diese Grundsätze längst auf den Abfallhaufen ihrer Geschichte gekehrt hat. Und sollte er dies erkannt haben, so war er doch noch nicht fähig zu sehen, daß die fortschrittliche Intelligenz für diese Grundsätze heute nur noch wirklich kämpfen kann, wenn sie sich in den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes für Sozialismus und proletarische Demokratie einreiht.

–H.S., SKJ/GUV, Ffm.–